prodomo

zeitschrift in eigener sache

Nummer 7 - Dezember 2007 3 Euro

ARCHIVEXEMPLAR KEIN VERLEIH INFOLADEN LEIPZIG
Infoladen Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig Telefon (0341) 3 02 65 04 www.nadir.org/infoladen_leipzig
ARCHIVEXEMPLAR KEIN VERLEIH INFOLADEN LEIPZIG

Making Minds
Ahmadinejad in New York und die Krise des Liberalismus

Das Gespür für das Richtige
Blasphemie in Zeiten byzantinischen Wirrwarrs

Alain Badiou - Meisterdenker des Ausnahmezustandes
Krisenbewältigung als Lebensgefühl

Die vorgestellte Welt
Über falsche Auswege aus der Sackgasse kritischer Theorie

„Kampf um Frieden und Gleichberechtigung“
Europäisches Appeasement und deutsche Aufrüstung 1933-1936

Inhalt

Editorial: In eigener Sache ..... Seite 4

ESTHER MARIAN: Making Minds
Ahmadinejad in New York und die Krise des Liberalismus ..... Seite 6

HORST PANKOW: Das Gespür für das Richtige
Blasphemie in Zeiten byzantinischen Wirrwarrs ..... Seite 12

PHILIPP LENHARD: Gefangen in der Nazifalle
Eva Herman als Bauchrednerin der Nation ..... Seite 17

LUIS LIENDO ESPINOZA: „Kampf um Frieden und Gleichberechtigung"
Europäisches Appeasement und deutsche Aufrüstung 1933 - 1936 ..... Seite 20

SEBASTIAN SCHRÖDER: Klassenkampf am Mensatisch
Zur Überflüssigkeit des neuen SDS ..... Seite 30

JAN HUISKENS: Die vorgestellte Welt
Über falsche Auswege aus der Sackgasse kritischer Theorie ..... Seite 33

NIKLAAS MACHUNSKY: Alain Badiou - Meisterdenker des Ausnahmezustandes
Krisenbewältigung als Lebensgefühl ..... Seite 36

INGO ELBE: Nachwort zur Marx-Debatte
Mit einer Vorbemerkung der Redaktion ..... Seite 47

Rezensionen

MATHIAS SCHÜTZ: Die Selbsterschaffung der deutschen Volksgemeinschaft ..... Seite 50

PHILIPP LENHARD: Fragen über Fragen
Einige Überlegungen zu Stephan Grigats neuem Buch *Fetisch und Freiheit* ..... Seite 53

MICHAEL BERKE: Die Banalität des Geheimnisses
Ein Fotoband über Nordkorea zeigt, was man nicht sehen will ..... Seite 54

GEORG WEERTH: Brief an seinen Bruder Wilhelm Weerth ..... Seite 56

Termine ..... Seite 58

Die Website der Prodomo ist zu finden unter

http://www.prodomo-online.tk

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

wir geben zu: die Produktion dieser Zeitschrift hat dieses Mal etwas länger gedauert. Dafür entschuldigen wir uns, versichern jedoch, die Zeit nicht vergeudet zu haben. Neben dem ein oder anderen Abend, an dem wir wohl zu tief ins Glas geschaut haben, haben uns grundsätzliche inhaltliche Debatten, die immer wieder geführt werden müssen, ebenso beschäftigt wie politische Interventionen in den tristen Alltag. Doch nun genug mit der Selbstbeweihräucherung. Es ist schließlich allseits bekannt, welch heldenhafte Vorkämpfer für die Emanzipation der Menschheit in den Kölner Redaktionsräumen beharrlich tagen…

***

Die Band „Tokio Hotel" hat in Tel Aviv gespielt; ein Ereignis, das deutschen Journalisten feuchte Hände beschert hat. Sie freuten sich, der jugendlichen Anhängerschar Tokio Hotels vielleicht auf diesem Wege ein bisschen deutsche Gesinnung nahe bringen zu können. Leider hatten z. B. Wiebke Hollersen („gegen den ersten McDonald's in Kreuzberg") und Maxim Leo („Oben ohne zum G8-Gipfel!") von der *Berliner Zeitung* (29.09.07) nicht damit gerechnet, dass Bill und Co. mittlerweile so viel Geld besitzen, dass sie es nicht mehr nötig haben, zu sagen, was man von ihnen erwartet. Der Versuch, ihnen die üblichen politischen Weisheiten zu entlocken, endete für die Interviewer daher in einem einzigen Fiasko. Auf die selten blöde Frage: „Was geht euch durch den Kopf, wenn ihr an Israel denkt?" antwortete Tom einfach: „Ich bin da relativ offen. Das ist bei uns insgesamt nicht so, dass wir von irgendwelchen Ländern irgendwas erwarten. Israel, wie wär's da mal zu spielen, da haben wir vorher ehrlich gesagt nie drüber nachgedacht." Warum auch? Schließlich ist es ja - wie die Interviewer kurz zuvor sogar noch anmerkten - nicht alltäglich, dass deutsche Bands in Israel auftreten. Sänger Bill ergänzt: „Dadurch, dass wir jetzt schon viele Länder gesehen haben, wissen wir, dass Klischees sowieso nie zutreffen. In ganz vielen Ländern fragen die Leute immer: Ah, ihr kommt aus Deutschland, da trinkt man doch ganz viel Bier und isst Weißwurst, oder? Wir denken dann immer, okay, das machen wir aber gar nicht. Diese ganzen Klischees sind eigentlich total blöd." Schade für die *Berliner Zeitung*, denn auf Klischees wollte sie ja eigentlich hinaus. Deshalb geben Hollersen und Leo sich auch nicht einfach geschlagen: „Aber irgendwas muss euch doch zu Israel einfallen. Irgendein Bild, ein Gefühl." Vielleicht das Bild der rachsüchtigen Hakennase, die den neuen Nazi gibt und Palästinenser in Konzentrationslager sperrt? Oder wenigstens das Gefühl des Unbehagens? Schließlich sind Israelis keine normalen Menschen, sondern Juden. Ihr, als Täter, spielt doch „im Land der Opfer", da muss sich doch einfach was regen. Aber aus Tokio Hotel ist nichts anderes rauszubekommen als dies: „Es wird auf jeden Fall warm sein. Es ist doch auch Open Air, oder?" Mist, so hatten sie sich das nicht gedacht. Es sollte doch ein ganz politisches Interview werden, über Vergangenheit und so, und Apartheid, Rassismus, deutsches Selbstbewusstsein und den ganzen Katalog. Stattdessen ungefilterter Hedonismus! „[Bill:] Ich hab gehört, dass Tel Aviv eine richtig schöne Stadt sein soll. [Tom:] Genau. Wir kennen ein paar Leute, die schon mal da waren. Die haben gesagt, dass es da auf jeden Fall sehr schön ist. Und ich hab gehört, da soll es auch sehr schöne... [Georg:] ...sehr schöne Frauen geben. [Tom:] Deswegen. Wir freuen uns in jeder Hinsicht auf das Konzert." So ein Ärgernis. Da gibt es nur eins. Nachbohren und weiternerven: „Jetzt mal von der Wärme und der Schönheit abgesehen, habt ihr sonst noch irgendwelche Assoziationen, wenn ihr an Israel denkt?" Aber die Antwort lautet: Nö. Vielleicht, so dachten sich Hollersen und Leo, verstehen die nicht, worauf wir hinauswollen. Also anders gefragt: „In Israel und in Deutschland wird euer Konzert in Tel Aviv als etwas ziemlich Außergewöhnliches angesehen. Es ist fast so etwas wie eine politische Geschichte. Warum, glaubt ihr, ist das denn so?" Aber auch diese Frage war von wenig Erfolg gekrönt, machten sich Tokio Hotel doch als Musiker eher Gedanken darüber, ob es in Israel „fette Open Airs" und „geile Hallen" gibt. Diese unpolitische Jugend heutzutage! Anstatt sich über den aggressiven Charakter des Zionismus Gedanken zu machen, denken sie nur darüber nach, wie sie in Israel an Verstärker rankommen. Die sind doch naiv. Also noch mal: „Israel-Deutschland, das ist ja eine spezielle Geschichte. Spielt die für euch eine Rolle?" Und was antworteten diese Lausebengel? Das hier: „[Bill:] Wir machen da nicht so ein großes Ding draus. Wir freuen uns wahnsinnig, es ist eine wahnsinnige Ehre für uns, da hinzufahren. Aber oft wird ja auch geschrieben, wir seien jetzt die Botschafter von irgendwas. Wir würden uns selbst nie so bezeichnen. Als Botschafter der deutschen Sprache oder, keine Ahnung. Das klingt alles so gewaltig. Wir selber sehen uns nicht so. Wir machen Musik, die Leute interessieren sich deswegen für uns, und das ist einfach ein geiles Gefühl." Aber das kann doch nicht alles sein. Ihr seid eine große Enttäuschung, Jungs. Da muss doch irgendwas zu holen sein. Hollers/Leo: „Vielleicht ist es so, dass für 18-Jährige dieses ganze Dritte Reich und der Holocaust so weit weg sind, dass sie noch nicht einmal bei einer Israel-Reise daran denken. Vielleicht gehören wir, die Mittdreißiger, zu den Letzten, die noch mit Befangenheit auf dieses Land schauen. Vielleicht haben Bill und Tom und die anderen das geschafft, was wir nie konnten.

Dass man sich als junger Deutscher einfach über eine Reise nach Israel freuen kann. Ohne Schuldgefühle. Oder sind sie einfach ignorant und naiv? Entschuldigt, wenn wir da jetzt noch mal nachfragen. Das Dritte Reich, der Holocaust - das spielt für euch überhaupt keine Rolle?" Endlich gibt es wieder Hoffnung für die rasenden Reporter aus der Reichshauptstadt. Vielleicht können sie Tokio Hotel wenigstens dazu bringen, sich von ihnen das Ende des Schuldkomplexes bescheinigen zu lassen. „[Bill:] Also natürlich weiß man darüber Bescheid. Aber wir sind eben eine völlig andere Generation. Ich glaube, auch unsere Fans dort werden sehr jung sein. Die werden alle in unserem Alter sein. Wir haben eine emotionale Verbindung über die Musik. Nur darum wird es gehen. Das Konzert wird gar nicht von der Geschichte belastet sein. [Tom:] Ich glaube, da hat keiner irgendeinen politischen Hintergrund im Kopf oder so was. Für uns ist das ein Konzert, ein sehr aufregendes Konzert. In Israel sind wir total willkommen, und für unsere Fans spielt die Geschichte keine Rolle." Naja, immerhin. Wenn wir Deutschen kein Schuldbewusstsein mehr haben, können wir den Juden endlich vorhalten, sie seien keinen Deut besser als unsere Großväter. Das ist schon mal was. Also weiter im Text: „Die Verfolgung der Juden, der Holocaust, der Zweite Weltkrieg - sind das Themen, die euch berühren?" - „[Bill:] Ich glaube, das alles ist für jeden ein Thema. Für jeden Jugendlichen." Also doch ein Schuldkomplex. Naja, aber dann müssten sie doch eigentlich ein bisschen mehr zu Israel sagen können. Vielleicht ist beim Thema Deutschland mehr drin. Wenn man's positiv wendet sozusagen: „Könnt ihr sagen, was es für euch bedeutet, Deutsche zu sein? Hat das überhaupt noch irgendeine Bedeutung für euch?" Bill meint: „Eine Bedeutung? Es gibt auf jeden Fall eine Verbindung, dass wir uns hier zu Hause fühlen, wir sind hier groß geworden. [Tom:] Vielleicht haben wir irgendwann mal eine Wohnung im Ausland. Aber ich könnte mir nie vorstellen, komplett wegzugehen von Deutschland." Nur weil ihr hier groß geworden seid? Was ist mit Goethe/Schiller, dem Rhein, der deutschen Sprache und unserem Bier? „Sicher werdet ihr im Ausland manchmal gefragt, was an eurem Land typisch ist. Typisch deutsch. Was sagt ihr dann?" „[Bill:] Das beantworten wir nie. [Georg:] Wir nehmen erstmal die Klischees weg. Nicht alle trinken Bier, und nicht alle essen Weißwurst." Immer dieses antiidentitäre Gehabe! So wird das nie was.

Viel Vergnügen mit der neuen Ausgabe!

Redaktion Prodomo
Köln, Dezember 2007.

Die Prodomo kann als kostenlose PDF-Version oder für je € 3 zzgl. € 1 Versandkosten (ab #3 als Kopie) bestellt werden.

#1 Aus dem Inhalt: Philipp Lenhard über den Höhenflug des Deutsch-Pop / Fabian Kettner über Christoph Türcke / Walter Felix über den Wahnkampf der SPD / Alex Feuerherdt über linke Ressentiments gegen den FC Bayern München

#2 Aus dem Inhalt: Bastian Assion über die Wahl in Israel / Horst Pankow über den Muslim-Test / Joachim Wurst über Jürgen Habermas / Dirk Lehmann über deutschen Antikapitalismus / Felix Hedderich über Dogma 95

#3 Aus dem Inhalt: Jan Gerber über die Geschichte des Antiimperialismus / Fabian Kettner über die Historisierung der Bewegungen / Jan Huiskens über Islamkonvertiten / Esther Marian über Karneval, Teil 1 / Horst Pankow über die BND-Affäre

#4 Aus dem Inhalt: Horst Pankow über einen Deutschen Islam / Dirk Lehmann über Mao und Nasrallah / Fabian Kettner über Fiamma Nirenstein / Ingo Elbe über Alfred Schmidt / Jan Huiskens über die offene Gesellschaft und ihre Freunde / Esther Marian über Karneval, Teil 2

#5 Aus dem Inhalt: Horst Pankow über Islamophilie und Sektenphobie / Ingo Elbe über Marxismus-Mystizismus / Philipp Lenhard über das Geld des Geistes / Fabian Kettner über H.G. Adler / Georg Weerth über Ferdinand Lassalle / Michael Berke über Paul Klee

#6 Aus dem Inhalt: Walter Felix und Jan Huiskens über Feinde der Aufklärung / Horst Pankow über die RAF / Interview mit Jaacov Lozowick / Joachim Bruhn, Ingo Elbe, Philipp Lenhard und Dirk Lehmann zur Marx-Debatte / Jan Gerber über Staat, Markt, Gesellschaft / Fabian Kettner über den Anarchismus

Making Minds

Ahmadinejad in New York und die Krise des Liberalismus

ESTHER MARIAN

Als Mahmoud Ahmadinejad am 24. September anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York an die Columbia University kam, um auf deren Einladung vor Studierenden, Lehrenden und ausgewählten Gästen im „World Leaders Forum" eine Rede zu halten, bekam er von Lee Bollinger, dem Präsidenten der Universität, zur Begrüßung nicht die schmeichelnden Worte zu hören, die er vielleicht erwartet hatte. „Mr. President, you exhibit all the signs of a petty and cruel dictator", hieß es in Bollingers Eröffnungsansprache, und weiter, in Hinblick auf die Propagandalüge des iranischen Präsidenten, Auschwitz sei eine Erfindung jüdisch gelenkter Massenmedien: „You are either brazenly provocative or astonishingly uneducated." Bollinger bezeichnete die amerikanischen Soldaten in Afghanistan und Irak ausdrücklich als „brave" und gab ihnen recht darin, den iranischen Staat als Feind zu betrachten; zu Israel bekannte er sich in aller Eindeutigkeit. In seiner Rede könne sich Ahmadinejad nur blamieren, denn ihm sei nicht die intellektuelle Courage zuzutrauen, auf die Fragen zu antworten, die er, Bollinger, ihm gestellt habe - die Fragen bezogen sich vor allem auf die Zustände im Iran, auf die Vernichtungsdrohungen gegen Israel und die vom Iran aufgestellten irregulären Truppen im Mittleren Osten -, sondern zu erwarten sei vielmehr der Ausdruck des „fanatical mindset that characterizes so much of what you say and do". Bollinger schloss seine Begrüßung mit den Worten: „I feel all the weight of the modern civilized world yearning to express the revulsion at what you stand for. I only wish I could do better." [1]

Reden wie diese, die einen Konsens darüber voraussetzen, dass der weltweit grassierende Zivilisationshass einen Feind darstellt, dem es entschlossen entgegenzutreten gilt - nicht umsonst sprach Bollinger davon „that one should know thine enemies" und von der Notwendigkeit „to confront the mind of evil" - werden von deutschen Kommentatoren normalerweise ignoriert oder, falls das nicht geht, mal dämonisiert, mal ins Lächerliche gezogen.

Präsident der Columbia: Lee Bollinger

Wenn in den Kommentaren diesmal neben Häme und Ironie auch Anerkennung durchklang, dann deshalb, weil Bollinger überhaupt den Dialog mit dem Präsidenten eines antisemitischen Staatswesens bejaht und damit seiner eigenen Einsicht, derzufolge es nichts zu diskutieren gab, zuwidergehandelt hatte. Gelobt wurde er in Deutschland vor allem dafür, dass er die Einladung wochenlang Kritikern gegenüber mit dem Argument gerechtfertigt hatte, das Prinzip der Meinungsfreiheit und der universitären Debatte lasse ihm keine andere Wahl. Gerade dieses liberale Argument, das in einer postfaschistischen Gesellschaft wie der deutschen besonders dann gerne angeführt wird, wenn es darum geht, antiliberale Meinungen gegen Kritik abzuschirmen, machte in Amerika die Begrüßungsansprache vielen suspekt, die an ihrem Inhalt ansonsten wenig auszusetzen gehabt hätten. Das Recht auf Meinungsfreiheit - man kann das in Deutschland nicht oft genug betonen - bezieht sich ausschließlich darauf, dass der liberale Staat Meinungsäußerungen seiner Bürger toleriert, solange sie seine Souveränität nicht gefährden, also in Hinblick auf sie folgenlos bleiben. Keineswegs verpflichtet es die Individuen dazu, sich gegenüber allen Meinungen neutral zu verhalten, und erst recht verlangt es nicht von Institutionen wie der Columbia University, ein Podium, das sonst auch nicht jedem offen steht, ausgerechnet Ahmadinejad anzubieten. Die Distanzierungsübung Bollingers kam deshalb bei denjenigen, die sich im Vorfeld gegen die geplante Veranstaltung ausgesprochen hatten, nicht ganz so gut an: „too little, too late" sei dies gewesen, meinte Rudy Giuliani und mit ihm die konservative Presse, namentlich die *New York Post* und die *Daily News*, die Bollinger vorwarfen, angesichts der Ungeheuerlichkeit der Einladung schnell noch den Ruf der Universität retten zu wollen. Die Bush-Hass-Fraktion hingegen stimmte Ahmadinejad darin zu, dass sich solch ein respektloses Verhalten einem eingeladenen Gast gegenüber nicht zieme. Während Kritik daran, dass Ahmadinejad überhaupt eingeladen

worden war, in Europa erwartungsgemäß kaum zu hören war, kam der Vorwurf der Respektlosigkeit mit einer Woche Verspätung dann doch noch in der europäischen Provinz an, etwa bei Universitätsdozent John Bunzl in Wien, der sich in einem Interview mit dem iranischen Nachrichtendienst IRNA über Bollingers „rude behavior" beschwerte und Ahmadinejads antisemitischem Gefasel von Medienmanipulation in den USA explizit zustimmte. [2]

Auch Stefan Kornelius, der in der *Süddeutschen Zeitung* über das Ereignis berichtete, ärgerte sich über Bollingers Eröffnungsansprache - das bezeugen Vokabeln und Wendungen wie „höchst provokativ", „Beschimpfungen", „Suada aus politischen Brutalitäten, manchmal leichten Beleidigungen und atemloser Provokation" wie auch der leise Stolz darauf, dass Ahmadinejad „mit einer großzügigen Geste konterte" und Bollinger „in die Ecke stellte" - doch bemerkenswert an seinem Artikel ist etwas anderes. Es habe Mut dazu gehört, so Kornelius, sich auf diese Art und Weise gegen den anwesenden iranischen Präsidenten zu wenden, zumal Bollinger häufig zwischen den unversöhnlichen Lagern in den Fakultäten, bei den Studenten und den Geldgebern „um sein Überleben kämpft". Er habe „wie gejagt" gewirkt. [3] Damit hat Kornelius etwas angesprochen, auf dessen Implikationen er freilich nicht weiter eingeht und das er auch nicht begründet: dass nämlich Bollingers „veritabler Gegner" (Kornelius über Ahmadinejad), an den sich die Einleitungsrede richtete, in Wahrheit weniger der iranische Präsident als das Publikum, d. h. der Lehrkörper und die Studenten der Columbia University selbst war. Wie viel Mut Bollinger tatsächlich aufbrachte, kann man nur ermessen, wenn man sich die Verhältnisse an einer Universität ansieht, an der ein teach-in eines Auschwitzleugners, der die Vernichtung Israels auf sein Programm gesetzt hat, als bereichernde Lehrerfahrung gilt.

Bollinger ist vorzuwerfen, dass er die Einladung Ahmadinejads ausgesprochen und sie durch seine fadenscheinige Berufung auf die Notwendigkeit universitärer Meinungsvielfalt und freier Diskussion, die er in seiner Eröffnung noch einmal wiederholte, gerechtfertigt hat, aber er hätte sie von sich aus nicht betrieben. Seine Abscheu für Ahmadinejad kann man ihm durchaus abnehmen. Die Initiative für die Einladung ging nicht von der zentralen Universitätsleitung, sondern von der School of International and Public Affairs (SIPA) aus. Deren Dean, John Coatsworth, der die Veranstaltung zusammen mit einem weiteren Professor, Richard Bulliet, organisiert hat, war so unverfroren, zwei Tage vor Ahmadinejads Auftritt bei FOX News seelenruhig zu erklären, wenn Hitler heute leben würde, wäre auch er an der Columbia University willkommen, solange er zur Debatte bereit sei - natürlich nicht der Hitler der Vernichtungslager, wie er sich, von Journalisten zur Rede gestellt, zu versichern beeilte, sondern der von 1939. [4] Coatsworth ist ein linker Lateinamerikaexperte, der als Professor in Harvard eine Petition gegen die Investitionen der Universität in Israel unterschrieben hat. [5] Auf der Veranstaltung mit Ahmadinejad moderierte er die Frage- und Antwortrunde und schüttelte dem iranischen Präsidenten nach dem tosenden Schlussapplaus lächelnd die Hand. [6] Man muss sich nun klarmachen, dass genau dieser Coatsworth keineswegs der engagierteste Israelfeind an der Universität ist, sondern vielmehr 2006 von Bollinger zum Interim Dean ernannt wurde mit dem einzigen Zweck, die unmittelbar Israel- und USA-feindliche Fraktion an der SIPA **zurückzudrängen**. [7]

Dass der von Bollinger vorausgesetzte Konsens keiner war, kann man sich denken, wenn man weiß, welchen enormen Einfluss Edward Said an der Columbia University, an der er bis zu seinem Tod 2003 Englisch und vergleichende Literaturwissenschaft lehrte, hatte und hat [8]. Das volle Ausmaß der Katastrophe offenbart sich aber erst, wenn man einen Blick darauf wirft, was am Middle East Institute vor sich geht, einer interdisziplinären Einrichtung der SIPA, deren Programm einen Querschnitt aus den Programmen einer Reihe anderer Fächer darstellt. Wie andere Institute der SIPA beansprucht auch dieses „to train leaders in international and public affairs": unter den Absolventinnen und Absolventen sind nach Angaben der Fakultät „diplomats, intelligence analysts, security experts, business leaders, human rights activists, and NGO leaders throughout the world" [9]. Ganze Generationen politischer und ökonomischer Kader werden hier geschult. Das geschieht zum einen in Lehrveranstaltungen üblichen Zuschnitts und durch Vorträge und Podiumsdiskussionen, zum anderen aber, zum großen Stolz der Universität, durch Veranstaltungen mit Politikern und Diplomaten aus ausgewählten Staaten. Zum Diplomaten- und Gangstermilieu im nur wenige Kilometer entfernten UN-Hauptgebäude, das Pedro Sanjuan so plastisch geschildert hat [10], bestehen die lebhaftesten Beziehungen. Es ist nichts Ungewöhnliches, dass am Institut Politiker aus arabischen Staaten oder hohe UN-Funktionäre aufkreuzen: Letztes Jahr wurde beispielsweise Moammar Ghadhafi willkommen geheißen [11], im Januar dieses Jahres war der syrische Botschafter in den Vereinigten Staaten dort, um einen Vortrag zu halten [12], und erst kürzlich kam Mokhtar Lamaniid, Gesandter der Arabischen Liga im Irak und ehemaliger Botschafter der Organisation der Islamischen Konferenz bei der UN, zu Besuch [13]. Richard Bulliet, der den Kontakt zwischen der iranischen UN-Delegation und der Columbia University vermittelt hat - nach eigener Aussage, um damit einem Krieg zwischen den USA und dem Iran entgegen zu wirken und das Publikum zu einem eigenen, durch die Medien unverfälschten Verständnis für die Gedankenwelt Ahmadinejads zu bewegen - erzählt stolz, dass er selbst in seiner Zeit als Leiter des Instituts Kommandanten der afghanischen Mujaheddin, darunter Gulbuddin Hekmatyar, und eine Delegation von Taliban aus Afghanistan eingeladen sowie eine Konferenz über palästinensischen Nationalismus ausgerichtet hat. [14] Ahmadinejads Rede fällt in keiner Weise aus dem Rahmen; sie war nur die erste in einer ganzen Vortragsreihe, die explizit in Zusammenhang mit dem 30jährigen Jubiläum der Islamischen Republik Iran

steht [15] und bei der im laufenden akademischen Jahr neben Akademikern auch ehemalige Repräsentanten dieses Staates noch zu Wort kommen sollen [16].

Nicht nur die Auswahl der eingeladenen Politiker ist bezeichnend - ein israelischer Ministerpräsident oder UN-Vertreter taucht auf der langen Veranstaltungsliste seit Herbst 2000 jedenfalls nicht auf -, sondern auch die Themen der sonstigen Vorträge, Buchvorstellungen und Podiumsdiskussionen. Gerade das aktuelle Veranstaltungsprogramm zeigt, dass man, wäre es nur um die Inhalte der Rede Ahmadinejads gegangen, fast ebenso gut irgendeinen anderen Vortrag hätte besuchen können. So ging es am 10. Oktober 2007 darum, „how the Bush Administration plans to subvert the Iranian government and lie about it to the American people" [17], am 25. Oktober um „the daily struggles, fear, and anger of Palestinian farmers and teachers, and the hostility of Israeli soldiers and settlers" [18] und für den 7. November war eine Veranstaltung zum Thema „Engaging Iran: The Rise of a Middle East Powerhouse and America's Strategic Choice" angekündigt, auf der der Referent, wie schon in früheren Vorträgen, zur Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Iran aufgerufen haben dürfte [19]. Walts/Mearsheimers Rechtfertigung des islamischen Terrorismus als Folge des Bündnisses der USA mit Israel und ihr Plädoyer dafür, Israel dem antisemitischen Mob zum Fraß vorzuwerfen, um die Beliebtheit Amerikas in der Welt zu steigern, durfte auf dem Programm dieses Oktobers ebenfalls nicht fehlen, wobei die Einladung in diesem Fall von Coatsworth und der SIPA ausging [20].

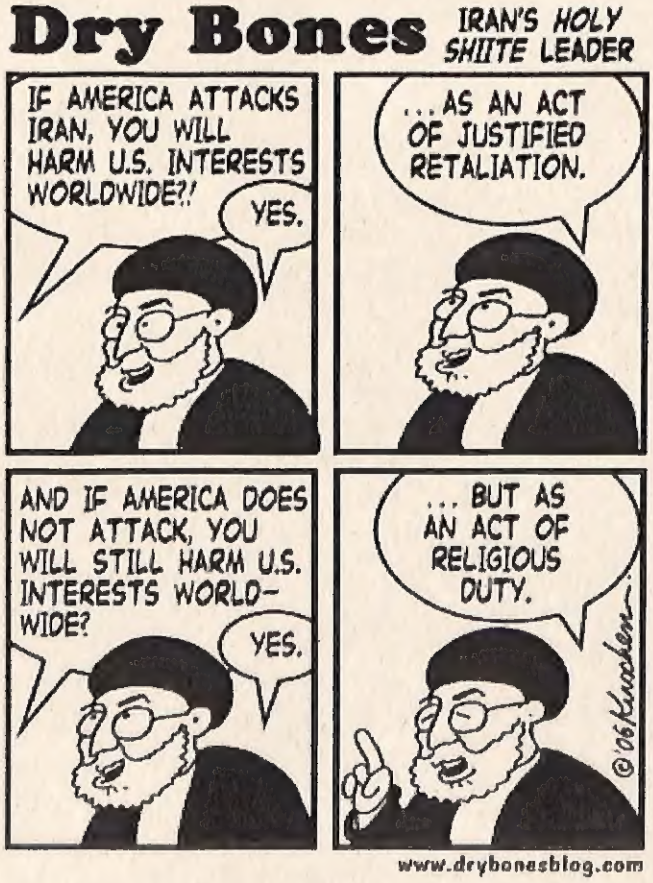
Leiter des Middle East Institute ist gegenwärtig Rashid Khalidi, dessen einziges Forschungsinteresse seit Beginn seiner akademischen Karriere die Delegitimierung Israels und die Propaganda für den palästinensischen Identitäts- und Opferwahn ist. Seine Bücher tragen Titel wie *The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood* (2006), *Resurrecting Empire. Western Footprints and America's Perilous Path in the Middle East* (2004) oder *Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness* (1997). Khalidi ist, wie fast das ganze Institut, ein erklärter Bewunderer Edward Saids, nach dem auch sein Lehrstuhl, der so genannte Edward Said Chair in Middle Eastern Studies, benannt ist. Nicht anders als Said selbst, der sich nur einmal beim Steineschmeißen an der libanesisch-israelischen Grenze erwischen ließ, hält Khalidi sich mit allzu direkten Aufrufen zur Zerstörung Israels zurück und lehnt auf Nachfrage Selbstmordattentate ab, spricht aber gleichzeitig davon, dass „Palestine" seit 1948 besetzt sei, nennt Israel einen rassistischen Apartheidsstaat, dessen Existenz auf Kosten der Palästinenser gehe, und nimmt der PLO, für die er in den frühen 90er Jahren arbeitete, übel, das Oslo-Abkommen unterzeichnet zu haben. [21] Seinen Lehrstuhl hat er 2003 unter obskuren Umständen erhalten. Die Hauptrolle dabei spielte Lisa Anderson, die Vorgängerin Coatsworths als Dean der SIPA, die das Geld dafür, zwischen drei und vier Millionen Dollar, fast ausschließlich aus arabischen Quellen auftrieb, zu deren Offenlegung sie trotz eines entsprechenden Gesetzes des Staats New York lange nicht bereit war. [22] Anderson, die sich gerne als Proponentin einer völlig unvoreingenommenen, nicht von Interesse geleiteten, rein der Wahrheitssuche verpflichteten Forschung präsentiert - als ob es so etwas wie eine nicht Interesse geleitete Forschung überhaupt gäbe - hat als Dean der SIPA und als Vorsitzende der Middle East Studies Association jahrelang israelfeindliche und projihadistische Äußerungen, die in ihren Augen den neuesten Forschungsstand darstellen, für legitim und Kritik daran für unzulässig erklärt. Sie war es auch, die letztes Jahr zuerst die Einladung an Ahmadinejad aussprach - die Sache scheiterte Bollinger zufolge an der Logistik [23] -, so dass die iranische UN-Delegation dieses Jahr auf das Angebot lediglich zurückzukommen brauchte. Während ihrer zehnjährigen Amtszeit als Dean schuf sie Fakten, vor allem durch ihre Stellenpolitik, die neben Khalidi noch weitere Anhänger Saids wie Joseph Massad, der offen antisemitische Vorträge über Themen wie „Zionism and Jewish Supremacy" hält [24], auf Schlüsselstellen brachte. Gleichzeitig entfalteten sich parallel zum Lehrbetrieb zahllose Aktivitäten gegen Israel, darunter Konferenzen, Demonstrationen, Teach-Ins, ein palästinensisches Filmfestival und eine Sondervorführung des Films *Jenin Jenin* über ein Massaker, das es nie gab. [25] Angeführt von Professorinnen des Middle East Institute, formierten sich 106 Lehrende und über vierhundert Studierende zu einem Unterschriftenkartell, das ähnlich wie in Harvard die Universität dazu aufrief, ihre Investitionen aus Unternehmen zurück zu ziehen, die Waffen nach Israel liefern. Der halbe Lehrkörper des Instituts hat diese Kampagne unterstützt [26] - und dass jemand nicht unterschrieben hat, wie der bereits erwähnte Bulliet oder selbst Khalidi (der noch nicht da war), heißt noch lange nicht, dass er ein Freund Israels ist.

Man kann sich vorstellen, wie unter diesen Umständen der Lehrbetrieb aussieht. Tatsächlich berichten jüdische, israelische und proisraelische Studierende in dem Film *Columbia Unbecoming* der Gruppe „The David Project" [27] davon, wie sie in Seminaren des Middle East Institute von Professoren niedergebrüllt, bedroht oder auf andere Weise eingeschüchtert wurden, wenn sie die antiisraelischen Lehrinhalte in Frage stellten. Es gab Seminare, in denen Israel nur „Palestine" genannt wurde, solche, die nahtlos in propalästinensische Sit-Ins übergingen und Veranstaltungen, in denen Juden, die sich als solche zu erkennen gaben, der haarsträubendsten Dinge beschuldigt wurden. Eine ehemalige Studentin berichtet, dass George Saliba, ein Professor für islamische Studien, ihr ihrer grünen Augen wegen das Recht abgesprochen habe, in Israel zu leben, da „Semiten" braune Augen hätten - was, wenn die Geschichte stimmt, ganz im Einklang mit den Lehren einer anderen Professorin, Nadia Abu El-Haj, steht, die zu beweisen versucht, dass Juden wegen ihrer, ja genau: DNA im Mittleren Osten nichts zu suchen hätten [28]. Plakate im *Stürmer*-Stil an der Wand des Sprachlabors brachten das Ganze auf seinen anti-

semitischen Nenner: „Israel - A Swollen Parasite - The Jews - Too Fat. Too Greedy. Too Powerful. Fight the Jewish Mafia".

Der Film *Columbia Unbecoming* löste einen Skandal aus, der nur dadurch gedeckelt werden konnte, dass eine universitätsinterne Untersuchungskommission, die sich fast ausschließlich aus Unterzeichnern der Anti-Israel-Petition zusammensetzte und zu der auch Lisa Anderson gehörte, alle Vorfälle bis auf einen für Erfindungen oder Missverständnisse erklärte. [29] Mit diesem Erfolg noch nicht zufrieden, zogen Anderson, ihr Protégé Joseph Massad und Khalidi die Pluralismus-Karte und behaupteten unisono, es fände eine „witch-hunt" statt, die der Unterdrückung unkonventioneller, avancierter Minderheitenpositionen durch eine übermächtige proiraelische Lobby diene, welche die akademische Freiheit abschaffen und „the last bastion of freethinking" (Massad) schleifen wolle. [30]

Sehr zu wünschen wäre, dass ein Professorenracket, das antisemitische Propaganda auf dem Campus für sein gutes Recht und die Beschwerden marginalisierter Studierender, die deswegen die größten persönlichen Nachteile zu erwarten hatten, für eine unzumutbare Anmaßung hält, endlich zerschlagen würde, gemäß der Maxime, dass man autoritären Charakteren, gerade solchen in Machtpositionen, zeigen muss, „daß das einzige, was ihnen imponiert, nämlich wirklich gesellschaftliche Autorität, einstweilen denn doch noch gegen sie steht" [31]. Solche Maßnahmen wären, egal von wem sie ausgingen - Bollinger ist wohl zunächst derjenige, auf den es dabei ankommt - mitnichten „faschistisch", wie die Antikriegslinke in den USA es gerne in völliger Ahnungslosigkeit den Neokonservativen unterstellt. Sie wären eine notwendige Verteidigung der emanzipatorischen Potenzen des Liberalismus gegen seine faschistische Selbstliquidierung, die, wenn sie sich durchsetzt - und die Columbia University beweist, dass das möglich ist - das Ende nicht nur der USA bedeuten würde. Wenn oben gesagt wurde, dass Meinungsfreiheit heißt, dass der liberale Staat Meinungsäußerungen duldet, solange sie seine Souveränität nicht gefährden, dann trifft diese Feststellung in ihrer Abstraktheit nicht nur auf den liberalen, sondern eigentlich auf jeden Staat zu. Darauf eben beruft sich Ahmadinejad, wenn er in das gleiche Horn bläst wie Anderson und Konsorten und die Universitäten im Iran im Gegensatz zu denen des Westens für frei erklärt, weil man dort ungehindert die staatlich prospektierte Vernichtung Israels propagandistisch begleiten darf, indem man den Holocaust leugnet oder relativiert. Nicht dadurch, dass im Liberalismus alles getan und gesagt werden darf, unterscheidet er sich von anderen politisch-gesellschaftlichen Systemen, sondern durch das, **was** in ihm möglich ist und was nicht, **was** in ihm zur Diskussion steht und was nicht. Wenn er sich selbst für schlechthin tolerant und andere politische Richtungen, die aus ihm hervor gegangen sind, für schlechthin intolerant hält, dann deshalb, weil er bei Strafe seines Übergangs in kritischen Materialismus nicht auf seine gesellschaftlichen Voraussetzungen reflektieren darf. Was Liberalismus heißt, kann nur inhaltlich bestimmt werden, d. h. mit Bezug auf die emanzipatorischen und antiemanzipatorischen Potentiale der jeweiligen liberal sich nennenden Gesellschaft. In den USA unmerklich die Definition dessen zu verschieben, was gesellschaftlich zur Diskussion steht und was nicht, ist das, worum es sowohl den leitenden Professoren am Middle East Institute der Columbia University als auch dem iranischen Präsidenten geht - aus ihrer Perspektive musste deshalb schon die bloße Einladung Ahmadinejads ein immenser Erfolg sein, weil sie bisher für selbstverständlich Gehaltenes zur Disposition stellte. Einstweilen herrschen in den USA zwar zum Glück noch nicht Zustände wie an der Columbia, aber das könnte sich durchaus ändern. Zu den Demonstrationen gegen Ahmadinejad in New York kamen hauptsächlich Juden, und die windelweiche Nicht-Position, die die *New York Times* oder auch Demokraten wie Barack Obama bezogen, lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Selbst George W. Bush fiel auf die Frage, was er denn von der Einladung Ahmadinejads halte, nicht viel mehr ein als: „I guess it's OK with me" [32]. Niemand vermag sich diese inneramerikanische Auseinandersetzung besser zunutze zu machen als Ahmadinejad selbst, der, geschult an der islamischen Revolution im Iran, die Weltherrschaft des Islam ganz explizit auf das Programm gesetzt hat [33]. Als Bestandteil einer internationalen Mobilmachung gegen die USA und Israel aber sind die Agitations- und Bündnisaktivitäten des Middle East Institute der Columbia University, sobald sie reale Aussichten auf Massenerfolg haben, eine unmittelbare



Kampfansage an den amerikanischen Souverän und fallen damit per definitionem nicht mehr unter das Recht auf Meinungsfreiheit - es sei denn, die USA veränderten sich in ihrem Charakter und mutierten selbst zum antisemitischen und antiamerikanischen Staat. Diese Erkenntnis dämmert inzwischen einigen, und um zu verhindern, dass es irgendwann zum ganz großen Krach kommt, hat das Repräsentantenhaus in der Hoffnung, den antisemitischen Sumpf auszutrocknen, schon 2003 eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach staatlich geförderte „area studies" durch ein Advisory Board überprüft werden und im Fall antiamerikanischer Indoktrination keine Gelder mehr erhalten sollen. Nicht auszuschließen, dass ein solches System der Kontrolle auch Nachteile für manchen bringen kann, der mit Jihadisten und Israelfeinden nichts am Hut hat, auch wenn das vorerst unwahrscheinlich ist. Eine bessere Alternative als solche gesetzlichen Regelungen ist allerdings derzeit nicht in Sicht, denn darauf, dass sich der Spuk durch freie Debatte von selbst erledigt, ist aufgrund der immensen Attraktivität des Antisemitismus für den postmodernen Seelenhaushalt leider kein Verlass.

Bollinger hat sich als Präsident der Universität in der ganzen Auseinandersetzung zwiespältig verhalten. Angesichts der katastrophalen Zustände an der Universität, und angesichts dessen, dass er selbst in bewusster Konfrontation mit der staatlichen Politik und unter Einkalkulierung eines Skandals eine Massenveranstaltung mit einem islamfaschistischen Agitator inszeniert hat, klingt das, was er mit Blick auf seine neokonservativen Kritiker sagte, wie ein schlechter Witz: „Lastly, in universities, we have a deep and almost single-minded commitment to pursue the truth. We do not have access to the levers of power. We cannot make war or peace. We can only make minds. And to do this we must have the most full freedom of inquiry." Mehr noch, in der gegebenen Situation dergleichen zu sagen heißt, Professoren wie Khalidi oder Anderson, die die Alleinherrschaft ihres Rackets mit eben diesen Argumenten begründen und bei denen der Liberalismus schon in den Aufstand gegen eine imaginierte jüdische Verschwörung umgeschlagen ist, ein Alibi zu verschaffen und dafür zu sorgen, dass sie weitermachen können wie bisher. Schon als es um *Columbia Unbecoming* ging, handelte Bollinger im Interesse dieses Rackets, denn er war es, der die Untersuchungskommission ernannte, die die ganze Sache herunterspielte, was freilich den guten Ruf der Universität auch nicht retten konnte. Dass Bollinger andererseits versucht, die rabiatesten Israelhasser am Middle East Institute nach und nach zu entmachten, darüber kann ebenfalls kein Zweifel bestehen. Ein Indiz dafür ist der plötzliche Rücktritt Andersons als Dean, nachdem ihre Einladung an Ahmadinejad abgesagt worden war [34], ein anderes sind entsprechende Aussagen von Bollinger selbst [35]. Vor allem aber hat Bollinger, indem er öffentlich demonstrierte, dass Meinungsfreiheit für ihn das Recht zur lauten und deutlichen Formulierung proisraelischer Positionen einschließt, und indem er gerade das, was Lehrende und Studierende an seiner Universität seit Jahren propagieren, als Ausdruck eines „fanatical mindset" und ihre Propagandisten als „enemies" bezeichnete, eine interne Feinderklärung ausgesprochen. Die ist als solche verstanden worden, denn seitdem ist die Universität nicht zur Ruhe gekommen: „Mr. Bollinger's remarks [...] were greeted by a fierce backlash from Columbia students and faculty" [36]. Khalidi etwa gestand Bollinger zwar großzügig das Recht zu, sich zu äußern wie er wolle, nannte die Rede aber „embarrassing" und ihren Ton „uncivil and uncalled for". [37] Zum Sprecher der Beleidigten machte sich Hamid Dabashi, ein Professor für iranische Studien, der sich bisher u. a. dadurch hervorgetan hat, dass er angeekelt von der „vulgarity of character" in der Sprache, dem Gang und den Begrüßungssitten israelischer Juden sprach [38]. Bollingers Einleitungsrede sei „rude and racist" gewesen, klagte er in einem *Al-Ahram*-Artikel, der daneben allerhand Lügen über Israel sowie den Irak- und Afghanistankrieg enthält und offen für Hamas und Hisbollah Partei ergreift; sie sei ein „pestiferous and illiterate statement", „one of the most racist documents at the height of American renewed claim to world hegemony". Wenn Dabashi Bollinger schließlich als abgehoben und vom Lehrkörper entfremdet outet, kann man das nur als versteckte Drohung verstehen: „The fact that this speech was delivered at the same university where Edward Said used to teach, where Gayatri Spivak is now a University Professor, and where its current Vice President, Nicholas Dirks, has assembled by far the most distinguished array of postcolonial and subaltern theorists and scholars all go to show that the political import of these bureaucratic functionaries called ‚university presidents' is entirely severed from any organic link to the actual content of these institutions and has assumed a political reality sui generis, geared entirely to the apparatus of power in the United States." [39] Und gegen unorganische, nicht mit dem Volkskörper verbundene, mithin künstliche Gebilde wie den amerikanischen Machtapparat ist bekanntlich Intifada angesagt.

Wie der Machtkampf an der Columbia University ausgehen wird, ist nicht ausgemacht. Offensichtlich ist jedoch, dass die Einladung Ahmadinejads im internationalen Maßstab die Schwäche eines Liberalismus vorgeführt hat, der sich auf die öffentliche Diskussion seiner eigenen Liquidation einlässt, und dass sie durch die Eröffnung von Erfolgsaussichten für antiamerikanische Agitation in den USA dem islamfaschistischen Antiimperialismus und dessen Sympathisanten weltweit Auftrieb gegeben hat. Wenn die amerikanische Gesellschaft diesen Krieg, der längst ein internationaler ist, gewinnen will, wird sie sich auf ihre emanzipatorischen Potentiale besinnen müssen. Das heißt in diesem Fall, dass Bestrebungen, wie sie sich nicht nur am Middle East Institute der Columbia University äußern, mit aller Entschiedenheit und nicht nur verbal entgegengetreten werden muss. ■

Anmerkungen:

[1] Bollingers Rede kann nachgelesen werden unter http://www.columbia.edu/cu/news/07/09/lcbopeningremarks.html

[2] http://www2.irna.com/index2.php?option=com_news&task=print&code=071002922219351 3&Itemid=&lang=en

[3] http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/966/134709/

[4] http://www.nydailynews.com/opinions/2007/09/24/2007-09-24_monstrous_idiocy.html

[5] http://www.harvardmitdivest.org/petition.html

[6] http://littlegreenfootballs.com/weblog/?entry=27195_Columbia_Students_Applaud_and_Cheer_Ahmadinejad&only

[7] http://www.campus-watch.org/article/id/4201

[8] Zu Edward Said siehe: http://www.campus-watch.org/article/id/811; http://www.campus-watch.org/article/id/1943; sowie Gerhard Scheit, *Frieden mit Deutschland - Krieg mit Israel. Edward W. Said und die antiimperialistische Formulierung der Auschwitz-Leugnung*, in: *Bahamas* 35/2001, S. 52-55.

[9] http://www.sipa.columbia.edu/news_events/announcements/Coatsworth%20Statement%20Regarding%20Ahmadinejad%20Event.pdf

[10] Pedro A. Sanjuan, *Die UN-Gang. Über Korruption, Spionage, Antisemitismus, Inkompetenz und islamischen Extremismus in der Zentrale der Vereinten Nationen*, Lüneburg 2006.

[11] http://www.campus-watch.org/article/id/2488

[12] http://www.sipa.columbia.edu/REGIONAL/mei/about.shtml#staff

[13] http://www.sipa.columbia.edu/regional/mei/Oct41.jpg

[14] http://www.columbiaspectator.com/?q=node/26929

[15] http://www.sipa.columbia.edu/news_events/announcements/iran.html

[16] http://www.columbia.edu/cu/news/07/09/sipa.pdf

[17] http://www.sipa.columbia.edu/REGIONAL/mei/FlyerOct11.jpg

[18] http://www.beacon.org/productdetails.cfm?SKU=6906; http://www.sipa.columbia.edu/REGIONAL/mei/index.shtml#whatsnew

[19] http://www.sipa.columbia.edu/REGIONAL/mei/index.shtml#whatsnew; http://www.huffingtonpost.com/nathan-gonzalez/five-reasons-to-engage-ir_b_62523.html

[20] http://www.themorningsidepost.com/2007/10/john-mearsheime.html

[21] Zu Khalidi siehe: http://www.discoverthenetworks.org/individualProfile.asp?indid=1347 und http://www.campus-watch.org/ article/id/2821

[22] Zu Lisa Anderson siehe: http://www.frontpagemag.com/Articles/Read.aspx?GUID={E0A24DE5-33BA-4FC4-A805-349AFFBA1E1D}

[23] http://www.bwog.net/articles/bulliet_the_international_diplomat_and_other_ahmadinejad_tidbits. Näheres siehe: http://www.nysun.com/article/40142

[24] 6. Februar 2002, http://www.sipa.columbia.edu/REGIONAL/mei/about.shtml#staff

[25] Vgl. Fabian Kettner, *Wie man ein „unbewusster Faschist" wird. Fiamma Nirenstein korrigiert den Blick auf den Nahost-Konflikt*, in: *Prodomo*, 4/2006.

[26] Vgl. http://www.columbiadivest.org/print/print_sig_list.html und http://www.sipa.columbia.edu/regional/mei/faculty.shtml

[27] http://www.columbiaunbecoming.com/script.htm

[28] http://antiracistblog.blogspot.com/2007/10/more-bad-genetic-scholarship-from-nadia.html

[29] Zu den genaueren Umständen siehe: http://www.campus-watch.org/article/id/1638

[30] Nachgelesen werden kann dies unter: http://www.columbia.edu/cu/mealac/faculty/massad/#intimidation (Massad); http://www.democracynow.org/article.pl?sid=05/04/06/1421213 (Khalidi); http://w3fp.arizona.edu/mesassoc/Bulletin/Pres%20Addresses/Anderson.htm (Anderson).

[31] Theodor W. Adorno, *Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute*, in: Ders., *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1971, S. 105-133, hier S. 110.

[32] http://www.foxnews.com/story/0,2933,297823,00.html

[33] http://www2.irna.ir/en/news/view/menu-234/0708142013173859.htm

[34] http://www.nysun.com/article/40619

[35] http://www.nysun.com/article/11156

[36] http://www.nysun.com/article/64566

[37] *New York Times*, 26. 9. 07, http://www.nytimes.com/2007/09/26/nyregion/26columbia.html?_r=3&adxnnl=1&oref=slogin&ref=nyregion&adxnnlx=1190808255-me0M6tbNiD4CdxgMaTevgg&oref=slogin&oref=slogin

[38] http://www.campus-watch.org/weblog/id/88

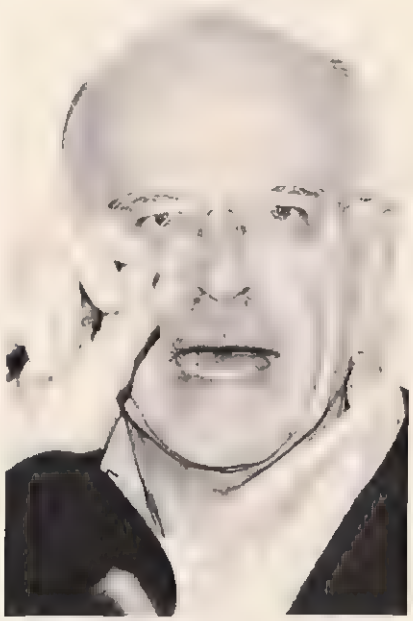
[39] http://weekly.ahram.org.eg/2007/866/focus.htm

Das Gespür für das Richtige

Blasphemie in Zeiten byzantinischen Wirrwarrs

HORST PANKOW

In Salman Rushdies Roman *Die satanischen Verse* macht einer der beiden visionierenden und halluzinierenden Protagonisten eine irritierende Entdeckung. Er „stellte fest, dass blasphemische Gedanken wieder in ihm aufstiegen". [1] Freilich ist das, was da in ihm aufsteigt, zwar originell gedacht und formuliert, aber nicht gerade neu - auch in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts schon längst nicht mehr: „Bei den Menschen war es um Moral gegangen. Vom Baum der Erkenntnis sollst du nicht essen, und doch aßen sie. Zuerst die Frau, und auf ihre Anregung hin der Mann, sie machten sich die verbotenen ethischen Normen zu eigen, die stark nach Apfel schmeckten: die Schlange lieferte ihnen ein Wertsystem. Das sie unter anderem befähigte, Gott selbst zu beurteilen und nach entsprechender Zeit all die unangenehmen Fragen zu stellen. Warum das Böse? Warum Leiden? Warum Tod? Also: raus mit ihnen. ER wünschte nicht, dass seine netten Geschöpfe sich einen Rang anmaßten, der ihnen nicht zustand. [...] Wie wenig Selbstvertrauen musste doch dieser Gott haben, wenn er nicht wollte, dass seine besten Geschöpfe Gut und Böse unterscheiden konnten". [2]



Hat den Ayatollah durchschaut: Salman Rushdie (links)
Hat manchmal das Gespür fürs Richtige: Günter Wallraff (rechts)

Das ist eine literarisch gelungene Zusammenfassung der seit der Renaissance das menschliche Denken bestimmenden Zweifel an einer göttlichen **und** im menschlichen Sinne weisen, d. h. für ideale Menschenzwecke nützlichen Einrichtung der Welt. Aber waren die späten 70er Jahre, in denen Rushdies 1988 erschienener Roman spielt, eine Epoche, in der solcherlei Zweifel einem Denken als peinigend blasphemisch erscheinen konnten? Hatte der theologische Terminus Blasphemie nicht längst archaischen Charakter angenommen? Fast hundert Jahre zuvor hatte Friedrich Nietzsche in seiner Parabel *Der tolle Mensch* von der Titelfigur die definitiv vollzogene Tötung Gottes verkünden lassen: „Gott ist tot! Gott bleibt tot! Und wir haben ihn getötet! Wie trösten wir uns, die Mörder aller Mörder?" Der Autor war sich zwar darüber im Klaren, dass diese mit den Mitteln des Zweifelns, Grübelns und Forschens vollzogene Tötung zunächst kein Tröstungsbedürfnis, sondern vielmehr Ignoranz und Verleugnung bewirken würde und setzt daher auf die Zeit als Weg der Erkenntnis: „Dies ungeheure Ereignis ist noch unterwegs und wandert - es ist noch nicht bis zu den Ohren der Menschen gedrungen. [...] Taten brauchen Zeit, auch nachdem sie getan sind, um gesehen und gehört zu werden. Diese Tat ist ihnen immer noch ferner als die fernsten Gestirne - *und doch haben wir sie getan*!" Aber Nietzsche ließ seinen „tollen Menschen" sogleich mit den praktischen Konsequenzen seiner Enthüllung beginnen - der Umwidmung von Kirchen in „Grüfte und Grabmäler Gottes". [3] Sollte diese Arbeit durch die Ideen und Ereignisse des 20. Jahrhunderts nicht wesentlich befördert worden sein? Hätte sich nach ihrer weitgehenden Vollendung die Vorstellung von Blasphemischem nicht auf andere Gegenstände als auf die Unzulänglichkeit eines monotheistischen Schöpfergottes richten müssen? Immerhin schie-

nen zwei im 20. Jahrhundert sich manifestierende historische Entwicklungsstränge das Primat des menschlichen Schöpfertums im Guten wie im Schlechten bestätigt zu haben: Einerseits durch die russische Oktoberrevolution - inklusive ihrer sozialdemokratischen Geburtsfehler, ihrer stalinistischen Erstarrung und Deformation, ihrer antihumanen Verbrechen, ihrer grotesken Geschichte von Spaltung, Verrat und Dissidententum -, die zumindest die Möglichkeit eines von Marx prognostizierten Austritts aus der *Vorgeschichte* hinein in die selbstbewusst gestaltete *Geschichte* der Menschen angekündigt hatte. Andererseits die von den europäischen Faschismen repräsentierte gegenläufige Entwicklung einer politisch gewollten Unterwerfung unter die Mystizismen von Staat und Nation, die vom deutschen Nationalsozialismus avantgardistisch und konsequent in wahnsinnigen Vernichtungs-Antisemitismus überführt wurde. War angesichts dieser menschlichen Kollektivtätigkeit nicht jegliche systematische Überlegung bezüglich eines irgendwie weisen, weil für menschliche Zwecke nützlichen, Schöpfergottes angesichts der bedrängenden Notwendigkeit der Abschaffung des menschlich verursachten allgemeinen Leids selbst so etwas wie „blasphemisch" geworden?

Salman Rushdie würde, das ergibt jedenfalls die Lektüre seines bislang besten Romans *Die satanischen Verse*, dem vermutlich zustimmen. Allerdings war er in den späten 80ern interessanterweise mehr als die damals noch überwiegend links orientierte Intelligenz des Westens in der Lage, die gegenläufigen Tendenzen einer archaisch sich gerierenden Rebarbarisierung der zwar noch nicht durch den Weltmarkt, aber durch widerstreitende universalistische Ideen vereinheitlichten Welt zu erkennen. Mit freilich spezifisch literarischen Mitteln: Deren wichtigstes ist die Personalisierung. Seinen beiden visionierenden und halluzinierenden Helden stellt er einen nicht weniger extraordinären Antagonisten gegenüber. Es ist der „bärtige beturbante Iman". [4] Der phantasiert zwar auch im London der späten 70er seine persönlichen Phantome als Weltereignisse, doch er arbeitet zielstrebig darauf hin, seine Phantasien real werden zu lassen. Dieser Mann leidet nicht so sehr unter seinen wahnhaften Eingebungen; diese scheinen ihm selbst seit langem die Welt in ihrem empirischen Zustand zu repräsentieren. Die Welt, wie sie sein sollte, versteht sich, denn das ihn umgebende reale London besteht für ihn nur als Grauen, dem zu widerstehen ist: „Die Vorhänge aus dickem goldenem Samt bleiben den ganzen Tag geschlossen weil sich sonst das Böse in die Wohnung einschleichen könnte: Fremde, Ausland, das feindselige Volk. Die bittere Tatsache, dass er hier ist und nicht Dort, worauf sich alle seine Gedanken richten. Bei jenen seltsamen Gelegenheiten, wenn der Imam ausgeht, um in Kensington frische Luft zu schöpfen, im Zentrum eines Vierecks, das von acht jungen Männern mit Sonnenbrillen und ausgebeulten Anzügen gebildet wird, faltet er seine Hände vor dem Bauch und sieht sie mit starrem Blick an, damit keine Spur, kein Teilchen dieser verhassten Stadt - dieser Stätte des Lasters, die ihn demütigt, indem sie ihm Zuflucht gewährt, sodass er trotz all ihrer Lüsternheit, Mißgunst und Eitelkeit verpflichtet sein muss - sich wie ein Staubkörnchen in seinen Augen einnisten kann. Wenn er dieses verabscheute Exil verlässt, um [...] zurückzukehren, wird er stolz darauf sein, sagen zu können, dass er diesem Sodom gegenüber vollkommen ignorant geblieben ist; ignorant und dabei unbefleckt, unverändert, rein." [5]

Das lange Zitat lässt den verbitterten alten Mann unzweifelhaft als den Ajatollah Chomeini im Exil erkennen. Ein Psycho- und Soziopath, dessen beständige Sorge der Abwehr von Schmutz und Unreinheit in all ihren physischen und metaphysischen Erscheinungen gilt und der deshalb auch ein zwanghaftes Selbstreinigungsbedürfnis verspürt, was nach seiner Machtübernahme zur islamischen Reinigung der iranischen Gesellschaft im permanenten Blutbad führt. Im Exil freilich ist er noch auf die Elementarform aller Reinigungsmittel verwiesen: „Der Imam trinkt ständig Wasser, alle fünf Minuten ein Glas, um sich sauberzuhalten; dass Wasser wird, bevor er daran nippt, mit Hilfe eines amerikanischen Filterapparates von allen Verunreinigungen befreit. Die jungen Männer, mit denen er sich umgibt, kennen seine berühmte Monographie über das Wasser, dessen Reinheit, die sich, wie der Imam glaubt, dem Trinkenden mitteilt, seine Dünnflüssigkeit und Schlichtheit, die asketischen Freuden seines Geschmacks." [6] Sinnbild allen Schmutzes ist für den Iman - wie könnte es auch anders sein - eine Frau. Sie heißt Aischa und führt dem Asketen in Form einer der wenigen in seiner gewollt kärglichen Behausung geduldeten Fotografien stets aufs neue die Verderbtheit der Welt vor Augen. Die sowohl erotische Attraktivität als auch materiellen Luxus verkörpernde „Kaiserin" - offenbar handelt es sich um die Ehefrau des 1979 durch die „islamische Revolution" gestürzten Schahs - dient dem Imam als Fetisch unstillbaren Hasses auf - ja tatsächlich, auf das Leben selbst. Aischa markiert aber auch einen heiklen Punkt in der phantasmagorischen Gedankenwelt des Imams. Denn diesen Namen trug der Überlieferung zufolge auch die jugendliche Geliebte des Propheten Mohammed; sogar der Islam ist also von Beginn an mit dem Schmutz fleischlicher Begierde behaftet, was für den Imam eine schier unerträgliche Erkenntnis darstellt, deren Inhalt nun wirklich blasphemisch wäre, wagte denn jemand sie in Gegenwart des Imams auszusprechen.

Der Imam im Exil

Dass der spätere Chomeini als, wie er in westlichen Medien gern bezeichnet wurde, „Revolutionsführer" bei der Lektüre dieser Schilderung seines realen Exilantendaseins nicht gerade begeistert war, kann angenommen werden. Rushdie war allerdings noch einen Schritt weiter gegangen, indem er sich Gedanken um die „historische" Aischa machte. Die junge Gespielin des Religionsstifters, die in manchen Überlieferungen gar als Neunjährige - mithin betrieb Mohammed nach heutigem Verständnis schweren sexuellen Missbrauch eines Kindes - beschrieben wird,

erscheint bei Rushdie als Chiffre, als eine Art Verdichtung des Wirkens eines anderen weiblichen Wesens: nämlich der vorislamisch-matriarchalen Gottheit Al-Lat, die Mohammed neben zwei anderen Göttinnen zunächst vom monotheistischen Verdikt über die Vielgötterei ausgenommen haben soll. Diese Ausnahme, so manche apokryphe islamische Überlieferungen, sei durch Einflüsterungen des Satans bewirkt worden. Der Prophet selbst habe dies später bemerkt und dafür gesorgt, dass die entsprechenden „satanischen Verse" aus dem Koran entfernt wurden. Das könne aber auch ganz anders gewesen sein, meint Rushdie, und legt den Lesern nahe, der Koran insgesamt sei möglicherweise nicht durch die Einflüsterungen des Erzengels Gabriel, sondern durch die des Satans höchstpersönlich ins Ohr des Propheten gedrungen. Die Reaktion des realen Chomeini auf das Erscheinen der „satanischen Verse" verleihen der Beschreibung des Imams im Roman nahezu prophetischen Charakter. Solcherart „Schmutz" repräsentierte das „schmutzige" Denken und Leben der nichtislamischen Welt. Die reinigende Kraft des Wassers war hier offenbar überfordert, das Vergießen von Blut schien einzig angebracht, diese „Verunreinigung" des Denkens zu beheben. Das von Chomeini in Form einer Fatwa über Rushdie verhängte Todesurteil und die Auslobung einer Kopfprämie von drei Millionen US-Dollar für den/die prospektiven Mörder zeigten schließlich, dass die Überlegungen des Autors über gotteslästerliche „Blasphemie" doch nicht so archaisch waren, wie zunächst vermutet werden konnte, sondern sich fatalerweise (wieder) auf der Höhe der Zeit befanden.

In der Folge gingen auf dem gesamten Globus Millionen von Moslems auf die Straße und forderten - von den westlichen Staatsorganen toleriert - die Ermordung Rushdies, in gespenstischen Autodafes wurden von analphabeten und illiteraten Menschenmengen *Die satanischen Verse* öffentlich verbrannt. Es war dies das erste Mal, dass der Geltungsbereich der Scharia für alle Staaten beansprucht wurde. Und das ohne auf allzu großen Widerstand zu stoßen: Nicht Großbritannien intervenierte bei der iranischen Regierung zugunsten seines Bürgers Rushdie, vielmehr schmiss der Iran für vier Wochen die britischen Diplomaten aus dem Lande. Auf Verleger und Übersetzer des Romans wurden Mordanschläge verübt, zumindest der japanischen Übersetzer wurde bei einem solchen Anschlag getötet, andere zum Teil schwer verletzt. Auch in Deutschland wurden im Frühjahr und Sommer 1989 islamische Kundgebungen mit Mordaufrufen abgehalten, gegen die niemand einschritt. Die Obrigkeit, noch den Denkstrukturen des zu Ende gehenden Kalten Krieges verhangen, zeigte sich weitgehend gleichgültig, in manchen Massenmedien wurde bereits Rushdie die Verantwortung für seine Situation zugewiesen. Auch die damals noch vorhandene radikale Linke interessierte sich wenig für die Angelegenheit. Hier und da wurden sogar Vermutungen geäußert, bei Rushdie handele es sich um einen Autor, der imperialistische und neokoloniale Ambitionen des Westens bediene. Es waren hauptsächlich liberale und linksliberale Intellektuelle, Autorenverbände und kleinere Verlage, die sich hierzulande für Rushdie stark machten, darunter übrigens auch einige, die später durch die entgegengesetzte Haltung einer ausgeprägten Islamophilie von sich reden machten. Weil sich nicht nur Rushdies damaliger deutscher Hausverlag Piper von der islamischen Drohung beeindruckt zeigte, und auch kein anderer Verlag hierzulande den Mut zur Publikation des Buches aufbrachte [7], wurde der „Artikel 19 Verlag" ins Leben gerufen, dessen einzige Veröffentlichung im Herbst 1989 *Die satanischen Verse* sein sollten. Auf den Seiten 5 und 6 dieser verdienstvollen Publikation findet sich eine beeindruckend lange Liste der „Gesellschafter und Herausgeber". Auf Seite 6 in der achten Zeile von unten kann man zwischen dem Verlag im Waldgut und dem Walter Verlag den Namen Günter Wallraff lesen. Für Günter Wallraff war das eine unruhige Zeit. Höhepunkt und Niedergang seines publizistischen Schaffens fielen in ihr zusammen. Begonnen als kritischer Enthüllungsautor mit zum Teil spektakulären Recherchemethoden war er in den späten 70er und den 80er Jahren zum Publikumsliebling aufgestiegen. Er hatte den Leuten die Schweinereien des Springer-Konzerns, vor allem der *BILD*-Zeitung, enthüllt und war damit so erfolgreich, weil er zu Tage förderte, was sich viele bei Lektüre des Blattes stets gedacht hatten. Als „Türke Ali" hatte er dann die deutsche Welt von *Ganz Unten*, so der Titel seines erfolgreichsten Sellers, für den sozial verantwortungsbewussten Staatsbürger kurzweilig aufbereitet. Mit dem Erfolg von *Ganz Unten* war aber der Zenit seiner Karriere überschritten: Sein Ghostwriter hatte ihm die Zusammenarbeit aufgekündigt und dies publik gemacht. Eigentlicher Verfasser von Wallraffs Publikationserfolgen war Hermann Gremliza von der *konkret*, die dieser auf der Grundlage von Wallraffs Notizen erstellt hatte. Weil Wallraff der Sinn längst nicht mehr nach „Unerwünschten Reportagen", mit denen er einst als Gesellschaftskritiker reüssierte, stand, sondern es offenbar mehr auf Beiträge zur sozialpädagogischen Sinnstiftung für die Bundesrepublik angelegt hatte, wollte Gremliza nicht länger mittun. Zudem ehrte er seinen früheren Klienten mit einem Karl-Kraus-Preis, dessen Verleihung allerdings an die Bedingung geknüpft war, fortan auf jegliche Veröffentlichung zu verzichten.

Praktische Intervention

Nun mag Günter Wallraff kein genialer Schreiber sein und letztlich öffentlichen Zuspruch nicht immer zugunsten kritischer Analyse verschmähen, eines muss man ihm aber lassen: Er hat oft das richtige Gespür für den richtigen Ort und die richtige Zeit aufgebracht, um durch *praktische Intervention* die Wahrheit über Zustände und Verhältnisse kenntlich zu machen. Beispielsweise stellte er sich im Sommer 1967 mit einem Schild „Student, wegen Teilnahme an Demonstration gekündigt, sucht Zimmer und Arbeit jeglicher Art" vor den Westberliner Bahnhof Zoo. Die Beschreibung dessen, was er daraufhin von antikommunistisch verhetzten, mit Vernichtungsphantasien überladenen Frontstadtbewohnern erfuhr, ist sowohl

beängstigend wie erhellend. [8] Im Mai 1974 kettete sich Wallraff an einen Laternenmast auf dem Athener Syntagmaplatz und verteilte Protestflugblätter gegen des damalige griechische Militärregime. Diese Aktion, seine darauf folgende Verhaftung, Misshandlung und Einkerkerung trugen immens zur Aufklärung der brutalen Verhältnisse in einem europäischen NATO-Land bei. Auch nach seinem publizistischen Niedergang zeigte er gelegentlich einen ausgeprägten Sinn für das Richtige und Angebrachte. So reiste er 1991 demonstrativ nach Israel. In einer Situation als der Irak das Land mit Scud-Raketen beschoss, um auf diese Weise andere arabische Länder zu Angriffen zu motivieren, solidarisierte Wallraff sich mit dem jüdischen Staat. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch sein 1996 erfolgter Besuch beim PKK-Chef Öcalan, der ähnlich wie Chomeini ein Todesurteil über einen dissidenten Autor verhängt hatte. Wallraff erreichte zwar nicht die Rücknahme des Mordaufrufs, bewirkte aber einiges bezüglich der Erhellung der autoritären Strukturen der Kurdenpartei. Und heute fordert Günter Wallraf eine öffentliche Lesung aus den satanischen Versen Salman Rushdies in der geplanten Kölner Monumental-Moschee. Zunächst hatte er vorgeschlagen, Rushdie persönlich solle in der Moschee lesen; war aber dann, aufgrund der Gefährdung Rushdies - immerhin war das auf ihn ausgesetzte Kopfgeld 1991 noch einmal verdoppelt worden - bereit, selbst aus den *Versen* zu lesen. Bemerkenswert und das Gespür dieses Mannes fürs Richtige unter Beweis stellend, waren vor allem die erwartbaren Reaktionen - von nicht-islamischer wie von islamischer Seite. Hat man sich hierzulande erst einmal entschlossen, den Islam als grundsätzlich friedfertig anzusehen und eine erzreaktionäre islamische Einrichtung als Repräsentation eines „moderaten Islam" zu begreifen, weicht man keinen Schritt mehr zurück. Da wird dann selbst ein in Deutschland allseits beliebter Publizist wie Ralph Giordano in die rechte Ecke gestellt, wenn er im Zusammenhang mit der durch den Kölner Moscheebau zu befürchtenden Konzentration islamischen Alltagslebens - immerhin sollen den Plänen der Betreiber zufolge 2.000 Menschen dort Platz finden - Selbstverständliches äußert, wie „Ich will auf deutschen Straßen keine Burka-Trägerinnen und Shador-Verhüllten sehen. [...] Ebenso wenig wie ich will, dass der Muezzin-Ruf von Minaretten ertönt". Giordano weiß um die knechtende Praxis und Symbolik von Burka und Shador und begründet dies, genauso wie er weiß, dass von Minaretten nicht gerade Aufrufe zu gesteigerter Menschenfreundlichkeit zu vernehmen sind.

Auch zu Wallraff gehen die Multikulti-Phantasten eines angeblich „friedfertigen" und „moderaten" Islam inzwischen auf Distanz. Zwar nicht so harsch wie gegenüber Giordano, aber so schroff wie der hatte sich Wallraff auch nicht geäußert. Vielmehr sei es ihm stets um Integration gegangen, die vorgeschlagene Lesung könne so etwas wie ein bestandener „Integrationstest" werden, hatte der sich bereitwillig neben Kölner Politikern und anderen Lokalmatadoren als Mitglied eines so genannten „Beirates" der Moschee zur Verfügung Gestellte verlauten lassen. Außerdem habe er „bei sich zu Hause bereits eine Probelesung vor muslimischen Moschee-Gängern abgehalten, bei der die Zuhörer an Stellen gelacht hätten, die sich Nichtmuslimen gar nicht erschließen. ‚Daran sieht man, dass dieses Buch in den muslimischen Kontext gehört', sagte Wallraff." (*Spiegel Online*, 25.09.2007) Zwar mit der nachgestellten Einschränkung „Vielleicht ist das auch nur ein Traum von mir" hatte er in einem Interview folgendermaßen Scharfsinn gezeigt: „Die Welt ist dabei, sich zu verändern. Die Muslime, die jetzt in der deutschen Gesellschaft heranwachsen, sind nicht die Gewaltbereiten. Sondern sie fangen an, zu vergleichen und sich die positiven Seiten ihrer jeweiligen Kultur zu eigen zu machen und das Rückständige hinter sich zu lassen." (*Zeit Online*, 18.07.2007) Nicht solche spleenigen Statements brachten ihm Spott ein, sondern sein Beharren auf einer Lesung aus Rushdies Buch, nachdem die zu erwartende islamische Ablehnung eingetroffen war. Als quijotesker „Halbmondritter", der „gen Ankara" ziehe, titulierte in die *FAZ*. Die *Süddeutsche Zeitung* zieh ihn süffisant eines grotesken Paternalismus: „Es ist schwärzester Undank. Da reibt sich einer auf, riskiert sein Leben, und kommen ihm die Muslime auch nur einen Millimeter entgegen? Aber woher." Ach ja, die lieben Muslime. Die nicht ganz so friedfertigen und leider auch nicht allzu sehr moderaten unter ihnen setzten Wallraff sogleich auf eine im Internet kursierende Liste der „Feinde des Islam". Weil dies so weit von einer Todesdrohung nicht entfernt ist, und so etwas auch für islamophile Deutsche nicht ganz in Ordnung geht, zumindest solange es innerhalb der deutschen Grenzen stattfindet, machten die Friedfertigen und Moderaten das, was von ihnen erwartet wird: Sie distanzierten sich von dieser Drohung ebenso wie sie sich zuvor schon von Chomeinis Fatwa gegen Rushdie distanziert hatten. Letzteres hatte Wallraff schon gewürdigt: „Eines habe ich bereits erreicht, und das ist schon was: Zum ersten Mal hat [...] eine islamische Gemeinde, und noch dazu die größte in Deutschland, sich eindeutig gegen die Fatwa ausgesprochen." Na immerhin...

Neues Freizeit- und Einkaufszentrum: Mohammed-Arkaden in Köln-Ehrenfeld

Die innerhalb der Moscheebetreiber führende Kraft, die vom türkischen Staat dirigierte DITIB, hatte in einer Presseerklärung unter anderem mitgeteilt: „Geschäftsführung, Dialogabteilung und Vorstand sind sich einig gewesen, dass eine solche Veranstaltung nicht für die Integration der Muslime in Deutschland förderlich wäre. In einer Demokratie darf man auch zu dem Entschluss kommen, dass eine von einem prominenten Schriftsteller angefragte Veranstaltung nicht mit der religiösen Auffassung der Gemeinde zu vereinbaren ist." Ja, das darf man, und man darf als Gemeinde mit einer religiösen Auffassung auch zu dem Ergebnis kommen, dass „Blasphemie" ein strafwürdiges Verbrechen ist, nur selber strafen darf man nicht, das hat man in der Demokratie dem Staat, und falls der nicht will oder kann, dem Allmächtigen zu überlassen, dem seinerseits wiederum auch nur die Menschenkinder als Strafvollstrecker zur Verfügung stehen. In nahezu jeder christlichen Kirchen- und jüdischen Synagogengemeinde sind „blasphemische Gedanken" wie die eingangs aus Rushdies Roman zitierten als selbstverständliche akzeptiert. Auch wenn sie dort nicht immer zum täglichen spirituellen Brot gehören dürften, ist man sich schon darüber im Klaren, dass die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie ein als gleichermaßen allmächtig und menschenliebend vorgestellter Schöpfergott zu dem aus den Schweinereien seiner Geschöpfe resultierenden Leid steht, eine unabdingbare Triebkraft jeder modernen Theologie darstellt. Doch der zeitgenössische Islam will offenkundig weder modern noch theologisch, jedenfalls nicht im systematischen Sinne, sein. Haben seine beiden monotheistischen Konkurrenten auf politische und soziale Gestaltungsmächtigkeit inzwischen weitgehend verzichtet, beansprucht der Islam in der spätkapitalistischen Weltgesellschaft nach wie vor die praktische Realisierung seines Namens: Unterwerfung.

Günter Wallraff allerdings unterwirft sich vorerst nicht. Wie ein deutscher von den heimischen Institutionen Enttäuschter bisweilen verkünden mag, „bis nach Karlsruhe" zu gehen, um sein „gutes Recht" zu erlangen, so erklärte Wallraff, nach Ankara zu reisen, um mit den dortigen Vorgesetzten des Kölner DITIB Tacheles zu reden. Wieder ein Beweis dafür, dass der Mann immer noch über das richtige Gespür für den richtigen Platz und den richtigen Ort verfügt. DITIB ist nämlich die Auslandsfiliale des türkischen Religionsministeriums, das sich selbst bescheiden als „Amt für religiöse Angelegenheiten" titulieren lässt. Von dort werden die Aktivitäten der europäischen DITIB-Gemeinden inhaltlich bestimmt und praktisch gelenkt. Zuvor hatte Wallraff seine „maßlose Enttäuschung" über die Ablehnung seines Integrationstestes erfolgreich durch eine zutreffende Qualifizierung des Kölner DITIB-Chefs kompensiert. Der sei nämlich nichts weiter als ein „Aufpasser, Wächter, Abschirmer im Auftrag des türkischen Staates", erläuterte der Enttäuschte dem Kölner *Express*. Als Unterabteilung einer staatlichen Institution nimmt DITIB die Interessen seines Souveräns wahr, und die Interessen des türkischen Staates werden, sofern nicht stärkere Souveräne wie etwa die NATO drohend mit dem Zeigefinger wedeln, von völkischem Nationalismus und Islam bestimmt, woraus die bekannte unappetitliche Melange beider Ingredienzien in türkischer Innen- wie Außenpolitik resultiert. Die Wallraffsche Idee, statt mit einem Kölner Subordinierten gleich mit dem obersten Chef zu reden, war nur konsequent. Gleichwohl dürfte diese Idee, auch wenn ihre Realisierung in Ankara vorgesehen war, in einem durchaus als byzantinisch zu bezeichnenden Wirrwarr enden. Zunächst war die Ankara-Reise für Oktober projektiert, dann wurde sie auf Anfang November verschoben. Beim Schreiben dieses Artikels ist es fast schon Mitte November. Wahrscheinlich wird nichts mehr aus dem Projekt. Und dennoch sind wir Zeugen einer schönen *praktischen Intervention* geworden, einer Intervention, die noch in ihrem Scheitern Schönheit und Würde menschlicher *Blasphemie* verdankt. ■

Anmerkungen:

[1] Salman Rushdie, *Die Satanischen Verse*, o. O., 1989, S. 333. Alle weiteren Rushdie-Zitate aus dieser Ausgabe.

[2] Rushdie, ebd.

[3] Friedrich Nietzsche, *Der tolle Mensch*, in: ders., *Die Fröhliche Wissenschaft*, Frankfurt/M. 1982, S. 137ff. Hervorhebung im Original.

[4] Rushdie, S. 209

[5] Rushdie, S. 210

[6] Rushdie, S. 213. Tatsächlich hatte Chomeini in den 70er Jahren eine skurrile Abhandlung *Von der Natur des Wassers* verfasst.

[7] Erst 1997 erschienen *Die satanischen Verse* als Taschenbuch im Droemer Knaur Verlag.

[8] Er beschreibt das in dem Text *Sauberes Berlin*, der 1969 erstmals in den *13 unerwünschten Reportagen* erschien.

BAHAMAS Nr. 53 Sommer 2007

Freiheit statt Angst

Magdeburg: Gangland der Antiimps ● Zum Stand der Idee einer demokratischen Revolution im Irak ● Überwachungswahn und Freiheitsberaubung ● Die Deutschen warten auf die iranische Bombe ● Die linken Wurzeln von Faschismus und Nationalsozialismus ● Der antifaschistische Staat des New Deal ● Abgehängt in der Ethno-Klitsche ● Großmoscheebau: Von der Parallelgesellschaft zum Parallelstaat ● Ist Polen ohne deutsche Fürsorge verloren? ● Mahatmas Moral und Gandhis Masochismus ● u.v.m

4 EUR /Briefmarken: Bahamas, Postfach 620628, 10796 Berlin
030 - 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

anzeige

Gefangen in der Nazifalle

Eva Herman als Bauchrednerin der Nation

PHILIPP LENHARD

Es ist schon ein Kreuz. Kaum sagt man „Autobahn", wird man als Nazi abgestempelt. Dabei ist doch unleugbar, dass Autobahnen eine feine Sache sind, die die Reise von Punkt A nach Punkt B deutlich vereinfachen. So naiv denkt es sich eine Frau, die jahrelang als „Mrs. Tagesschau" allabendlich auf den Bildschirmen zu sehen war und die daher von Berufswegen eine ganz normale Deutsche zu sein hatte. In letzter Zeit kamen verstärkt Zweifel an dieser Eigenschaft auf, schließlich reicht es heuer nicht mehr, blond, blauäugig und gescheit lächelnd dreinzuschauen, um als Durchschnittsdeutsche durchzugehen, sondern es wird auch verlangt, die Berliner Republik ideologisch mit zu tragen und somit zusätzlich zur getreuen Doofheit den Schein der Progressivität einer Angela Merkel und der Frische eines Fußballnationalteams auszustrahlen. Eva Herman hat den Fehler begangen, ihre reaktionäre Forderung nach einer „Wertschätzung der Mutter" mit einem Verweis auf die angeblich guten Seiten des Nationalsozialismus zu unterfüttern. So etwas will heute niemand hören und gerade deshalb will es jeder hören: „Weil man so etwas nicht sagen kann" (Margarethe Schreinemakers), taugt es zum Skandal, wenn es doch jemand tut. Und von Skandalen lebt die Unterhaltungsindustrie schließlich, auch wenn ihr Name zumeist nicht hält, was er verspricht. Der Skandal ist ihr Lebenselixier, weil seine vermeintliche Zufälligkeit suggeriert, es finde tatsächlich Geschichte statt, obwohl Zeit heute sinnvoll nur noch als Wiederholung des Immergleichen zu definieren wäre. Skandale sind wiederum so wichtig für die kulturindustrielle Branche, dass sie zur Regel geworden sind und damit die Bedeutung ihres eigenen Begriffs untergraben. Wer einmal eines der Boulevardmagazine gesehen hat, weiß wie langweilig die dort präsentierten Skandale sind - glücklicherweise gibt es ab und an noch echte Schönheiten zu sehen, sodass wenigstens die Augen, wenn schon nicht das Hirn, sich an spannenden Bildern ergötzen können.

Leider liegt in „Debatten" über den Nationalsozialismus nicht nur Langeweile und Vorhersehbarkeit, sondern auch eine gewichtige Gefahr. Denn es wäre selbstredend nicht damit getan, jeden Nazi einfach seinen Müll absondern zu lassen, im Vertrauen darauf, dass es schon niemand glauben wird - die Geschichte hat gezeigt, wie gerne Menschen auch noch den größten Stuss begierig aufnehmen und unter Umständen dazu bereit sind, diesen Stuss praktisch umzusetzen. Deshalb muss den Skandalnudeln, die wieder einmal „gute Seiten" am Nazifaschismus entdeckt haben wollen, etwas entgegengesetzt werden. Das Problem allerdings ist die Bestimmung dieses „etwas". Denn mit einer einfachen Tabuisierung, einem Verbot bestimmter Äußerungen - und seien sie auch noch so töricht - ist es eben auch nicht getan. Als die Talkshowpionierin und studierte Soziologin [1] Margarethe Schreinemakers sich gemeinsam mit Senta Berger in Kerners Sendung über Hermans Äußerungen ereiferte, wurde überdeutlich, wie sehr das deutsche Geschichtsbewusstsein auf Verdrängung beruht. Weil die Kerngedanken der nationalsozialistischen Ideologie nicht von den Reeducation-Maßnahmen der Alliierten aus den Köpfen der Deutschen getilgt werden konnten, sondern in postnazistischer Transformation noch immer ihr Unwesen treiben, können die Deutschen sich nicht kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, ohne ihre eigene Identität infrage zu stellen. Deshalb verweisen sie lautstark darauf, man dürfe so, wie es die Herman getan hat, nun mal nicht reden und überhaupt sei jede Diskussion zwecklos.

Leider bilden auch die für solche Zwecke ausgezeichneten Experten maximal eine kleine Stütze im Kampf gegen nazistische Anschauungen. So kredenzte Wolfgang Benz, immerhin Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin und Herausgeber dicker Standardwälzer über den Nationalsozialismus, in der *Welt am Sonntag* vom 21. Oktober einen dümmlichen Aufklärungsartikel mit dem Titel *Hatte das Dritte Reich gute Seiten?*, in dem er erklärte, Eva Herman und mit ihr jeder vierte Deutsche, der die Titelfrage laut Umfrage mit Ja beantwortet, irrten sich. Welch bahnbrechende Erkenntnis! Benz' Unterfangen besteht allen Ernstes darin, nachzuweisen, wie schlecht der Nationalsozialismus war. All den Deutschen, die sich in der einen oder anderen Weise den NS zurück wünschen, erteilt er vorab - bereits im ersten Satz - eine Generalabsolution und bescheinigt ihnen: „Wenn ein Viertel der Deutschen auf Anfrage bekundet, das Dritte Reich habe auch gute Seiten gehabt, so entspringt dies wohl weniger dem Bedürfnis, das nationalsozialistische Regime zu rechtfertigen, als dem Streben, der moralischen Totalverdammung etwas

entgegenzusetzen und den einen oder anderen schieren Restwert aus dem Verdikt der Vergangenheit zu retten." So spricht's der Herr Professor und es wäre ein gemeiner Hund, wer ihn alleine dafür der NS-Relativierung bezichtigte. Wenn von „Totalverdammung" die Rede ist, so weiß jeder Geschichtsstudent aus dem ersten Semester, dass „total" niemals gut ist und irgendetwas mit Faschismus zu tun hat. Deshalb: Immer schön differenzieren. Was liegt da näher, als eben dies zu tun, und auseinander zu klamüsern, was denn jetzt gut und was schlecht war: Das Mutterkreuz ins Töpfchen, den Holocaust ins Kröpfchen...

Dass der Nationalsozialismus mit einem einfachen, die Totalität der gesellschaftlichen Brutalität treffenden Begriff auf den Punkt zu bringen ist - dem der Barbarei -, kommt Eva Herman demzufolge nicht in den Sinn, weil sie den NS überhaupt nicht als alles überschattenden Skandal der Menschheitsgeschichte sieht, sondern als eine Staatsform unter anderen. Sie möchte gerne diskutieren, was denn an der Familienpolitik so schlecht gewesen sei, immerhin sei doch die Mutter von den Nazis mehr geehrt worden als von den 68ern. Anstatt aber das Individuum mit seinen Lebensentwürfen gegenüber gesellschaftlichen Rollen zu verteidigen, die das Subjekt auf Verwertbarkeit und Loyalität festschreiben und schon deshalb die Vorstellung von einem „minderwertigen Leben" aus sich heraus produzieren, hebt Benz dazu an, Hermans Normen zu übernehmen. Er adaptiert ihren Anspruch, die Mutter müsse geehrt werden, meint aber, die Nazis seien diesem Anspruch nicht nachgekommen: „Sich an den Muttertag, das Mutterkreuz, den Mütterdienst dankbar zu erinnern, wenn man dabei persönlich eine gute Zeit gehabt hatte, vielleicht das einzige Mal sich als Frau öffentlich anerkannt gefühlt hatte, war nicht anrüchig, allenfalls naiv, weil es zeigte, dass sie die hinter den staatlichen Maßnahmen stehenden Absichten nicht durchschaute." Den Nazis sei es, so insinuiert Benz, gar nicht um die Mutterehre gegangen, sondern um ganz andere sinistre Zwecke. Dass aber der Begriff der „Mutterehre", den auch Eva Herman gebraucht, niemals etwas anderes gemeint hat, als die völkische Gebährmaschine, verschweigt Benz. Er will tatsächlich beweisen, dass all die „guten Seiten" - von der niedrigen Arbeitslosenzahl bis zum Fahrradtretstrahler - nicht den Nazis zu verdanken sind, sondern der Weimarer Regierung, der Marktwirtschaft, den privaten Ersparnissen der Deutschen oder gewitzten Erfindern. Dass der Nationalsozialismus auch dann eine einzige Barbarei gewesen wäre, wenn Heinrich Himmler den Tretstrahler, das Graubrot und den VW-Käfer eigenhändig in einem NS-Labor entwickelt hätte, leuchtet ausgerechnet ihm, dem Leiter eines Institutes, das sich für Antisemitismusforschung verantwortlich erklärt, nicht ein. Die Verurteilung des Holocaust braucht keine anderweitigen Begründungen außer ihm selbst; dass er verübt werden konnte, kontaminiert alles, was - ob bewusst oder unbewusst, ob direkt oder indirekt - in den Herrschaftszusammenhang eingebunden war.

Wolfgang Benz holt alle Argumente hervor, die er in seiner langjährigen Arbeit als Forscher angesammelt hat, und landet doch in der Nazi-Falle. Diese besteht - anders als es der *Stern* in seiner Titelstory darstellte [2] - darin, dass die Nazis keine bloße Propaganda trieben, sondern ihre Lügen wahr machten. Der, der sie nur als Demagogie brandmarken möchte, verharmlost den NS in seiner alles durchdringenden Intensität. Adorno und Horkheimer schrieben bekanntlich schon: „Für die Faschisten sind die Juden nicht eine Minorität, sondern die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches; von ihrer Ausrottung soll das Glück der Welt abhängen." Diese Vorstellung sei „wahr in dem Sinn, daß der Faschismus sie wahr gemacht hat." [3] Von solchen Einsichten sind bürgerliche Historiker weit entfernt. So schreibt Benz über die Volksgemeinschaft: „Auch die ‚Volksgemeinschaft' als Gegenentwurf zur Welt der Klassen und des Standesdünkels der Höherstehenden war ja eine schöne Utopie, an die zu glauben nichts Schlechtes war. Dass diese Volksgemeinschaft real existiert hat, war freilich ein Irrtum." Wenn aber die Volksgemeinschaft nicht „real" existiert hat, dann fragt sich, warum die Deutschen trotzdem einen ebenso klassen- wie ständeübergreifenden Massenmord in die Tat umsetzen konnten. Dass genau in diesem Massenmord der Kitt der Volksgemeinschaft bestand, der sie zu einer „Gemeinschaft von Mördern" (Schoeps) zusammenschweißte, verweist Benz' Analyse der Volksgemeinschaft als eines Gegenentwurfes, der eine „schöne Utopie" sei, ins Reich der Träume. Der deutsche Albtraum war die Volksgemeinschaft in Aktion, die Aufhebung des Kapitalverhältnisses auf seiner eigenen Grundlage durch die Ermordung der mit dem abstrakten Reichtum identifizierten Juden. Offenbar stößt die bürgerliche Geschichtswissenschaft an objektive Erkenntnisgrenzen beim Gegenstand des Nationalsozialismus, weil sie um den Preis der Aufgabe ihres bürgerlichen Standpunktes nicht begreifen kann, was die Deutschen trieb. Schon deshalb ist die Geschichtswissenschaft stets deskriptiv - sie weiß um ihre Beschränkung. Damit allerdings ist sie als antifaschistische zurückgeworfen auf den zwanglosen Zwang des besseren Arguments, der sich angesichts vollkommen irrationaler Ideologien jedoch allzu oft als absolut untauglich erweist, wie eben zuletzt im Fall Eva Herman wieder deutlich wurde.

Eva Herman weiß sich, weil sie sich gar nicht überzeugen lassen will, nach all den Eskapaden im Recht. Sie habe den NS gar nicht verharmlost, verkündet sie, und weiß im Augenblick des Sprechens weder, was der Nationalsozialismus war, noch, was eine Verharmlosung ist: „Seit mehr als zwei Wochen wird mir öffentlich vorgeworfen, ich hätte mich über die Familienpolitik im Dritten Reich lobend geäußert. Dies ist erweislich falsch. Vielmehr habe ich gesagt, dass wir das Bild der Mutter wieder wertschätzen lernen müssen, das ja leider mit dem Nationalsozialismus und der 68er Bewegung abgeschafft wurde. Ich habe mich also nie ‚lobend' über die Familienpolitik des Dritten Reiches geäußert, sondern ganz im Gegenteil, verabscheue ich rechtsradikales Gedanken-

gut und habe das auch bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht." [4] Was hat sie denn nun gesagt? Das hier: „Und wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen lernen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden 68er Bewegung abgeschafft wurde. Mit den 68er wurde damals praktisch alles das alles, was wir an Werten hatten - es war 'ne grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter, hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist damals eben auch das, was gut war, und das sind Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft. Es durfte nichts mehr stehen bleiben..." [5] Herman hat also recht, wenn sie darauf insistiert, die Familienpolitik der Nazis nicht glorifiziert zu haben. Was sie gesagt hat, ist trotzdem eine glatte Lüge und damit Geschichtsfälschung allerersten Ranges. Die Behauptung, die Nazis hätten familiäre Werte abgeschafft, kann nur tätigen, wer sich niemals mit dem Nationalsozialismus beschäftigt hat. Die Nazis haben zwar - und das ist nicht wenig - die Familie noch mehr als ihre Vorgängerregierungen in den Staat integriert und damit zu seiner Vollendung als Volksstaat beigetragen. Sie haben aber nicht die Familie als solche aufgelöst, sondern ihre uralte Funktion als politische Kontroll- und Zurichtungsinstanz auf die Spitze getrieben. [6] Zwar wurde der familiäre Zusammenhalt durch die Denunziations- und Einschüchterungspolitik der Gestapo aufgelöst, was aber nicht zur Zerstörung der Familien selbst, sondern zur Zerstörung des sich gegen den familiären Zwang richtenden Individuums geführt hat. Die Resistenzkraft des Individuums, die auf Vertrauen und Liebe gegründet war, wurde durch die gehorsame Eingliederung in die Volksgemeinschaft substituiert. Die nationalsozialistische Familie wurde von den Nazis zu Recht als „Volksgemeinschaft im Kleinen" tituliert, weil nur durch die Loyalität der Familienmitglieder jeder Einzelne bis ins Private hinein dem gesellschaftlichen und politischen Zwang unterworfen werden konnte. Die Familie war das wichtigste Instrument totalitärer Herrschaft, das die Nazis hatten.

Wer jetzt eine Stärkung der Familie fordert, fordert zugleich die Intensivierung politischen Zwangs, dem der Einzelne ausgesetzt ist, weil Familie kein neutraler Kollektivbegriff ist, sondern immer schon den autoritären Charakter in sich trägt, der darin besteht, dass man sich für eine Familie eben nicht entscheidet, sondern zwangsweise in sie hineingeboren wird. Schon Friedrich Engels wusste, dass „die Bezeichnungen Vater, Kind, Bruder, Schwester [...] keine bloßen Ehrentitel [sind], sondern [...] ganz bestimmte, sehr ernstliche gegenseitige Verpflichtungen mit sich" führen. [7] Gegenseitige Verpflichtungen, die es Hegel erlaubten, von der Existenz „Einer Person" zu sprechen. „Die fernere Folge" sei „die Gemeinsamkeit der persönlichen und partikulären Interessen". [8] Dieses familiäre Gemeinwohl ist die Keimzelle der Volksgemeinschaft, wie sie in Hegels „sittlichem Staat" immer wieder aufblitzt, wenngleich betont werden muss, dass es für das Keimen dieser Zelle noch des Düngers bedarf. Das Individuum allerdings, das hier als gleichermaßen von der Familie unterdrückte und potentiell gegen sie rebellierende Person betrachtet wird, ist zugleich Produkt der bürgerlichen Familie. Dass es sich als bürgerliches Subjekt in der Gesellschaft behaupten kann, dass es sich gegen sie stellen kann, verdankt es der Erziehung zur Mündigkeit, die es aber ganz sicher nicht von Müttern wie Eva Herman erhält, deren wirre Vorstellungen in zwei Romanen [9] und mehreren so genannten „Sachbüchern" nachgelesen werden können. Aus ihren Kindern können eigentlich nur Dumpfbacken werden. Es sei denn, andere als familiäre Faktoren machten sie eines Tages darauf aufmerksam, dass die Welt noch viel größer ist als der Eltern Wohnzimmer. ■

Anmerkungen:

[1] Wohl aufgrund ihres Soziologiestudiums, das jeden versaut, der nicht bei drei den Hörsaal verlassen hat, kommt Schreinemarkers zu Einsichten wie der, dass der amerikanische Krieg gegen Islamisten ein „sinnloser Kampf" und George W. Bush ein „Oberhäuptling" sei. http://www.schreinemakers.de/weblog/detail/4.html

[2] Als der *Stern*, dieses dreckigste aller deutschen Boulevardblätter, das Wort von der „Nazi-Falle" auf sein Cover druckte, kalkulierte er marktwirtschaftlich einwandfrei auf eben jenen gar nicht kleinen Teil der deutschen Leserschaft, der nachts ständig von Auschwitzkeulen träumt und sich insgeheim gerne mal als Nazi outen würde.

[3] Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt/M. 1998, S. 177.

[4] http://www.eva-herman.de/mediendarstellung/medien_darstellung_1.html

[5] http://www.eva-herman.de/mediendarstellung/medien_darstellung_3.html

[6] Vgl. Max Horkheimer, *Autorität und Familie*, in: ders., *Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze*, Frankfurt/M. 1981, S. 230.

[7] Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: MEW 21, Berlin 1975, S. 37.

[8] Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse*, Hamburg 1991, S. 404. Auch wenn es Hegel darauf ankommt, dass die Familie selbstständige Personen hervorbringt, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft als Individuen gegenüber stehen, kommt der antiindividuelle Charakter der Familie, der eben eine Individualität in engen Grenzen erzeugt, an dieser Stelle gut zum Vorschein.

[9] Vgl. Philipp Lenhard, *Die Welt des Kitsches*, in: *Prodomo. Zeitschrift in eigener Sache*, Nr. 6/2007.

„Kampf um Frieden und Gleichberechtigung"*

Europäisches Appeasement und deutsche Aufrüstung 1933 - 1936

LUIS LIENDO ESPINOZA

„Einfache Friedensliebe ist keine Entschuldigung, um Hunderte von Millionen einfacher Leute in einen totalen Krieg zu stürzen."

Winston Churchill,
Der Sturm zieht auf

Unreflektierte Friedenssehnsucht ist nicht nur eine Macke der Zivilgesellschaft, auch kritischere Zeitgenossen versichern formal ihre Solidarität mit Israel, scheinen jedoch vor den notwendigen Konsequenzen einer solchen Solidarität zurückzuschrecken. Wie bereits etliche Male dargelegt wurde, ist diese Friedenssehnsucht letztlich Produkt der Abwehr einer schonungslosen Kritik des Nationalsozialismus. Die untergründige Macht dieser Sehnsucht zeigt sich in Form einer geschickt verhüllten, doch tatsächlich weitverbreiteten Geschichtsblindheit bzw. als simple Weigerung zur nüchternen Analyse der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Kritik einer Appeasementpolitik fußt zuerst auf einer Einschätzung der spezifischen Umstände und Akteure. So ergibt sich beispielsweise die Parteinahme für einen Militärschlag gegen die Atomanlagen des Iran nicht aus einem abstrakten Prinzip, sondern eben aus diesem die spezifischen Umstände berücksichtigenden Urteil. Im Falle des Iran wären zu nennen: Eine iranische Atombombe ist eine existenzielle Gefahr für den Staat Israel; EU, China und Russland werden sich keiner effektiven Sanktionspolitik gegen den Iran anschließen; die iranische Opposition ist zu schwach, um in absehbarer Zeit das Regime zu stürzen; der Islamfaschismus strebt weltweit eine Eskalation an und ist nur durch (äußeren oder inneren) Widerstand zu bremsen. In anderen Fällen könnte eine unüberlegte Favorisierung militärischer Entschlossenheit desaströse Folgen nach sich ziehen. Linke Freunde Israels wollen von solchen situationsspezifischen Überlegungen nichts wissen, dafür werden vorsorglich etliche „aber" und Bedingungen platziert, um bei der ersten Gelegenheit, der kompromisslosen Bekämpfung des Islamfaschismus die Solidarität zu kündigen. Die simple Tatsache, dass angesichts der politischen Isolation der USA und Israels und der Aggressivität des Islamfaschismus, der War on Terror, mit all seinen Schwächen und Fehlern, die letzte Möglichkeit darstellt, den Vormarsch des Islamfaschismus zumindest zu bremsen, erscheint vor dem Hintergrund linken Denkschemas als Unmöglichkeit und hierin zeigt sich auch der Defätismus des linken bzw. konformen Antifaschismus, der sich seinem eigenen Anspruch nicht gewachsen zeigt. Die blöde Rücksicht auf die linke Gesinnungsgemeinschaft liegt nun einmal näher, als die Bekämpfung des Antisemitismus.

Träumt von einem neuen Holocaust

Im historischen Zusammenhang bezeichnet Appeasementpolitik gemeinhin, die politischen Vorgänge rund um das Münchener Abkommen 1938 als die Westmächte Nazideutschland den Freibrief zur Zerschlagung der Tschechoslowakei reichten. Weniger bekannt sind die historischen Ereignisse in der Frühphase des Dritten Reiches als dessen politische und militärische Basis noch angreifbar war. Dieser Zeitraum, Deutschlands Machtstreben und die Politik der Westmächte sollen hier beleuchtet werden.

Genfer Konferenzen 1933

Nach dem Ende des I. Weltkrieges war es Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919 untersagt worden, ein schlagkräftiges militärisches Potential aufzubauen. Mit dem Machtantritt der NSDAP am 31. Januar 1933 begann die zuerst stille und schließlich offene massive Wiederaufrüstung der Reichswehr.

Die Genfer Abrüstungskonferenzen, die seit Anfang 1933 tagten, sollten einerseits Schritte zu einer europaweiten Abrüstung einleiten und andererseits über die Forderungen der Deutschen Regierung nach Rüstungsgleichheit beraten. Eine Forderung, die im Grunde bereits anerkannt war; es ging allein darum, diese Forderung im Rahmen einer europäischen Verhandlungslösung zu erfüllen. Die Konferenz war Ausdruck weitreichender internationaler Bemühungen, im Rahmen des Völkerbundes ein internationales Sicherheitssystem zur Befriedung Europas zu errichten. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Völkerbundes, seine Reparationsschulden waren in der Konferenz von Lausanne bis auf drei Milliarden Reichsmark getilgt worden und sein Streben nach Gleichberechtigung wurde von vielen naiven Zeitgenossen als legitimer Versuch Deutschlands angesehen, als gleichwertiger Partner an einer europäischen Sicherheitsordnung zu partizipieren.

Während in den ersten Monaten der NS-Herrschaft in Deutschlands Straßen die Gewalt herrschte, SA und Polizei Jagd auf Oppositionelle und „Volksfeinde" machte, gaben sich die Nazis außenpolitisch moderat und versöhnlich. In Regierungserklärungen und Reden Hitlers wurden auf geradezu theatralische Weise die friedlichen Absichten Deutschlands verkündet. (Vgl. Wette 1989, S. 133-137) Trotz aller öffentlichen Friedensbekundungen dachte die deutsche Führung jedoch nicht daran, von der bereits 1932 unter der Kanzlerschaft Schleichers endgültig beschlossenen und schon Jahre früher geplanten Wiederaufrüstung abzurücken. Hitler hatte bereits am 3. Februar 1933, nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler, in einer geheimen Rede vor Befehlshabern der Reichswehr und der Marine die Aufrüstung der Reichswehr angekündigt. Das Bestreben des NS-Regimes war es also, einerseits lauthals die Abrüstung der anderen europäischen Staaten zu fordern und sich gleichzeitig, ohne Aufsehen zu erregen, auf keinerlei verbindliche Abkommen einzulassen, welche das geheime Ziel der Aufrüstung hätten bedrohen können. Die Verhandlungen in Genf hatten in dieser Hinsicht einen besonderen Stellenwert, da die Forderung einer Rüstungskontrollkommission, welche auch die deutsche Rüstungspolitik genau verfolgen würde, im Raum stand. Da das offene Bekenntnis zur Aufrüstung, d.h. der offene Bruch des Versailler Vertrags, zu diesem Zeitpunkt zu riskant erschien, verfolgten Hitler, Reichswehrminister Blomberg und der Reichsaußenminister Neurath eine Taktik, bei der einerseits durch Aufwerfen immer neuer Streitfragen und formelle Tricks die Verhandlungen in die Länge gezogen und gelähmt wurden, sowie andererseits Reichskanzler und Regierung bei verschiedenen Anlässen immer wieder öffentlichkeitswirksam ihre Friedens- und Verhandlungsbereitschaft signalisierten bzw. Verhandlungen mit möglichst unverbindlichen Ergebnissen eingingen.

Eines dieser Täuschungsmanöver war schließlich der am 15. Juli 1933 in Rom auf Initiative Mussolinis zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien unterzeichnete Viererpakt. Die Unterzeichnerstaaten bekannten sich zu dem vertraglichen System kollektiver Sicherheit in Europa auf Grundlage der Völkerbundsatzung, des Vertrags von Locarno, des Briand-Kellog-Pakts und der Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt vom Dezember 1932. [1] Die Vertragspartner verpflichteten sich „im Rahmen des Völkerbundes eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zur Erhaltung des Friedens zur Anwendung zu bringen" (Art. 1) und „alle Anstrengungen zu machen, um den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicherzustellen" (Art. 3). (Klöss 1965, S. 197) Der Vertrag wurde für eine Dauer von zehn Jahren geschlossen, jedoch fand die ebenfalls vertraglich festgeschriebene Ratifikation niemals statt. Der Viererpakt trat somit nicht in Kraft und entpuppte sich als papiernes Ablenkungsmanöver.

Als Deutschland auf den Genfer Abrüstungskonferenzen weiterhin mit der Forderung nach Kontrolle des Wehrsystems bzw. der Aufschiebung der Rüstungsgleichheit auf vier Jahre konfrontiert wurde, war dies für die deutsche Regierung der Vorwand die Verhandlungen abzubrechen und schließlich am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund auszutreten. Nach diesem Eklat ging die Reichsregierung sogleich wieder auf Beschwichtigungskurs. Noch im selben Monat wurden über verschiedene Kanäle an Frankreich und Großbritannien Friedenssignale ausgesandt, in denen Hitler erklärte keine territorialen Veränderungen an der Westgrenze anzustreben und seine Gesprächsbereitschaft zusicherte. Parallel zu diesen Offerten gegenüber den Westmächten forcierte die Reichsregierung die Annäherung an Polen, womit auch einer potentiellen militärischen Bedrohung durch eine Einkreisung feindlicher Staaten entgegengearbeitet wurde. Resultat dieser Bemühungen war schließlich der deutsch-polnische Nichtangriffspakt, der am 26. Januar 1934 in Berlin abgeschlossen wurde. Auch dieser Vertrag bestand in erster Linie aus allgemein gehaltenen Absichtserklärungen. Der Vertrag war für eine Laufzeit von zehn Jahren vorgesehen und wurde am 27. April 1939 von Deutschland gekündigt.

Nach Deutschlands Austritt aus den Genfer Konferenzen verwandelte sich die Forderung nach internationaler Abrüstung in die Forderung nach deutscher Aufrüstung. Nachdem die Westmächte, so die deutsche Argumentation, nicht zur Abrüstung bereit seien, müsse Deutschland nun aufrüsten, um Rüstungsgleichheit zu erreichen. [2] In einem Gespräch mit dem britischen Botschafter am 24. Oktober 1933 kündigte Hitler die Errichtung eines 300.000 Mann starken Heeres an, womit sang- und klanglos der Bruch des Art. 160 des Versailler Vertrags erklärt und die Wiederaufrüstung als vollendete Tatsache behandelt wurde.

Diese ersten erfolgreichen Schritte zur Aushöhlung und Revision der Versailler Bestimmungen, die offenkundige Hilflosigkeit und Schwäche der diese Verträge garantierenden Mächte und die Anerkennung Nazideutschlands durch den Papst, der höchsten moralischen Autorität in der internationalen Staatenwelt im Rahmen des Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 trugen wesentlich zur Konsolidierung der NS-Herrschaft in den ersten Jahren des Dritten Reiches bei und schufen die Grundlage für weitere Schritte in Richtung Wiederaufrüstung.

„Die terroristischen und antisemitischen Mittel bei der Errichtung der Diktatur hatten die Großmächte nicht davon abgehalten, die neue Regierung als ihresgleichen und als vertragsfähig anzuerkennen. Selbst durch den Austritt aus dem Völkerbund wurde das Reich nicht isoliert, vielmehr entzog es seine Aufrüstungspolitik durch diesen riskanten Schritt der internationalen Kontrolle." (Herbst 1997, S. 110)

Deutschlands Absage an eine internationale kollektive Sicherheitsordnung und die klaren Andeutungen entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Truppenstärke des deutschen Heeres über die erlaubten 100.000 Mann zu erhöhen blieben ohne Konsequenzen.

Römischen Protokolle und französisches Sicherheitssystem

Die verhaltenen Reaktionen der anderen europäischen Mächte mussten Hitler in seinen Expansionsplänen bestärken. Nachdem die Polenfrage vorerst auf Eis gelegt war, kam es zur Krise in den österreichisch-deutschen Beziehungen. Obwohl die Reichsregierung im Sommer 1933 Italien zugesichert hatte, die italienischen Interessen in Österreich zu respektieren und keinen Anschluss Österreichs an das Reich zu verfolgen, mobilisierte die österreichische NSDAP, die organisatorisch als regionale Untergliederung in die Reichs-NSDAP eingebunden war, weiterhin gegen die Regierung Dollfuß. Um der österreichischen Regierung gegen die deutsche Destabilisierungspolitik den Rücken zu stärken, gaben schließlich am 17. Februar 1934 Frankreich, Großbritannien und Italien eine Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs ab. In den am 17. März 1934 unterzeichneten Römischen Protokollen erklärten Ungarn, Italien und Österreich darüber hinaus eine Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Nach dem gescheiterten Aufstand von Teilen des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 eskalierte auch die Auseinandersetzung mit der österreichischen NSDAP, welche am 24. Juli 1934 einen schlecht vorbereiteten Putschversuch unternahm. Der Putsch brach schnell zusammen, doch wurde Engelbert Dollfuß, der Kanzler des Ständestaates, im Bundeskanzleramt durch ein SS-Kommando erschossen. Mussolini lies daraufhin zur Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit italienische Divisionen am Brenner aufmarschieren.

Die folgende außenpolitische Isolierung Deutschlands wurde in den nächsten Monaten vom französischen Außenminister Louis Barthou genutzt, um Schritte gegen die Aufrüstungs- und Großmachtsbestrebungen Deutschlands zu unternehmen. Nachdem Deutschland sich allen Vorschlägen verweigert hatte, die politischen Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn im Sinne eines Ost-Locarno zu regeln, suchte Barthou nach Bündnispartnern für eine antideutsche Allianz. In der kleinen Entente, ein bereits 1921 beschlossenes und im Februar 1933 erneuertes Defensivbündnis zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, fand Frankreich einen wichtigen Partner im Osten Deutschlands. Aber Frankreich allein wäre zu schwach gewesen, um die Verbündeten im Osten im Falle eines Konfliktes effektiv zu unterstützen und Polen, das gerade einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Deutschland geschlossen hatte, war für die Idee eines gegen die deutschen Expansionsbestrebungen gerichteten Sicherheitssystems unempfänglich. Das System hatte Lücken und die französische Außenpolitik ging daran, diese zu schließen. Der im November 1934 unter maßgeblicher Unterstützung Frankreichs zwischen Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Türkei abgeschlossene Balkanpakt konnte weitere Staaten des Balkans an das französische Sicherheitssystem binden. Das französisch-italienische Abkommen vom 7. Januar 1935, in dem beide Länder einen Ausgleich ihrer Interessen vornahmen und die Unabhängigkeit Österreichs garantierten, sollte einer abzusehenden Annäherung Italiens an Deutschland vorbeugen und Deutschlands Einfluss in Österreich entgegenarbeiten. Am 2. Mai 1935 wurde in Paris der französisch-sowjetische Beistands-

Unterzeichnung des Münchener Abkommens in entspannter Atmosphäre

pakt und am 16. Mai desselben Jahres der tschechisch-sowjetische Beistandspakt abgeschlossen.

Die französische Außenpolitik des Jahres 1934/35 stellte wohl einen der engagiertesten Versuche dar, dem deutschen Machtstreben entgegenzutreten und auf den ersten Blick schien die Isolierung Deutschlands auch gelungen. Doch das französische Sicherheitssystem konnte nicht die geweckten Erwartungen erfüllen. Die verschiedenen Interessen Italiens und Frankreichs am Balkan, im Mittelmeerraum und in Afrika waren kaum zu vereinbaren und die antideutsche Frontstellung des faschistischen Italiens an der Seite der französischen Republik war durch reinen machtpolitischen Opportunismus bestimmt und in keiner Weise für ein dauerndes, von gegenseitigem Vertrauen getragenes Bündnis geeignet. Die Staaten der kleinen Entente und des Balkanpaktes misstrauten der Sowjetunion und waren nur schwer für eine intensivere Zusammenarbeit mit ihr zu gewinnen. Der französisch-sowjetische Beistandspakt wiederum war an viele Bedingungen und Klauseln gebunden, die seine Schlagkraft einschränkten und Ausdruck des gegenseitigen Misstrauens waren. Nachdem beim Attentat eines kroatischen Nationalisten auf König Alexander von Jugoslawien im Oktober 1934 in Marseille auch Barthous ermordet wurde, rückte dessen Nachfolger Pierre Laval von der Annäherung an die Sowjetunion ab. Die vereinbarten Generalstabsbesprechungen zwischen den Vertragspartnern kamen nicht zustande und sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion begannen sich nach neuen Optionen umzusehen. Der größte Mangel war jedoch, dass Großbritannien der Annäherung an Italien und die Sowjetunion ablehnend gegenüberstand und sich nicht für ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen gegen Deutschland gewinnen ließ. Damit war die zentrale Achse des ehemaligen alliierten Bündnisses des I. Weltkriegs außer Gefecht gesetzt. Großbritannien war der einzige Partner, mit dem sich ein vertrauenswürdiges und nachhaltiges Bündnis gegen Deutschland bewerkstelligen hätte lassen können und das gleichzeitig über beträchtliches militärisches und politisches Potential verfügte.

Stresa

Unbeeindruckt von diesen außenpolitischen Vorgängen hielt Deutschland an seiner Politik der militärischen Aufrüstung bzw. der Revision der Versailler Bestimmungen fest. Deutschland hatte im Rahmen der Rüstungsgleichheit systematisch eine Bestimmung des Versailler Vertrags nach der anderen einseitig außer Kraft gesetzt und damit einen völkerrechtlich bindenden Vertrag gebrochen. Nach Art. 160 durfte das deutsche Heer nicht mehr als 100.000 Soldaten umfassen, Art. 198 untersagte jegliche Luftstreitkraft. Im Herbst 1934 hatte das Heer bereits eine Stärke von 250.000 Mann erreicht. Ende des selben Jahres verfügte Deutschland bereits über eine Luftwaffe mit 270 Bomben-, 99 Jagd- und 303 Aufklärungsflugzeugen. Der Rüstungsetat wurde von Jahr zu Jahr erhöht und stieg von 4% des öffentlichen Haushalts im Jahr 1933 auf 18 % (1934) und schließlich 39% im Jahr 1936. Gleichzeitig forderte Deutschland die Einhaltung jener Bestimmungen des Versailler Vertrags, die seinen Interessen entsprachen. Art. 49 schrieb für das Saargebiet, welches bis dahin unter der Verwaltung des Völkerbundes stand, 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags eine Abstimmung unter den Saarländern vor, wobei diese über den endgültigen Status dieser Region entscheiden sollten. Anstatt diese Bestimmung mit Hinweis auf den deutschen Vertragsbruch vorläufig auszusetzen, um den Druck auf die deutsche Regierung zu erhöhen, hielt sich Frankreich bedingungslos an den Vertrag und bewilligte die Abstimmung für den 13. Januar 1935. Die Saar-Abstimmung wurde zum nächsten Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Bei einer Wahlbeteiligung von 98% votierten 90,8 % für den Anschluss an das NS-Regime. Am 1. März wurde das Saargebiet wieder Teil des Deutschen Reiches.

Vertragsbruch und Revisionismus hatten sich derart außen- wie innenpolitisch bezahlt gemacht. Hitler zögerte nicht lange; am 9. März 1935 wurde die deutsche Luftrüstung öffentlich bekannt gegeben und am 16. März wurde entgegen Art. 173 des Versailler Vertrags die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Ein am selben Tag beschlossenes Reichsgesetz legte noch einmal eine Erhöhung des Heereskontigents fest. Vor der deutschen Bevölkerung wurde die Aufrüstung scheinheilig durch das in Wirklichkeit durch das Dritte Reich initiierte Wettrüsten gerechtfertigt. Großbritannien, Frankreich und Italien legten Protest ein, gleichzeitig aber setzte Großbritannien weiterhin auf Verständigung mit Deutschland. Erst als Gespräche zwischen Großbritannien und Deutschland am 25. und 26. März ergebnislos verliefen, trafen sich am 11. April Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in Stresa, um über Gegenmaßnahmen hinsichtlich des wiederholten, deutschen Vertragsbruches zu beraten. Am 14. April wurde das Stresa Abkommen unterzeichnet. Das Abkommen bekräftigte das Ansinnen der drei Staaten, für die Unabhängigkeit Österreichs einzutreten und ging auf die deutsche Wiederaufrüstung ein:

„Mit Bedauern stellten die Vertreter der drei Regierungen fest, daß die Methode der einseitigen Aufkündigung, die von der Deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, um eine frei zu vereinbarende Regelung der Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Festigkeit einer friedlichen Ordnung erschüttert hat."

Weiterhin folgte die Zusicherung sich „an jeder praktischen Maßnahme zu beteiligen, durch die eine internationale Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen gefördert werden kann". (Klöss 1965, S. 214f.) Während Deutschland sich zielstrebig Schritt für Schritt über alle Abkommen und Zusagen hinwegsetzte und unübersehbar sein militärisches Aggressionspotential aufbaute, betonten die europäischen Mächte weiterhin Gesprächsbereitschaft. Der Vorsatz in der abschließenden Erklärung des Stresa Abkommens „sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung zu widersetzen", blieb vor diesem Hintergrund wenig glaubwürdig und hatte auch keinerlei Folgen. Stattdessen gelang es der deutschen Regierung, welche inzwischen am 21.Mai per Gesetz die Reichswehr in Wehrmacht und den

Reichswehrminister in Reichskriegsminister unbenannt hatte, durch ein bilaterales Abkommen mit England einen Keil zwischen die Entente-Mächte zu treiben. Nach mehreren Sondierungsgesprächen unterzeichneten Deutschland und Großbritannien am 18. Juni 1935 das deutsch-britische Flottenabkommen, worin sich beide Staaten darauf einigten, das Verhältnis ihrer Überwasserflotte auf das Verhältnis 35 (Deutschland) zu 100 (Großbritannien) festzuschreiben. Damit hatte zum ersten Mal eine der Siegermächte des I. Weltkrieges einer über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Aufrüstung Deutschlands vertraglich zugestimmt. Die Stresa-Front war damit nach gerade einmal zwei Monaten aufgebrochen. Die deutschen Konzessionen an die Briten waren völlig belanglos, selbst bei größter Anstrengung war Deutschland gar nicht in der Lage in den nächsten Jahren die erlaubten 35% der britischen Flotte zu erreichen.

Die Rheinlandbesetzung und deutsche Friedenspläne

Die Ratifikation des französisch-sowjetischen Beistandspaktes (beschlossen am 2. Mai 1935) Ende Februar 1936 war für das Dritte Reich der nächste Vorwand, eine der letzten weiterhin bestehenden zentralen Bestimmungen des Versailler Vertrages aufzuheben. Schon ab Mai 1935 wurde die Presse angewiesen, die angebliche Unvereinbarkeit des französisch-sowjetischen Beistandspaktes mit dem Locarno-Abkommen von 1925 herauszustreichen. Am 7. März 1936 marschierte die Wehrmacht in die nach Art. 42/43 des Versailler Vertrages entmilitarisierte Zone im Rheinland ein. Wie unsicher die deutsche Regierung bei diesem Schritt war, wurde schon daran ersichtlich, dass es gerade einmal drei Bataillone waren, die in das Rheinland einmarschierten. Dem diplomatischen Eklat folgten als zweiter Akt des deutschen Polittheaters die obligatorischen Friedensgesten. [3] Teil dieser Taktik war der am 1. April an die britische Regierung übergebene deutsche Friedensplan. [4]

Der deutsche Friedensplan vom April 1936 stellt einen Höhepunkt nationalsozialistischer Verlogenheit dar und offenbart mit welcher Dreistigkeit Deutschland nichtssagende Parolen zum Besten geben und dabei noch als ernst zu nehmender politischer Akteur galt. Eine Tatsache, die freilich nicht allein der vermeintlich überwältigenden Wirkung deutscher Propaganda zugeschrieben werden kann, sondern ebenso auf dem Unwillen der westeuropäischen Mächte beruhte, eine politische Konfrontation mit dem NS-Regime einzugehen. Der deutsche Friedensplan vom 1. April 1936 sollte die Friedensbereitschaft Deutschlands unterstreichen und gleichzeitig die Besetzung des Rheinlandes bzw. die Revision der Versailler Verträge rechtfertigen. Die Wiederaufrüstung des nationalsozialistischen Regimes, das - wir erinnern uns - 1933 Zehntausende Oppositionelle verhaften, foltern und ermorden ließ, in aller Öffentlichkeit eine bis dahin in der Geschichte einmalige totalitäre Diktatur etablierte, ab 1933 Konzentrationslager errichtete und 1935 die Nürnberger Rassegesetze beschloss, wurde ungeniert als friedenserhaltende Maßnahme verkauft:

„(4) [...] I. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

II. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigem Herzen, mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und Wohlfahrt so notwendigen Friedens."

Die vielbeschworene Gleichberechtigung, die als „erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit geheiligter Verträge" genannt wurde, war ein Euphemismus, der sich nur auf die Wiederherstellung der vollen Souveränität in militärischen Belangen (territorial im Falle der Rheinlandbesetzung, allgemein die Aufrüstung betreffend) beziehen konnte, da Deutschland zu diesem Zeitpunkt keinen anderen ernstzunehmenden Beschränkungen mehr unterworfen war. Im konkreten Streitfall war Deutschland zu keinen Konzessionen bereit, explizit wurde jede Schlichtung der durch die Rheinlandbesetzung ausgelösten Krise durch internationale Gremien als Eingriff in die staatliche Souveränität abgelehnt. Zwar erklärte sich Deutschland bereit, keine Verstärkung der bestehenden Truppen im Rheinland vorzunehmen, die Truppen nicht näher an die belgische oder französische Grenze zu bewegen, eine internationale Kommission zur Garantierung dieser Zusicherungen einzurichten und „auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit ihren beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen". Die militärische Besetzung des Rheinlandes selbst galt jedoch als Fait accompli. Dafür wurden nun umfassende Zusicherungen für mögliche Friedensabkommen abgegeben. Deutschland erklärte sich bereit in Verhandlungen „über den Abschluß eines 25-jährigen [!] Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits" einzutreten, welche den „Charakter eines versöhnenden Abschlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung" annehmen sollten. In Schulbüchern sollte alles vermieden werden, „was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker zu vergiften". Damit nicht genug wurde der Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund und „praktische Maßnahmen" gegen das Wettrüsten, zur „Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker" und deren „psychologische[n] Entspannung", in Aussicht gestellt. Der Luft- und U-Boot-Krieg sollte durch internationale Konventionen geregelt, der Bau von schweren Panzern und Artillerie verboten werden, schließlich müsste es „einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entar-

tung zu unterbinden". Abschließend heißt es:

„32. Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europas auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen." (Alle Zitate des deutschen Friedensplanes: Klöss 1965, S. 223-231)

Tatsächlich stieß das deutsche Friedensangebot auf internationales Interesse, Großbritannien antwortete mit einem Fragekatalog, der Erläuterungen zum deutschen Friedensplan forderte. Dem Fragekatalog wurde niemals geantwortet, der Friedensplan diente allein dazu, den Verfechtern der Appeasementpolitik in kritischen Zeiten symbolträchtige Argumente in die Hand zu geben. Nachher wurde die großspurige deutsche Friedensinitiative sang- und klanglos zu den Akten gelegt. Die Rheinlandbesetzung, der offene Bruch des Vertrags von Locarno, blieb für Deutschland ohne ernst zu nehmende Konsequenzen. Italien war durch seinen Angriff auf Abessinien am 3. Oktober 1935 international isoliert und an einer Annäherung an Deutschland interessiert. Mussolini hatte Hitler bereits zugesagt, dass Deutschland im Falle einer einseitigen Aufkündigung von Locarno durch Italien keine politischen Gegenmaßnahmen zu erwarten hätte. Großbritannien war ohne Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse des Dritten Reiches bzw. seines wiederholten Bruchs von Verträgen und Zusagen weiterhin an einer Verständigung mit Deutschland interessiert und hatte schon vor dem 7. März für den Fall einer Besetzung der demilitarisierten Zone durch deutsche Truppen militärische Sanktionen gegen Deutschland ausgeschlossen, Frankreich hingegen konnte sich nicht entschließen ohne britische Rückendeckung gegen Deutschland vorzugehen.

Am 19. März 1936 musste sich Deutschland eine formelle Verurteilung durch den Völkerbund gefallen lassen, dafür hatte sich seine sicherheitspolitische Lage wesentlich verbessert. Das entmilitarisierte Rheinland war ein ideales Einfallstor für französische bzw. europäische Interventionstruppen. Im Falle einer deutschen Aggression hätten Interventionstruppen innerhalb kürzester Zeit mitten in Deutschland gestanden und darüber hinaus wichtige Industriegebiete bedroht. Für die deutschen Militärs bedeutete die entmilitarisierte Rheinlandzone ein unkalkulierbares Risiko, bereits kurze Zeit nach der Besetzung begann der Bau von Feldbefestigungen. Eine der letzten praktisch wirksamen Versicherungen gegen eine neuerliche deutsche Aggression war aufgegeben worden. [5]

Appeasement

In den Jahren 1933 bis 1936 als Deutschland militärisch noch unterlegen war, gab es genug Versuche und Möglichkeiten, Aufrüstung und imperialistische Expansion des Dritten Reiches zu verhindern. Die Uneinigkeit der Siegermächte des I. Weltkrieges war sicherlich das zentrale Hindernis für eine wirksame Intervention gegen das aufstrebende Dritte Reich. Frankreich vertrat über lange Zeiträume, nicht zuletzt aus handfesten sicherheitspolitischen Erwägungen, eine harte Linie gegenüber Deutschlands revisionistischer Politik, doch stand es mit der Forderung nach effektiven Sanktionen gegen Deutschland alleine da. Italien hatte sich mit der Machtübernahme durch die Faschisten 1922 bereits wenige Jahre nach dem Ende des I. Weltkrieges zunehmend vom politischen Konsens der Entente distanziert und propagierte selbst vor allem im Mittelmeerraum einen aggressiven Imperialismus („Mare Nostro"), der es notwendigerweise in einen Gegensatz zu Großbritannien bringen musste. Italiens eigene Machtinteressen, die über den politischen Status quo weit hinaus gingen und eine deutliche Neigung zu antidemokratisch-imperialistischen Ordnungsvorstellungen erkennen ließen, begründeten dessen Unwillen, aktiv an einer nachhaltigen demokratischen und friedenserhaltenden Politik in Europa mitzuwirken; Italiens Politik blieb bis 1936 im wesentlichen opportunistisch. Man war zwar durchaus bereit an einer Front gegen Deutschland mitzuwirken, wie es 1935 im Stresa Abkommen geschah, doch die Beteiligung an diplomatischen antideutschen Manövern blieb stets taktisch motiviert und rein formal. Weder war man bereit, sich an weiterreichenden Schritten gegen Deutschland zu beteiligen, noch war man ein verlässlicher Bündnispartner, dessen Verhalten Teil einer langfristigen Strategie hätte werden können. Damit war die erste Bresche in die Front der ehemaligen Alliierten geschlagen und die Verantwortung für die Umsetzung der Versailler Bestimmungen blieb an Frankreich und Großbritannien hängen, letzteres war jedoch nicht für ein konsequentes Vorgehen gegen Deutschland zu gewinnen.

Großbritannien hatte sicherlich kein Interesse an der Verbreitung antidemokratischer und totalitärer Tendenzen in Europa, doch ebenso wenig hatte man, im Gegensatz zu Frankreich, ein handfestes Interesse, dieser Gefahr nachdrücklich entgegenzutreten. Erstaunlicherweise hatten führende militärische und politische Vertreter bereits 1933 eine überaus realistische Einschätzung der Lage abgegeben. Bereits im November 1933 hatte das Defence Requirements Sub-Comittee gefordert, Deutschland als Hauptgegner anzusehen, gegen den sich alle langfristigen Verteidigungsmaßnahmen richten müssten. Sir Robert Vansittart, Mitglied des Komitees, hatte einige Monate vorher sogar erklärt, Deutschland werde Österreich annektieren, Polen, Frankreich und vielleicht auch Großbritannien angreifen, sollte seine Aufrüstung nicht gestoppt werden. Trotz dieser und anderer hellsichtiger Analysen wurde ein möglicher Krieg dennoch nur als Extremfall angesehen, der durch das internationale Sicherheitssystem und Verhandlungen zu vermeiden sei. Eine konsequente militärische und politische Ausrichtung bzw. Vorbereitung auf eine ernsthafte Konfrontation mit Deutschland war nicht Grundlage der britischen Politik. [6]

Großbritannien verfolgte unbeirrt eine, nicht unbedingt grundsätzlich zu

verurteilende, Politik der Deeskalation und der Eindämmung, deren faktische Folgen jedoch nicht Gegenstand einer konsequenten Reflexion wurden. Die Appeasementpolitik verlangte als Adressaten eine Partei, welche zu guter Letzt bereit war, aus rationalen Gründen von weiterführenden aggressiven Schritten abzusehen und eine gewaltlose Befriedung eines Konflikts zu unterstützen. In diesem Zusammenhang machte es durchaus Sinn, einem Aggressor bestimmte schmerzliche Zugeständnisse zu machen, um nicht Hals über Kopf eine kriegerische Auseinandersetzung mit möglicherweise hohen Opferzahlen zu provozieren. Doch sollte Appeasementpolitik Teil einer vernünftigen und klaren politischen Zielsetzung sein, dann hatte sie sich auch Rechenschaft abzulegen, ob ihr Ziel - Verhinderung und Eskalation der Aggression - auch tatsächlich erreicht würde und welche Schritte im Falle eines Scheiterns zu unternehmen seien.

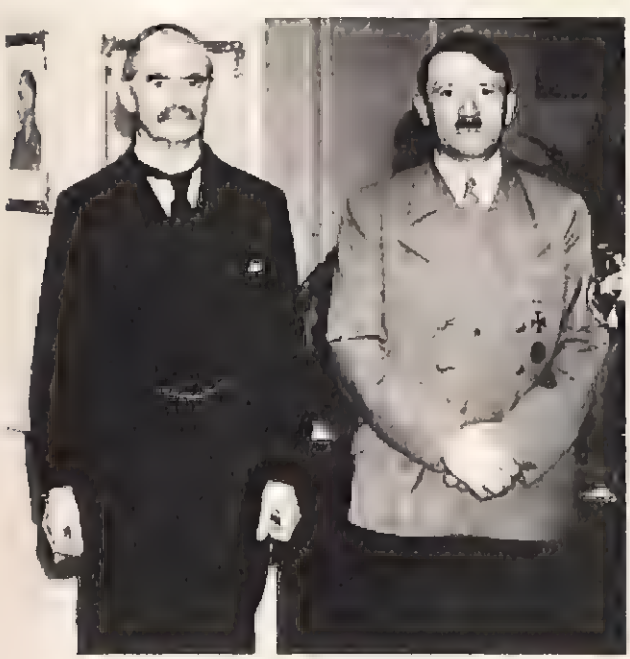
Tatsächlich war die britische Appeasementpolitik - das gilt wohl für jede internationale Politik - nicht allein Produkt einer selbstgewählten, durchdachten außenpolitischen Strategie, sondern ebenso Resultat einer Vielzahl verschiedener ökonomischer, innen- und außenpolitischer Faktoren, die wenig oder gar keine Beziehung zum Fall Deutschland aufwiesen. Die Macht des Empire beruhte um die Jahrhundertwende nicht allein auf seiner militärischen Stärke, sondern ebenso auf seiner Stellung als Wirtschafts- und Finanzmacht, einer Stellung, die Großbritannien durch die Entwicklung von Welthandel und Weltmarkt im Zuge von Kolonialismus und Imperialismus zugefallen war. Das Empire umfasste im 20. Jahrhundert riesige Gebiete in der ganzen Welt. Neben Kanada, Australien, Neuseeland und Indien besaß Großbritannien große Gebiete in Afrika, die sich vom Sudan bis nach Südafrika erstreckten, im pazifischen Raum Malaysia und Teile Neu-Guineas, Besitzungen an der Südküste der arabischen Halbinsel und im karibischen Raum sowie unzählige Stützpunkte und Inseln, die quer über den Globus verteilt waren. Die militärische Macht Großbritanniens konnte niemals ausreichen, um die für den Handel geforderte Stabilität und Sicherheit in diesen riesigen Gebieten bzw. den entsprechenden Handelsrouten allein durch militärische Gewalt bzw. Präsenz zu erzwingen. Ziel der Politik Großbritanniens war daher schon aus praktischen Gründen der Abbau von internationalen Spannungen und die Kriegsvermeidung. Die ökonomische Macht des Empire war nach den Kosten des I. Weltkriegs und durch die zunehmende internationale Konkurrenz angeschlagen. In den 30er Jahren trat zum ersten Male seit knapp hundert Jahren ein Zahlungsbilanzdefizit auf. Eine massive Forcierung der Rüstungsindustrie, um für einen potentiellen Konflikt mit Deutschland gerüstet zu sein, hätte eine erhebliche Belastung des Staatshaushalts bedeutet und konnte unter diesen Umständen nur schwer Unterstützung gewinnen. Dazu kamen soziale Konflikte in Großbritannien selbst, die Unabhängigkeitsbestrebungen in Irland und Indien sowie die Herausforderung durch den italienischen und japanischen Imperialismus im Mittelmeerraum bzw. in China, welche den politischen Status quo bedrohten. Großbritannien war in der Zwischenkriegszeit als einzige Großmacht in alle großen Krisenherde verwickelt und trachtete vernünftigerweise danach die Situation zu entspannen, um nicht in einen oder gar mehrere kriegerische Konflikte involviert zu werden. Eine militärische Intervention in den Jahren 1933 bis 1935, die nur als ein Teil langfristiger gegen Deutschland gerichteter Maßnahmen sinnvoll hätte sein können, hätte zudem selbst bei der anfangs noch gegebenen militärischen Überlegenheit der Westmächte umfassender Vorbereitungen bedurft und wäre nicht im Handumdrehen umzusetzen gewesen. Für einen demokratischen Staat wie Großbritannien hätte dies bedeutet, einen innenpolitischen Konsens für effektive Sanktionen gegen Deutschland zu erreichen bzw. gegebenenfalls gegen innenpolitische Widerstände weitreichende außenpolitische Schritte zu setzen und die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen. In Großbritannien konnte bis 1937 weder ein Konsens für offensive militärische Schritte gegen das Dritte Reich gefunden werden, noch waren die betreffenden Regierungen bereit, ihre politische Zukunft für vermeintliche außenpolitische Abenteuer zu riskieren. Die Masse der britischen Wähler trat für Verhandlungen, allgemeine Abrüstung und Friedenssicherung ein und zwar weniger aus Sympathie für Nazideutschland, sondern im festen Vertrauen auf die Kraft des Völkerbundes und den Willen der Menschen in Europa, keine Wiederholung der Katastrophe von 1914 zuzulassen. Die Aufrüstung wurde, nicht völlig zu Unrecht, als Vorspiel zum Krieg begriffen, der Einhalt geboten werden müsse und diese Überzeugung wurde in Großbritannien auch in unzähligen Kampagnen, Versammlungen und Demonstrationen vorgebracht. Die stillschweigende Grundannahme dieser Friedensbereitschaft war jedoch, dass einer militärischen und diplomatischen Abrüstung der Westmächte eine entsprechende Mäßigung Italiens und Deutschlands folgen würde, eine Annahme, die eher auf Wunschdenken als auf einer kritische Analyse der politischen Verhältnisse basierte.

Frankreich hingegen hatte ein elementares Interesse an einer harten Linie gegenüber Deutschland. Zwei große Kriege gegen den mächtigen Nachbarn (1870, 1914) hatten in Frankreich Befürchtungen eines weiteren Krieges genährt. Allzu ersichtlich war die Tendenz des deutschen Imperialismus, die zweite Großmacht auf dem Kontinent als Hindernis für die eigenen Interessen anzusehen. Tatsächlich waren die Versailler Bestimmungen weder ein willfähriges Instrument zur Etablierung einer französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent, noch sollte oder konnte damit nennenswerter Einfluss auf die deutsche Innenpolitik genommen werden. Dafür garantierte die Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen des vielgeschmähten Vertrags, jede erneute deutsche Aggression in Zukunft praktisch unmöglich zu machen. Dies war fraglos ein Eingriff in die Souveränität des deutschen Staates, in Anbetracht eines von Deutschland initiierten Weltkrieges, der die astronomische Summe von zehn Millionen Toten gefordert hatte, jedoch durchaus nachvollziehbar. Die französischen Regierungen konnten nur ungläubig erstaunt gewesen sein, als das NS-Regime Schritt für Schritt daran ging, ihre schlimmsten Befürchtungen zu erfüllen. Dass Deutschland schon fünfzehn Jahre nach den verheerenden Erfah-

rungen des I. Weltkrieges zielstrebig daran ging, alle Voraussetzungen zu schaffen, um ohne Not und ohne Rücksicht auf ökonomische und politische Konsequenzen einen erneuten Weltkrieg zu entfachen, war letztlich weder in Frankreich und noch weniger in Großbritannien mit all seinen Konsequenzen zu begreifen. Ungeachtet aller weitsichtigen Analysen hielt Großbritannien an seiner Appeasementpolitik fest und sperrte sich gegen alle französischen Forderungen nach effektiven Sanktionen gegen Deutschland. Frankreichs Versuche mit anderen Staaten eine Front gegen Deutschland aufzubauen, entbehrten ohne Großbritannien einer festen militärischen und politischen Basis.

Aus dieser Konstellation erwuchs die Appeasementpolitik, deren Akteure sich jedoch als unfähig erwiesen, die faktischen Konsequenzen dieser Politik, d.h. ihr offensichtliches Scheitern zu reflektieren: Weder wurden die weitreichenden Zugeständnisse der Westmächte durch ernstzunehmende Konzessionen seitens Deutschlands beantwortet, noch trat eine nachhaltige und vertrauenswürdige Beruhigung (Appeasement) der internationalen Beziehungen ein. [7] Schließlich führte jedes Nachgeben der Westmächte im Namen der Deeskalation nur dazu, direkt und indirekt das militärische Aggressionspotential der Deutschen und ihren destabilisierenden Einfluss in Europa zu erweitern. So war die Appeasementpolitik ein Selbstläufer, der ohne klare inhaltliche Bestimmung zur Selbstbeschwichtigung taugte, um die eigene außenpolitische Ziel- und Konzeptlosigkeit zu verdecken, aber seinem selbstgesteckten Ziel in keiner Weise gerecht wurde. Tatsächlich schuf Appeasement derart die Grundlage für den ultimativen Krieg 1936, nachdem Deutschland über drei Jahre lang seine Absicht, um jeden Preis aufzurüsten und keine internationalen Abmachungen zu respektieren, zur Genüge bewiesen hatte, war die Möglichkeit zum Handeln gegeben. Die vertragswidrige Besetzung des Rheinlandes gab Frankreich zumindest formal die Handhabe zur Intervention gegen Deutschland. Der Historiker Ludolf Herbst dazu:

„Die französische Regierung hätte die meiste Veranlassung gehabt, Hitlers Vertragsbruch als Casus belli zu betrachten, zumal Frankreichs Sicherheitsinteressen hierdurch in elementarer Weise betroffen waren, aber - das zeichnete sich schon am Nachmittag des 7. März ab - Paris hätte allein, ohne britische und belgische Unterstützung vorgehen müssen. Man hatte das im französischen Ministerrat erwogen, dann aber wieder verworfen. Man dachte die mögliche Gegenaktion bis zur letzten Konsequenz, dem Krieg durch, fühlte sich aber dem Risiko langfristig nicht gewachsen. [...] Schließlich ließ man sich auf den Weg über den Völkerbund ein und entschied sich für die Politik des geringeren Risikos, für den Frieden. Ausschlaggebend scheint gewesen zu sein, daß General Gamelin für jede militärische Aktion die Allgemeine Mobilmachung forderte, um kein unkalkulierbares Risiko zu laufen." (Herbst 1997, S. 147f.)



Chamberlain (erster von links) und Hitler (weiter rechts)

Einmal mehr war Frankreich vor die Alternative gestellt, allein zu intervenieren oder gar nichts zu tun. Doch Frankreich befand sich in den 30er Jahren in einer innenpolitischen Dauerkrise. Die Weltwirtschaftskrise hatte in Frankreich zwar nicht die verheerenden Zusammenbrüche zur Folge wie in anderen Ländern, dafür währte die Depression jedoch bis ins Jahr 1938. Dazu kamen heftige Auseinandersetzungen zwischen einer erstarkenden antidemokratischen extremen Rechten und der Arbeiterbewegung. Die Instabilität der sozialen Verhältnisse kam nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, dass zwischen 1933 und 1939 nicht weniger als fünfzehn Regierungen im Amt waren, einige davon nur wenige Tage. Eine kontinuierliche und starke Außenpolitik war unter diesen Umständen von Frankreich allein schwer zu erwarten. Hitler hatte instinktiv die Uneinigkeit der Westmächte und ihr Zögern als Zeichen von Schwäche erkannt. Wenn er auch keineswegs über den Ausgang seines Hasardspiels sicher sein konnte und immer wieder von Zweifeln geplagt war, so hatte er im Ganzen doch richtig gepokert. Die primitive deutsche Taktik, die in nichts anderem bestand als vollmundige Versprechungen zu geben, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren (ohne ernsthafte Gespräche einzugehen), vollendete Tatsachen zu schaffen und Lügen zu verbreiten, war tatsächlich aufgegangen. Umgekehrt hatten die Westmächte alle Möglichkeiten ausgelassen, gegen Deutschland zu einem Zeitpunkt, als es militärisch und politisch noch angreifbar war, zu intervenieren. In seinen Memoiren schreibt Churchill:

„Damals aber, bis 1934, hätte die entschlossene Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrags der ganzen Menschheit auf unbeschränkte Dauer und ohne Gewalt oder Blutvergiessen Frieden und Sicherheit erhalten können. Diese Notwendigkeit wurde jedoch vernachlässigt, solange die Übertretungen geringfügig waren, und später, als sie ernste Ausmasse annahmen, schreckte man davor zurück. So wurde die letzte Gewähr für einen dauerhaften Frieden verspielt. Die Verbrechen der Besiegten werden durch die Torheiten der Sieger verständlich, wenn auch nicht verzeihlich. Ohne diese Torheiten hätte sich weder die Versuchung noch die Gelegenheit zum Verbrechen geboten." (Churchill 1953, S. 31)

Die Krone der Verkehrung waren die deutschen Friedensinitiativen und -erklärungen, an ihnen wird jedoch nicht nur die Verlogenheit des NS-Regimes, sondern auch die Korrumpierung der deutschen Bevölkerung ersichtlich. Hitlers Friedensreden und die deutschen Friedensinitiativen waren keineswegs das Meisterstück deutscher Propaganda, wie es manche darstellen wollen. Es waren nichts als haarsträubende Lügen, deren Wirkung sich nicht aus ihrem Inhalt oder irgendwelchen ausgefeilten Propagandatricks erklären lässt, sondern zuerst in der Bereitwilligkeit der vermeintlich belogenen Öffentlichkeit zu suchen ist, sich jeden Bären aufbinden zulassen, solange es ihren Interessen bzw. ihrem Selbstverständnis entspricht. Als Hitler am 23. März in seiner Regierungserklärung zum Ermächtigungsgesetz seine friedlichen Absichten beteuerte und jedem Volke „die Hand zu aufrichtiger Verständigung" (Domarus 1962, S. 235) reichte, wurden in den Straßen Deutschlands seit über einem Monat in aller Öffentlichkeit Oppositionelle gejagt, geschlagen, vorgeführt, in Gefängnisse, Konzentrationslager oder in SA- und Parteiheime bzw. Keller verschleppt und zum Teil ermordet. Razzien und Massenverhaftungen in Arbeitervierteln, Plünderungen und Verwüstungen von Parteibüros, Gewerkschaftshäusern und Privatwohnungen waren in diesen Tagen die Regel. Die Errichtung von Konzentrationslagern wurde öffentlich bekannt gegeben, die Feinde des NS-Regimes, Juden, Roma, Sinti, Arbeitsverweigerer, Kommunisten und viele andere alltäglich schikaniert und gedemütigt. Wer unter diesen Zuständen an die friedliche Natur des NS-Regimes glaubte, war nicht Opfer einer Manipulation, sondern Kumpan einer im wahrsten Sinne des Wortes blutigen Verschwörung. Die Selbstdarstellung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft als harmonische, friedliebende Einheit, die Selbstgleichschaltung der Massen zu einem auf Gewalt und Irrsinn basierenden Staat, die ausbleibende antifaschistische Revolte waren ohne Zweifel Hitlers größte Trümpfe. Jedes Referendum, jedes Massenspektakel bewies der Welt, dass die Deutschen an Hitler und den Nationalsozialismus glaubten. Unter dem Mantel der Devise *Gleichberechtigung* und gerichtet gegen eine vermeintliche Diskriminierung wurde deutsche Aufrüstung zum Garant für Frieden. Die Tollkühnheit und Unberechenbarkeit der deutschen Politik hatten wahrscheinlich eine lähmende und zermürbende Wirkung auf die Verteidigungsbereitschaft der Westmächte und es dauerte lange, bis sich Frankreich und Großbritannien endlich aus dieser Hilflosigkeit befreiten. 1937/1938 schienen den maßgeblichen Verantwortlichen in Großbritannien und Frankreich endlich die Augen aufzugehen. Die verheerende Politik eines Neville Chamberlain war eine letzte Nachwirkung jener Blindheit, auf anderen Ebenen waren zu diesem Zeitpunkt auch in Großbritannien die Weichen bereits auf die zu erwartende Konfrontation eingestellt. Mit dem Angriff auf Polen am 1.September 1939 durch das Dritte Reich war endlich jener Punkt erreicht, an dem die Westmächte zum Krieg gegen den Nationalsozialismus bereit waren. Allein, die Jahre der Appeasementpolitik hatten der Wehrmacht einen gewaltigen Rüstungsvorsprung gegeben, denn diese nun erbarmungslos einzusetzen gewillt war. Die Deutschen hatten einen Krieg begonnen, den sie letztlich nicht gewinnen konnten, doch ihr militärisches Potential reichte dazu, sechs Jahre lang Krieg zu führen, halb Europa zu verwüsten und ein in der Geschichte beispielloses wahnsinniges und apokalyptisches Mordunternehmen zu starten. Für sechs Millionen Juden und Jüdinnen und Millionen anderen Individuen, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden, kam die Einsicht der noch-zivilisierten Staaten zu spät: Ein Chance auf Frieden als Freiheit von Gewalt und Terror ist manchmal nur um den Preis eines Krieges zu haben.

Im Frühjahr 1940 erklärte Goebbels vor Pressevertretern:

„1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer gewesen, ich hätte es gesagt): der Mann ist Reichskanzler geworden, der das Buch Mein Kampf geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone [die Phase der militärischen Schwäche des Dritten Reiches, L.L.E.] ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an." ■

Anmerkungen:

* Joseph Goebbels

[1] Die Verträge von Locarno vom Oktober 1925 beinhalteten u.a. eine Garantie, der im Versailler Vertrag festgelegten Grenze zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland, der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages über die demilitarisierte Zone im Rheinland und eine Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Deutschland und Belgien. Der Briand-Kellog- oder Kriegsächtungspakt vom August 1928 bekundete einen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik. Er wurde von 60 Staaten u.a. von Deutschland, den USA, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet.

[2] Hitler, 23. März 1933: „Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechens der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen abzusehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit." 17. Mai 1933: „Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von

Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen." 14. Oktober 1933: „Denn die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind ja gegen schwerste Angriffswaffen gebaut, während Deutschland keine Angriffswaffen, sondern nur jene Verteidigungswaffen fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind." (Domarus 1962, S. 235, 276, 313)

[3] „Die Vertragsbrüche und Aggressionshandlungen des NS-Regimes in den Jahren 1936 - 1939 verliefen nach einem ziemlich einheitlichen taktischen Muster: Zunächst wurde das gesteckte politische Teilziel propagandistisch aufbereitet; sodann schuf der Einsatz militärischer Gewalt in raschem Zugriff vollendete Tatsachen; die Propaganda versicherte daraufhin regelmäßig der überraschten Weltöffentlichkeit, dass das Deutsche Reich nunmehr keine weiteren territorialen Ansprüche habe, daß die Erhaltung des Friedens nach wie vor das höchste Ziel sei, um jedoch zugleich drohend hinzuzufügen, daß das Reich inzwischen auch seine militärische Macht zurückgewonnen habe." (Wette 1989, S. 152)

[4] Der Friedensplan vom April 1935 war nur die letzte Version deutscher Friedensangebote. (Vgl. Domarus 1962, S. 511-514, 595)

[5] „Das entmilitarisierte Rheinland bildete einen weißen Fleck in den militärstrategischen Voraussetzungen des Rüstungsprogramms. Und je nach der Frankreich zugedachten Rolle in der Phase der deutschen Expansion mußte die Eingliederung des Rheinlands entweder als Aufmarsch- oder als Sicherheitszone für die militärische Organisation des Reiches als unentbehrliche Voraussetzung gelten." (Messerschmidt 1989, S. 728; vgl. auch Deist 1989, S. 505f.)

[6] Nach Messerschmidt fußte die britische Außenpolitik auf drei Überzeugungen: „1. Die Reparationspolitik nach französischem Muster habe versagt, 2. Deutschland müsse in ein kollektives Sicherheitssystem zurückgebracht werden, 3. das sei nur denkbar, wenn die Tatsache der geheimen Aufrüstung hingenommen und nicht über zerschlagenes Porzellan gestritten werde. Für die Zukunft müsse der Grundsatz der Gleichberechtigung gelten. Damit werde erst das Klima geschaffen, das es Deutschland erlaube, zu konstruktiver internationaler Friedenssicherungs-Mitarbeit zurückzukehren. Die Alternative sei ein neuer Rüstungswettlauf, da keine Macht bereit sei, Deutschlands Aufrüstung zu stoppen." „Außenpolitik wurde nicht verstanden als der kürzeste Weg zur Mobilisierung einer Front gegen den als solchen erkannten potentiellen Gegner Nr. 1, nämlich Deutschland. Dem steten Drängen Frankreichs auf festere militärische Absprachen wich London aus." (Messerschmidt 1989, S. 721, 760. Vgl. ferner S. 671-674, 708)

[7] „Hitler konnte, wie es nach der ‚Machtergreifung' geschah, zur Tarnung seiner eigentlichen Absichten vorläufige Ziele ansteuern und sich dabei einer verharmlosenden, irreführenden Sprache bedienen. Aber er hat zu keiner Zeit einer internationalen Friedensordnung zugestimmt, die ein friedliches Nebeneinander auf Dauer voraussetzte." (Messerschmidt 1989, S. 643. Vgl. auch S. 700) Sämtliche französische und britische Vorschläge, die eine Aufrüstung Deutschlands im Rahmen einer Verhandlungslösung offerierten, wie der von Frankreich bei den Genfer Abrüstungskonferenzen vorgetragene Cot-Plan, der einen Ausgleich in Form des Aufbaus einer deutschen Defensiv-Streitmacht vorschlug, wurden bewusst zu Fall gebracht: „Es müsse, so instruierte er [Außenminister Neurath, L.L.E.] den deutschen Delegationsführer Nadolny am 15. Februar 1933, ‚der mangelnde Abrüstungswille Frankreichs' in Erscheinung treten, falls die Konferenz scheitere. Den Cot-Plan umging er zusammen mit Blomberg [Reichswehrminister, L.L.E.]. Blomberg sorgte für eine Weisung an die deutsche Delegation, eine Abstimmung über den Cot-Plan zu vermeiden. Ein umfangreicher Vorfragen-Katalog sollte die Behandlung des Planes verzögern und schließlich unmöglich machen." (Messerschmidt 1989, S. 686; vgl. auch Deist 1989, S. 471)

[8] Goebbels am 5. April vor geladenen Vertretern der deutschen Presse. (Zitiert in: Wette 1989, S. 134)

Literatur:

Churchill, Winston S., *Der Zweite Weltkrieg. Erster Band. Der Sturm zieht auf*, Bern und München 1953.

Deist, Wilhelm, *Die Aufrüstung der Wehrmacht*, in: Deist, Wilhelm/Messerschmidt, Manfred/Volkmann, Hans-Erich/Wette, Wolfram, *Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt/M. 1989, S. 437-637.

Domarus, Max, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen. I. Band. Triumph 1932-1938*, Würzburg 1962.

Herbst, Ludolf, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Darmstadt 1997.

Klöss, Erhard (Hg.), *Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg. Verträge zur Zeitgeschichte 1918-1939*, München 1965.

Messerschmidt, Manfred, *Außenpolitik und Kriegsvorbereitung*, in: Deist/Messerschmidt/Volkmann/Wette 1989, S. 639-850.

Wette, Wolfram, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: Deist/Messerschmidt/Volkmann/Wette 1989, S. 23-208.

Klassenkampf am Mensatisch

Zur Überflüssigkeit des neuen SDS

SEBASTIAN SCHRÖDER

„There is no success like failure, and failure is no success at all."

Bob Dylan

„Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis" ist eine Binsenweisheit, die der Volksmund schon länger kennt. Daran angelehnt haben sich einige studentische Aktivisten wohl gedacht: „Und ist der Karren erst an der Wand, gründe einen Dachverband" und sich am 5. Mai 2007 zu Die Linke.SDS vereinigt. Das Datum war nicht zufällig gewählt, wurde doch hier im Jahre 1818 Karl Marx geboren.

Die Abkürzung SDS ist nicht neu, der Sozialistische Deutsche Studentenbund hatte sich kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet und bis 1970 (nur an der Uni Köln gab es 1971 noch ein Häufchen Studis, die den Schuss nicht gehört hatten) rund 25 Jahre an mehreren deutschen Hochschulen gewirkt. Im Gegensatz zu seiner Neuinkarnation, die finanziell und organisatorisch an die Linkspartei angebunden ist, war er anfangs zwar der SPD nahestehend, begriff sich jedoch später deutlich als außerparlamentarische Opposition. Er gilt als intellektuelle Keimzelle der Achtundsechziger Bewegung und der Roten Armee Fraktion (RAF), Rudi Dutschke und Ulrike Meinhof waren beispielsweise hier organisiert.

Wolte das deutsche Volk befreien: Dutschke

„Wir wollen dazu beitragen, isolierte Proteste zu vernetzen, dem unfreiwilligen Rückzug kritischer Wissenschaft neue Bildungsangebote entgegen zu setzen, mit einer überregionalen Hochschulzeitung die Deutungshoheit auf den Mensatischen zurück zu gewinnen, die Auseinandersetzungen an der Hochschule im Bündnis mit der Partei und den sozialen Bewegungen deutlicher als gesamtgesellschaftliche Kämpfe zu führen sowie in den ASten und bundesweiten Gremien wieder verstärkt um linke Hegemonie zu streiten." [1], behaupten die Verbandsgründer und scheren sich einen feuchten Kehricht darum, dass Massenverbände in der Vergangenheit vor allem zur Stagnation und Selbstorganisation taugten, nicht aber für Fortschritt und Veränderung standen. Der Original-SDS scheiterte genauso an den pluralistischen Positionen seiner Mitglieder und an der Überforderung der Erklärung der eigenen Notwendigkeit wie das als eine Art Zombie wohl noch immer existente Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa).

Interne Debatten gelten eben nicht der Bestimmung und Kritik gesellschaftlicher Zustände, sondern der eigenen Organisationsform, wer welchen Posten in welchem Vorstand übernimmt usw. usf.

Zur Eröffnung lieferten sich die Linksparteistudis eine Auseinandersetzung über den richtigen Namen, den der neue Verband tragen solle. Diejenigen, die sich schlussendlich durchsetzten, schreiben viel von Revolte und „Protest in der Praxis" [2] und schätzen den SDS damit vor allem als ein Aktionsgrüppchen, das hier mal einen Sit-In und da mal eine Demo organisiert hat. Nur angedeutet werden ideologische Grundlagen, die es, gerade in den Sechzigerjahren, gegeben hat und die, will man den SDS angemessen beurteilen, unverzichtbar sind.

Kritisiert wird einzig die „unzureichende Thematisierung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern" [3], völlig außer acht bleiben etwa das Bild der USA oder Israels, das sich im SDS manifestiert hatte. Vorfälle wie etwa

ein lautstarker Protest gegen eine Rede des israelischen Botschafters an der Frankfurter Universität 1969, der zum Abbruch der Veranstaltung führte, bleiben genauso unerwähnt wie die Unterstützung islamischer Terroristen. Zum einen will man sicher lästige Debatten vermeiden, gelten diese Fragen in der Linken doch als kontrovers und schwierig, zum anderen zeigt ein Blick in die Vita der Verfasser des Positionspapiers auch, dass man mit derartigen Haltungen gar kein Problem hat und es zum Teil mühelos noch viel schlimmer hinbekommt als die historischen Vorbilder. Vertreter der trotzkistischen Sekte Linksruck, die islamische Mörderbanden wie Hisbollah und Hamas zu „Widerstandskämpfern" [4] verklärt und dem Staat Israel das Existenzrecht abspricht, finden sich hier genauso wie Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks attac, wo sich der „ehrbare Antisemitismus" [5], also der Hass auf den Staat der Shoah-Überlebenden, großer Beliebtheit erfreut.

Linksruck kommt nicht nur bei der Gründung des Hochschulverbandes, sondern bei der Gründung der Mutterpartei unter allerlei anderen fiesen Gruppen eine besondere Bedeutung zu. Die Gruppe löste sich Mitte des Jahres auf und forderte seine Mitglieder auf, „mit ihren Ideen und Traditionen am Aufbau der LINKEN mitzuwirken und zur Stärkung marxistischer Positionen beizutragen" [6] und in der Strömung „Sozialistische Linke" sowie beim Magazin *marx21* [7] mitzuwirken.

Wenn es also darum geht, ein wenig bei so genannten sozialen Bewegungen mitzutun, diese nicht auf ihren antisemitischen und rassistischen Gehalt hin zu untersuchen und dafür anzugreifen und jeden studentischen Protest zu einer Vorstufe der Revolution hochzujubeln, statt ihn als das zu begreifen, was er in der Regel ist, nämlich eine bunte Partyveranstaltung, die sich appellativ an den Staat wendet, doch dieses oder jenes Gesetz bitte nicht zu verabschieden, dann kann man Diskussionen, die irgendwie Probleme mit sich bringen, getrost unter den Tisch kehren und geschichtsvergessene Papiere schreiben.

Auch nicht über die Historie reden wollen die Autoren des konkurrierenden Textes, der gegen den Namen Die Linke.SDS Partei ergreift. „Auf die Geschichte des SDS wollen wir hier nicht eingehen" [8] steht am Anfang ihres Entgegnungspapiers, wohlwissend, dass eine Kritik etwa des Antisemitismus ihrem eigentlichen Anliegen wenig Popularität verschaffen würde. Sie versuchen im Gegensatz zu ihren Genossen zwar, über den Kapitalismus zu reden statt über Hartz IV zu poltern und über Sit-Ins an der FU Berlin im Jahr 1966 zu schwelgen, um dann doch ein Klagelied auf „zwanzig Jahre Siegeszug des Neoliberalismus" [9] anzustimmen und den bescheidenen Anspruch zu formulieren, „Studierende dort anzusprechen, wo und wie sie sind" [10]. Wie man mit denen dann in den „Kampf gegen den neoliberalen Umbau des Hochschulwesens" [11] ziehen will, erwähnt man nicht, einzig dass der Dachverband als Akteur nicht hinreichend ist und noch größere Bündnisse mit anderen Verbänden her müssen, kommt zur Sprache. Sie gehören damit, wie ihre Kollegen, zu denjenigen, „die dem gesellschaftlichen Veränderungsprozess lediglich eine subjektive Verweigerungshaltung entgegengestellt (haben), eine Haltung, die diesem Prozess gegenüber relativ gleichgültig blieb und zu einer ohnmächtigen Protestmarke verkam, weil weder die Dimensionen der Veränderung erfasst, noch konkret kritisiert wurden." [12] Quasi als Beweis dafür, dass auch er romantische Begeisterung für antiquierte Organisationen aufbringen kann, trieb vor allem dieser Kreis, der mehrheitlich aus ehemaligen SPD-Mitgliedern besteht, den Eintritt in das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) voran, das schon seit einigen Jahren nichts Relevantes mehr zur Studiengebührendebatte beitragen konnte, mit simplen Verwaltungsaufgaben überfordert ist, seit der flächendeckenden Einführung allgemeiner Studiengebühren eine Erklärung seiner Existenzberechtigung schuldig geblieben ist und nur aus studentischer Bequemlichkeit noch nicht aufgelöst wurde.

Alle gemeinsam haben ein Arbeitsprogramm vorgelegt, das an keiner Stelle vermuten lässt, dass es „der Produktion kritischen Wissens neuen Rückhalt und neue Impulse gibt" [13], sondern stattdessen altlinker, antiimperialistischer Folklore frönen wird.

Im Frühsommer rief man zur Teilnahme am „friedlichen Massenaufmarsch von antizivilisatorischen Hippies, antizionistischen Friedensfreunden und nationalrevolutionären ‚Lafontaines'" [14], also zu den Protesten gegen den G8-Gipfel auf, um sich als „protestierender Volksbrauch [...] zu entrüsten über irgend etwas, was mit dem Sinn der Gemeinschaft nicht zu vereinbaren sei" [15], später beteiligte man sich an der Kampagne „Bundeswehr raus auf Afghanistan" und demonstrierte gegen Krieg und für Islamismus auf den Straßen Berlins. Ein besonderes Schmankerl bereitet die AG Delegationsreise Venezuela „Sozialismus im 21. Jahrhundert" vor, nämlich einen Ausflug in das von Hugo Chávez regierte Land. Eine „politische Kampagne im Wintersemes-

Will das deutsche Volk befreien: Vollhorst Mahler

ter 2007/08 einspannen, um die revolutionären Prozesse in Venezuela kritisch und solidarisch zu hinterfragen" [16], wird gleichermaßen angekündigt. Dass die Kritik auch nur wenig mehr als die Anzugfarbe des Staatspräsidenten beinhalten wird, darf bezweifelt werden, sind in der auf der Homepage namentlich genannten Vorbereitungsgruppe doch Leute aktiv, die bereits in früheren Projekten mit einer positiven Bezugnahme auf die „bolivarische Revolution" aufgefallen sind.

Hier schließt sich dann auch ein Kreis zum Namensgeber des Verbandes: der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" [17] geht auf eine Konzeption des ehemaligen SDS-Funktionärs Heinz Dieterich zurück, der mittlerweile an der Universität in Mexiko-Stadt lehrt und mit Chávez befreundet ist [18].

Ob all dieses Streben, mit Macht und Gewalt an der Seite reaktionärer Bewegungen, die die bestehenden Verhältnisse nicht abzuschaffen, sondern noch schlimmer zu machen versuchen, die jungen Aktivisten auch in die Fußstapfen ihrer Ahnen Bernd Rabehl oder Horst Mahler treten lässt, die mittlerweile bei den Neonazis aktiv sind, wird die Zeit zeigen. Zu hoffen bleibt, dass der SDS 2.0 nicht wieder 25 Jahre zur Einsicht in das eigene Scheitern braucht. ■

Anmerkungen:

[1] Sophie Dieckmann u.a., *Offener Brief an die hochschulpolitische Linke*, Trier, April 2007.

[2] Sophie Dieckmann u.a., *Vom SDS lernen heißt...*, in: *Sozialismus*, Nr. 4/2007.

[3] Ebd.

[4] Linksruck, *Der Terror kommt aus Israel*, in: *Linksruck*, Nr. 221/2006 (19. Juli 2006) (und varianten- und verschwörungstheoriereich in unzähligen weiteren ihrer Publikationen)

[5] Jean Améry, *Der ehrbare Antisemitismus*, in: *Die Zeit*, 25. Juli 1969.

[6] Linksruck-Auflösungserklärung, zitiert nach: www.linksruck.de, eingesehen am 2. September 2007.

[7] Vgl.: www.marx21.de

[8] Dominik Düber u.a., *Es ist 2007 und nicht mehr 1968*, in: *Sozialismus*, Nr. 5/2007.

[9] Ebd.

[10] Ebd.

[11] Ebd.

[12] Detlev Claussen, *Imperialismus und veränderte gesellschaftliche Verhältnisse*, in: *iz3w*, Nr. 251/2001.

[13] Alex Demirovic, *Vom Kopf auf die Füße*, in: *Jungle World*, Nr. 19/2007.

[14] Ivo Bozic, *Gewalt ist schlimm, doch das Schlimmste hat sie verhindert!*, auf: planethop.blogspot.com, eingesehen am 1. September 2007.

[15] Theodor W. Adorno, *Einleitung in die Soziologie*, Frankfurt/M. 2003.

[16] zitiert nach: www.linke-sds.org/spip.php?article132, eingesehen am 2. September 2007.

[17] Vgl.: Heinz Dieterich, *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*, Berlin 2006.

[18] Vgl. hierzu auch: Philipp Lenhard, *Äquivalenzprinzip, Almosen, Antisemitismus. Venezuelas Petro-„Sozialismus des 21.Jahrhunderts"*, in: *Bahamas*, Nr. 52/2007.

anzeige

unter anderem mit:
//DÜBER über Marx und Oppenheim
//BERGMANN über den Kölner Moscheebau
//DERPMANN über Freiheit in Kuba
//SCHRODER über Tabori und deutsche Normalität

kostenlos erhältlich in der Bibliothek des Philosophischen Seminars und anderswo an der Uni Köln oder bestellbar per E-Mail an fs-philo@uni-koeln.de

anzeige

Die vorgestellte Welt

Über falsche Auswege aus der Sackgasse Kritischer Theorie

JAN HUISKENS

Ein häufig gegenüber der Kritischen Theorie auftretender Vorwurf ist der, dass ihre Vertreter bloß redeten und sich in ihrer Ohnmacht suhlten, anstatt endlich anzupacken und die Wurzel allen Übels - das Kapitalverhältnis - ein für allemal auszureißen. Es gelte, wie schon die Linkshegelianer betonten, den Boden der Philosophie zu verlassen und zur Tat zu schreiten, anstatt sich mit Nebensächlichkeiten wie begrifflicher Reflexion weiter aufzuhalten. So richtig es ist, dass sich die bestehenden Verhältnisse nur durch einen kollektiven Akt und nicht durch bloßes „Umdenken" ändern lassen und so notwendig es ist, immer wieder darauf hinzuweisen, dass jeder Tag, an dem das Kapitalverhältnis fortbesteht, massenhaft Tod und Elend bedeutet, so falsch ist es andererseits, sich zur Unmittelbarkeit der erlösenden Tat zu bekennen, wenn diese ohne kritisches Bewusstsein vom Abzuschaffenden vonstatten gehen soll. Werden Theorie und Praxis getrennt, so wird die Spaltung in geistige und körperliche Arbeit nur schlecht reproduziert und ihr Zusammenhang ausgeblendet. Der Standpunkt der Praxis trägt, dank dieser ideologischen Aufspaltung in Geist und Körper, immer schon die Tendenz zum Antisemitismus in sich, die Verteufelung des Abstrakten, dem der Kult des geschundenen Körpers und der verelendenden Arbeit entgegen gesetzt wird. Der Kern des kritischen Materialismus besteht gerade darin, Geist und Körper als dialektische Einheit zu denken und damit sowohl ihrer gesellschaftlichen Trennung, die sich als Herrschaft darstellt, Rechnung zu tragen als auch ihre Versöhnung zum Telos zu erheben.

Nun ist dies ein hehres Ziel, soll es jedoch wirklich werden und von der Potentialität in die Aktualität übergehen, drängt sich, das soll keineswegs geleugnet werden, die Frage nach revolutionärer Praxis auf. Es ist jedoch - das hat die Geschichte der revolutionären Erhebungen gezeigt - zu kurz gedacht, wenn man die Frage nach der revolutionären Praxis auf eine Frage der Taktik beschränkt. Zunächst einmal wäre der Widerspruch zwischen der prinzipiellen Notwendigkeit und Möglichkeit einer Revolution und den ganz und gar konterrevolutionären Verhältnissen zu erörtern. In Zeiten, in denen noch die Fortschritte der bürgerlichen Revolution scheinbar unaufhaltsam kassiert werden, mag die Notwendigkeit einer Flucht nach vorn einzig vernünftig erscheinen, doch darf nicht verdrängt werden, dass Individuen in der herrschenden Gesellschaftsordnung als Kapitalsubjekte gesetzt sind und sie daher die Herrschaft des Kapitals im Zweifelsfall bis auf die Knochen verteidigen, selbst wenn dies rein zweckrational betrachtet widersinnig anmuten mag. Noch der spontane Antikapitalismus, dem immer mehr Menschen verfallen (man denke an den Erfolg von Linkspartei und NPD), gründet - soviel sollte eigentlich mittlerweile bekannt sein - nicht in einem kritischen Bewusstsein dessen, was ist, sondern in dessen Affirmation und Fetischisierung. Wenn es für Kommunisten etwas gibt, an das sie appellieren können, in der Hoffnung, Gehör zu finden, dann ist es zwar nicht der unverdinglichte Rest, aber doch das, was vom egoistischen Individuum nach dem Prozess der reellen Subsumtion unter das Kapital noch geblieben ist. Der Widerspruch zwischen formaler und reeller Subsumtion ist für die kommunistische Kritik eine echte Existenzfrage. So lange das Subjekt nicht ausschließlich ein kapitales ist, sondern auch noch den Widerspruch zwischen bourgeois und citoyen, den Widerspruch zwischen Egoismus und gesellschaftlich gebotenem permanenten Verzicht reflektiert, ist nicht alles verloren.

Wie soll man da nur wieder rauskommen?

Die Möglichkeit der kommunistischen Revolution ist deshalb im doppelten Sinne historisch: Erstens, weil das Kapital die Bedingungen seiner Abschaffung selbst hervorgebracht hat, indem es die Produktivkräfte in einer Weise entwickelte, die es zulässt, den Hunger abzuschaffen und den natürlichen Zwang zur Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren [1]; zweitens weil der Bürger, der an sich die Differenz zwischen Anspruch (Bedürfnis) und Wirklichkeit (Befriedigung) bemerken und nach Möglichkeiten ihrer Aufhebung umsehen kann, ein Produkt des Kapitals ist.

Schell-Lok Holmes ermittelt gegen die Deutsche Bahn

Wenn die Möglichkeit des Kommunismus ein Resultat der Selbstverwertung des Werts ist und diese Bewegung zugleich den Kommunismus verunmöglicht, weil sie an den Subjekten nicht spurlos vorüber zieht, sondern diese sich zusehends einverleibt und als Gliedmaßen und Verdauungsorgane ihres eigenen Wesens wieder ausspuckt, dann erhält sich die Möglichkeit des Kommunismus nur durch die radikale Kritik an der Wertvergesellschaftung. Nur dann, wenn es noch Subjekte gibt, die den Prozess der reellen Subsumtion reflektieren und sich ihm verweigern wollen, besteht die Möglichkeit fort, andernfalls gerät sie in Vergessenheit und stirbt damit ab. Auf ein unverstelltes Eigentliches, in dem der Drang zur Emanzipation keimt, mögen andere hoffen, die materialistische Kritik hält sich an das, was ist. Mit den Begriffen Kritik und Verweigerung ist die Praxis sowohl aktiv als auch passiv gefasst. Während die Kritik zum Angriff übergeht, schonungslos benennt und denunziert, was ist und was nicht sein soll, ist die Verweigerung limitiert auf kurz aufblitzende Momente, die es zu nutzen gilt. Dem Individuum bleibt abseits der Revolution keine Möglichkeit, sich dauerhaft den manifesten Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft zu entziehen. [2] Nur im Einzelfall, etwa in Arbeitskämpfen mit als „utopisch" denunzierten Forderungen, kann die Arbeitsverweigerung kurzzeitig zur Störung der Ordnung führen, auch wenn sie gleich wieder als Streit um eine „sozialverträgliche" Lohnerhöhung in das Kapital als Selbstverhältnis integriert wird. Sobald die Charaktermasken des variablen Kapitals diese Maske abstreifen und eben nicht nur um mehr Lohn, sondern um die Abschaffung von Geld und Warentausch streiten, ist dies eine tendenziell revolutionäre Situation. Fordern die Arbeiter dagegen mehr Lohn, allerdings soviel, dass die Forderung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt als illusionär erscheint, so kommt alles darauf an, ob die Forderung taktischer Natur ist oder ob damit die grundsätzlich mangelhafte Befriedigung vorhandener Bedürfnisse deutlich gemacht werden soll. Weil der Kapitalismus grundsätzlich weder in der Lage noch willens ist, die Bedürfnisse der ihn tragenden Subjekte zu befriedigen, macht es keinen Sinn, einen „gerechteren Kapitalismus" zu fordern.

Die Lokführer, deren Kampf von der konkurrierenden Transnet massiv torpediert wird, wissen, dass ihr Streik, wenn sie ernst machen, die hiesige Ökonomie in die Krise stürzen könnte. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung jedenfalls befürchtet: „Ein Bahnstreik kann im schlimmsten Fall die ganze Volkswirtschaft ins Chaos stürzen." (*Spiegel*, 2.10.07) Leider scheinen es die Lokführer mal wieder nur symbolisch zu meinen. So ließ die GDL verlautbaren: „Wir wollen ein Zeichen setzen, danach ist der Arbeitgeber am Zug." Was vom so genannten Arbeitgeber erwartet wird, ist ein großzügiger Kompromiss. Anstatt der angekündigten 4,5 % Lohnerhöhung fordert die GDL 31 %. Darauf würde sich die Bahn nur einlassen, wenn sie dazu gezwungen würde. Da aber die Sozialpartnerschaft in Deutschland immer noch vom Staat verwaltet wird, kann Frau Kemfert begründeterweise fordern, dass, „sollte das Hickhack weitergehen, [...] sich schnellstens die Politik einschalten" müsse. Angela Merkel hat diese Bitte von Seiten des Deutsche Bahn-Chefs Mehdorn zwar ausgeschlagen mit der Begründung, auch wenn die Bahn in öffentlicher Hand sei, habe sie sich wie ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen zu verhalten. Umgekehrt heißt das jedoch auch, dass der Staat sich der GDL gegenüber verhält wie jeder anderen Gewerkschaft gegenüber auch: Solange alles im gemeinwohlverträglichen Rahmen bleibt, wahrt der Staat sein Selbstbild als liberaler Wettbewerbsstaat, wird dieser Rahmen jedoch gesprengt, interveniert er. Bezogen auf Merkels Ablehnung einer politischen Intervention in den Arbeitskampf lässt sich daraus schließen, dass die Bundeskanzlerin genau weiß, dass sich die beiden Parteien schon einigen werden, weil es beiden nicht um einen Bruch, sondern um den Erhalt der Sozialpartnerschaft geht. Arbeitskämpfe, an die sich anschließen ließe, wären also nur solche, die es auf die Provokation der Krise des Waren produzierenden Systems abgesehen haben. Nicht, weil es Arbeiter sind, die protestieren, könnte man sich ihnen in besonderen Situationen anschließen, sondern nur dann macht kommunistische Solidarität Sinn, wenn Menschen sich gegen ihre Funktion als variables Kapital, als

Arbeitskraftbehälter richten, indem sie die Fortsetzung des Ganzen zu unterminieren trachten. Die Arbeiterklasse ist als solche weder ein reales revolutionäres Subjekt, noch ein potentielles. So umfassend der Fetischismus der kapitalen Vergesellschaftung die ihr mit Haut und Haaren verschriebenen Subjekte blendet, so wenig gibt es ein unverstelltes Eigentliches, was einer besonderen Gruppe von Kapitalsubjekten ausschließlich oder vornehmlich zukäme.

Angesichts dieser einigermaßen düsteren Aussichten ist die kommunistische Kritik ein Wagnis, dem man mit guten Gründen Unverantwortlichkeit vorhalten kann. Schließlich impliziert der Wille zur Veränderung des gesellschaftlichen Zustandes immer auch die Möglichkeit des Rückfalles hinter emanzipatorische Errungenschaften. Was jedoch von solcher Kritik, die oft genug in der Gestalt des Oberlehrers auftritt, verleugnet wird, ist, dass die notwendig blinde Fortexistenz des Kapitalverhältnisses eben auch die Möglichkeit des Umschlages in die Barbarei reproduziert und daher der Konservatismus keineswegs eine taugliche Waffe gegen diesen Umschlag darstellt. Aus diesem Grund fallen konsequenter Antifaschismus (verstanden als Abwehr reaktionär antikapitalistischer Bestrebungen) und kommunistische Kritik letztendlich in eins, werden ununterscheidbar, weil erstens der bloß konservative Antifaschismus die Entstehungsbedingungen der barbarischen Option nicht begreifen kann und aus diesem Grund auf personalisierende („Hitlerismus") oder moralisierende („das Böse") Erklärungsansätze zurückgreift, und weil sich zweitens jede kommunistische Aufhebungsperspektive nur in der radikalen Zurückweisung reaktionären Antikapitalismus' als emanzipatorisch behaupten kann. Derart ständig mit dem Allerschlimmsten konfrontiert, muss der kritische Materialismus von der Maxime ausgehen, dass sich das furchtbarste Grauen, das je auf Erden herrschte, jederzeit wieder ereignen kann. Der innere Antrieb der Kritik ist negativ und verweigert sich schon deshalb jeder Praxis, die ein Ideal verwirklichen möchte, nenne dieses sich Kommunismus oder Diktatur des Proletariats.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund das Entstehen junger, sich als „rätekommunistisch" verstehender Gruppen [3], die - wie ehemalige antideutsche Kommunisten aus Berlin mehrfach lobend, wenn auch treffend und zeitgeisttypisch anmerkten - die „negative Fixierung auf die alte Welt" aufgegeben haben und deshalb ihre „Ablehnung der Gegenwart" nicht mehr nur über „einen Umweg über die nationalsozialistische Vergangenheit" ausdrücken [4], so sieht man in deren erneuter Hinwendung zum Proletariat nicht viel mehr als eine Verdrängungsleistung. Zwar betonen etwa die Freunde und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft, dass „erhebliche Teile des deutschen Proletariats in der Volksgemeinschaft" aufgegangen seien, aber das scheint für sie kein Widerspruch zu der Behauptung zu sein, das Proletariat kämpfe „bereits weltweit" für „seine Selbstaufhebung". [5] Unter Selbstaufhebung verstehen sie den revolutionären Akt der Abschaffung der Klassen, vernachlässigen aber ihre eigene Erkenntnis, dass die gegenwärtige eine klassenlose Klassengesellschaft ist und daher das Proletariat schon längst in einen bloß funktionalen Bestandteil des Kapitals verwandelt wurde. Es gibt kein Proletariat, das um seine Selbstaufhebung kämpfen würde, sondern nur Staatsbürger, die sich in der einen oder anderen Weise um das Wohl des Ganzen sorgen. Die Rätekommunisten ignorieren die Konsequenzen ihrer eigenen Erkenntnisse und setzen diesen ein trotziges „Na und?!" entgegen. Das Proletariat, das es noch nicht zum Klassenbewusstsein geschafft habe, weswegen es einer revolutionären Avantgarde bedürfe, die auf Streikversammlungen bei Opel eifrig Flugblätter und Belehrungen verteilt, sei nicht nur ein, sondern der Adressat revolutionärer Agitation. Die „weltweite Aneignung und Revolutionierung der Produktion des materiellen Lebens" hänge „in letzter Instanz" vom proletarischen Wissen ab. Dass eine solche Revolutionierung auch des nichtproletarischen - medizinischen, technischen und hoffentlich auch des künstlerischen - Wissens bedarf, bleibt im Interesse der Emanzipation festzuhalten.

Sichtbar wird hier, wie schnell aus einem intellektuell anspruchsvollen, keineswegs naiven Umschwenken auf die Praxis eine Rückkehr zu überwunden geglaubten Positionen werden kann, die die Geschichte verdrängt und auf Hoffnung stiftenden Begriffen fußt, die nichts als Illusionen sind. Die Praxis an der Seite des sich noch nicht selbst erkannt habenden Proletariats ist kein Ausweg aus der Sackgasse kritischer Theorie, sondern nur ein Versuch, sich billig aus der Affäre zu ziehen. Wenn die Realität nicht so läuft, wie ich das will, dann denke ich mir eben eine andere aus: Die Welt als Wille und Vorstellung. ■

Anmerkungen:

[1] Das utopische Bild einer vollends technisierten Welt, in der alle Arbeit von Maschinen besorgt wird, scheint mir erstens wenig realistisch und zweitens auch nicht besonders wünschenswert. Schließlich haftet diesem Bild wie fast jeder Utopie ein Moment der Entfremdung an: nicht Menschen bestimmen ihr Schicksal, sondern „mit eigenem Leben begabte" (Marx) Roboter.

[2] Nicht eben wenige Individuen wurden ihrer kapitalen Subjektivität beraubt, weil sie für den Verwertungsprozess überflüssig sind. Diese substituieren zumeist das Verlorene durch eine Subjektivität zweiter Klasse, als Mitgliedschaft in einer der vielen Banden. Die Zwänge des Kapitals schlagen dann voll durch, indem sie in unvermittelter Brutalität exekutiert werden: Raub, Mord und Totschlag als wiederkehrende Erinnerung an den sorgsam verdrängten Ursprung des Kapitals.

[3] Gemeint sind Gruppen mit Namen wie Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, La Banda Vaga oder K21.

[4] So Karl Rauschenbach und Kristian Majakowski in: *Phase 2*, Nr. 25/2007, bzw. Josef Swoboda und Gustav Trabe in: *Phase 2*, Nr. 16/2005.

[5] Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, *28 Thesen zur Klassengesellschaft*, in: *Kosmoprolet*, Nr. 1/2007, S. 14, 51.

Alain Badiou - Meisterdenker des Ausnahmezustandes

Krisenbewältigung als Lebensgefühl

NIKLAAS MACHUNSKY

Der akademische Betrieb lebt davon, neue Denker aufzuspüren. Nur so kann er sich immer wieder als innovativ darstellen, obgleich das vermeintlich Neue sich bei näherer Betrachtung als bereits Bekanntes in neuem Gewand entpuppt. Der ehemalige Vordenker des französischen Maoismus, Alain Badiou, der sich heute als Philosophieprofessor an der École Normale Superieur in Paris verdingt, wird in diesem Sinne derzeit in Deutschland „entdeckt". Seine Schriften werden sukzessive ins Deutsche übersetzt und die großen Zeitungen rezensieren seine Bücher. In der Zeit entfuhr einem Rezensenten, diese Lage kommentierend, ein „endlich" (Probst 2007). Im angloamerikanischen Raum ist die Rezeption schon weiter fortgeschritten. Badiou ist dort einer der meist übersetzten Gegenwartsphilosophen Frankreichs. (Pehrke 2007) Der Zeit Rezensent jedoch ahnt, dass Badiou in Deutschland ein ähnliches Schicksal verwehrt sein könnte. Nur ein halbes Jahr nach der euphorischen Rezension des Buches Das Jahrhundert sah sich die Zeit dann auch genötigt, präventiv eine Verteidigung Alain Badious von Slavoj Zizek abzudrucken. (Zizek 2007) Dazu später mehr.

Alain Badiou

Einbruch des Ereignisses in die Jetztzeit

Zunächst soll jedoch versucht werden, sich Badiou vom Zentrum seines Denkens zu nähern. Also von dem Punkt aus, von dem sich die Logik seiner Argumente erschließt. Das Zentrum des badiouschen Denkens bildet seine Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand, den er Ereignis nennt. Gegen die Statik des Alltags will er die unendliche Bewegung mit ihren Demonstrationen, Manifesten, Diskussionen und Revolten inaugurieren. Für ihn persönlich war es das Ereignis vom Mai 1968 in Paris, das ihn aus dem Trott des Alltags riss und ihn seitdem nicht mehr in diesen zurück finden hat lassen. Fast genau so wichtig wie das Ereignis selbst ist für ihn die Erfahrung, dass frühere Weggefährten sich vom Alltag wieder einfangen ließen. Die Verbitterung darüber klingt jedes Mal durch, wenn er über die Noveaux Philosophes spricht, die einen beständigen Bezugspunkt seines Denkens bilden. Er selbst kommt in seinen biographischen Vignetten im Zusammenhang mit den Noveaux Philosophes auf die zentrale Frage seiner Philosophie zu sprechen: „Wie ist es möglich, dass man sich zum Alltagstrott mit seiner notwendigen Opazität [Undurchsichtigkeit, N.M.] gesellt, und dass man diese Opazität - oder diese Resignation - gegen den anfänglichen Aufbruch, dessen Zeuge oder Urheber man war, wendet. Diese Frage sucht mich seit Jahren heim, und in gewisser Hinsicht mache ich philosophisch nichts anderes, als zu versuchen, darauf zu antworten." (2003a, S. 132f.) Weil Badiou den Sinneswandel seiner ehemaligen Genossen nicht nachvollziehen kann, hat er den Verrat am Ereignis in seiner Ethik konsequenterweise auch als eine der drei Formen des Bösen bestimmt.

Badiou ist Vertreter einer Philosophie der Tat. Wollte Sorel die Massen durch den Mythos vom Generalstreik zur Tat befähigen, nahm bei Carl Schmitt der Mythos der Nation diese Rolle ein. Badiou erweitert die Palette der möglichen Anlässe, in deren Namen die Massen zur Tat schreiten sollen, indem er den viel abstrakteren Begriff Ereignis wählt. Die Unbestimmtheit des Ereignisses ist programmatisch, denn Badiou versucht mit seiner Theorie eine Formalisierung aller Ereignisse zu erreichen. Bestimmt wird das Ereignis erst, wenn es eingetreten ist. Die Anhänger des Ereignisses werden diesem dann einen Namen geben, der ihnen als Schiboleth dient. Damit das Ereignis allerdings ein im Sinne von Badiou wahres Ereignis ist, muss es verschiedene Kriterien erfüllen: 1) Es muss die vorhergehende Situation negieren, 2) ein Subjekt konstituieren, 3) aus einer Leere entstanden sein, d.h. durch das Ereignis muss ein Mangel artikuliert werden, den die vorhergehende Situation nicht repräsentieren konnte und 4) muss das Subjekt, das dem Ereignis treu ist, universell sein, d.h. jeder muss an ihm teilhaben dürfen. (2002c)

Die Tat kommt bei Badiou erst nach dem Ereignis. Das Ereignis sei also nicht das Ergebnis einer bewussten Praxis, sondern gleiche einem passiv erlebten Naturereignis. Nicht zufällig wählt Badiou zur Beschreibung des Ereignisses eine Metapher aus dem Reich der Natur, nämlich den „Donnerschlag". (2002a, S. 35) Das Ereignis sei „vollkommen unkalkulierbar" - das, was eben geschieht. (2002a, S. 35f) Gerade diese Unkalkulierbarkeit sei es, die die bestehende Ordnung durchkreuze. Alle bestehenden Regeln und Gesetze würden durch das Ereignis hinfällig. Es sei ein Bruch im Bestehenden, durch den sich die Wahrheit eröffne. Oder wie Heidegger vielleicht sagen würde: Im Ereignis lichtet sich das Sein, worin die Ek-sistenz des Subjekts gründet. Mit dem Ereignis ist laut Badiou der Ruf verbunden, sich auf den Weg des Ereignisses zu machen und das Sein in der Welt zu realisieren. Weil das Ereignis geschehe oder auch nicht, seien historische Entwicklungen Nebensache. In ihrer Geschichtslosigkeit, dem Einbruch des Ereignisses in die stillgestellte Jetztzeit, ähneln sie der Krise im entwickelten Kapitalismus. Denn eine solche Krise ist nicht das Ergebnis einer bewussten, im Hinblick auf den Kommunismus praktischen Kritik der Verhältnisse, sondern Demonstration der menschlichen Ohnmacht, zu der man sich im Nachhinein bekennen soll. Das Schicksal müsse gewollt werden. Die „Politik der Wahrheit" ist Affirmation dessen, was sowieso ist, und dadurch Zementierung der eigenen Ohnmacht, die als Allmacht phantasiert wird und deshalb in Raserei umschlägt. In seiner Theorie des Gebrauchswerts führt Wolfgang Pohrt die Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand auf die Trostlosigkeit des Daseins unter den Bedingungen des Kapitals zurück. Obwohl ein ungeheurer Reichtum geschaffen wurde, sei das Leben noch nie so restlos auf die elementaren Bedürfnisse reduziert worden wie heute. Im Ausnahmezustand erhoffe der Bürger seine trostlose und gleichförmige Existenz zu durchbrechen, um endlich mal wieder was zu erzählen zu haben. (Pohrt 1995, S. 49f) Man braucht sich nur an die plötzlich wie aus dem Nichts entstandene Volksgemeinschaft während des „Jahrhunderthochwassers" im Sommer 2002 zu erinnern, in der die Ostdeutschen aus ihrer Not eine Tugend machten und das Elend als Gemeinschaft stiftendes Event feierten, um die Richtigkeit der These einzusehen. Die Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand ist das dumpfe Bewusstsein davon, dass das Leben unter den Bedingungen des Kapitals nicht lebt. Sie ist das Begehren, auszubrechen, sich von allen Zwängen zu befreien, mal richtig die Sau raus zu lassen und es denen da oben zu zeigen. [1]

Badiou stimmt mit Carl Schmitt, dem Theoretiker des Ausnahmezustandes, darin über ein, dass das wirkliche Leben sich aus dem Alltag erst heraus winden muss. „In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik" (Schmitt 2004, S. 21) Im Ausnahmezustand will der Bürger etwas geboten bekommen. Als Beweis dafür, dass sich in ihm das eigentlich reale und wirkliche Leben zuträgt, muss sich das entrollende Schauspiel episch zutragen. Qualen, Leid, Blut und Tod sind dem von Leidenschaft ergriffenen Bürger, der nicht mehr Bürger sein will, Garant für die Wirklichkeit des Dargebotenen. Daher ist das Pogrom der authentische Ausdruck jeder Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand. Jegliches Massenspektakel, sei es im Fußballstadion, auf dem Oktoberfest oder im Karneval, trägt deshalb unverkennbar Züge des Pogroms, die sich allerdings zumeist nur am Rande - von der Öffentlichkeit ignorant hingenommen - in Gewaltexzessen austoben. Um zu beweisen, dass er es wirklich ernst meint, darf der Bürger jedoch nicht nur zuschauen, sondern muss sich selbst hingeben - unter Umständen sogar bis zur Selbstaufgabe. Im von Badiou so gehassten Alltag geben sich jedoch glücklicherweise die meisten Bürger mit der Simulation des Ausnahmezustandes im Kino zufrieden, oder wollen die Möglichkeit des katastrophalen Einbruchs des Ausnahmezustandes in ihr Leben lieber ganz verdrängen. Diesen in der Jetztzeit Verharrenden gilt die Verachtung von Schmitt und Badiou.

Schmitt warf dem Liberalismus vor, er würde den Kern des Politischen verfehlen, weil es ihm an einer spezifisch politischen Idee mangele, in dessen Namen vom Individuum ein Opfer verlangt werden könne. (Schmitt 2002, S. 69) Badiou erhebt den gleichen Vorwurf: „But most of all, Westerners in general, and the French in particular, are afraid of death. They can no longer even imagine that an idea is something worth taking risks for." (2006b, S. 109) Der Westen gilt beiden als durch eine dekadente Kultur verweichlicht. Statt um ihre Existenz zu kämpfen, vergnügten sich die Westler mit den Waren der Unterhaltungsindustrie. Hoffnung vermögen da nur noch die schlecht situierten und unorganisierten Massen zu wecken. Im Vorwurf der Dekadenz und der Kritik des Materialismus haben die Feinde des Kommunismus - seien es rechte oder linke, Nazis oder Maoisten - schon immer übereingestimmt. Es geht ihnen nicht um die Veralgemeinerung des Wohlstandes, sondern um Askese und Zucht, um im unmittelbaren Kampf die durch Verzicht erworbene Brutalität ganz entfesseln zu

können. Denn der Ausnahmezustand ist auch ein Bürgerkrieg. In ihm wird manifest, was im normalen Verlauf des Alltags nur virulent war. Die allseitige Konkurrenz wird von allen Regeln befreit und als offener Kampf ausgefochten. Es wird kein Mehrprodukt durch den gewinnbringenden Einsatz der Ware Arbeitskraft mehr erwirtschaftet, sondern als Beute gewaltsam angeeignet. Der Mehrwert wird als Kuchen vorgestellt, von dem sich der Bürger nun endlich auch ein Stück abschneiden will. In der Krise ist die Zeit für ihn gekommen. In ihr entlädt sich das Amalgam aus Sehnsucht nach dem vermeintlich ganz Anderen und der Angst vor der Deklassierung in einem Donnerschlag.

Bei Badiou bildet die Zeit ein leeres Kontinuum, aus dem die Ereignisse der Vergangenheit wie Vulkanspitzen aus dem Meer herausragen. „The fact that events belong to history signifies only that they can be located in arregements of before and after. Those arrengements offer no reason to argue that they constitute a history." (1994) Geschichte im Sinne einer Dialektik von Mensch und Natur kann es folglich nicht geben. Nur eine Geschichtlichkeit, die das Ereignis begründet, lässt Badiou noch gelten. (2005a, S. 202) Schließlich lässt sich ja auch das rauschende Fest in verschiedene Phasen einteilen. Badiou weiß, dass jedes Ereignis an sein Ende kommt, dass sich sein Potential erschöpft. (2003b, S. 138) Er wünscht hingegen, es könne immer weiter gehen. Stets lauert er auf das nächste Ereignis, das hinter der nächsten Häuserecke auftauchen könnte. Man muss es nur zu erkennen wissen.

Bei Carl Schmitt entschied der Souverän über den Ausnahmezustand. (Schmitt 2004, S. 13) Diese Stelle bleibt bei Badiou vakant. Das Wunder, das der Ausnahmezustand auch ist, geschieht bei Badiou nicht durch den Eingriff des Stellvertreters Gottes auf Erden, sondern rein zufällig. (2005, S. 245) Das Wunder des Ereignisses ist vollkommen unvermittelt und nicht das Ergebnis einer Tat. [2] Das Ereignis ist ein Effekt ohne Ursache. Das heißt aber nicht, Badiou kenne keinen Souverän. Das Wesen der Souveränität ist - auch materialistisch bestimmt - die Entscheidung über Leben und Tod. (Schmitt 2002, S. 46) Badious Souverän ist weder staatlich noch an eine Partei gebunden; Badiou nennt seinen Souverän schlicht Treue. Die Treue bilde eine institutionelle „Gegen-Verfassung", die eine funktionale Verbindung zum Ereignis herstelle (2005, S. 263f). Badious Politikvorstellung ist daher antistaatlich und im Unterschied zu Schmitt gegen ein substanzielles Denken von Kollektivität gerichtet. Seine Vorstellung von Subjektivität, die er dem Staat und der „Ontologie des Kollektivs" entgegenstellt, ist deshalb aber nicht weniger kollektivistisch. Das Subjekt der Politik sei dennoch ein kollektives - eben ein Gegenkollektiv. (2005, S. 439)

Treue zur Wahrheit als Opfertod

Doch wie hat man sich diese Treue vorzustellen und wie ist ihr Verhältnis zum einzelnen Individuum? Einzelnen Menschen, die Badiou auch „Jemande" (2003a, S. 66) oder „Vielfache-Singularitäten" nennt, stoße das Wunder des Ereignisses zu, in dem sich eine Wahrheit offenbare. [3] Vor der Begegnung mit dem Wahrheitsereignis seien die „Jemande" nur menschliche Tiere und als solche dem Tode geweiht. Entschieden sie sich jedoch für die Wahrheit und blieben ihr treu, setzten sie einen Wahrheitsprozess in Bewegung, der die Wahrheit wirklich werden lasse. „Man nennt ‚Wahrheit' (eine Wahrheit) den wirklichen Prozess der Treue zu einem Ereignis. Das was diese Treue in der Situation hervorbringt." (2003a, S. 63) Durch diese Treue zum Ereignis würden die einzelnen menschlichen Tiere zu einem Teil eines Wahrheitssubjekts komponiert. Die Treue ist Badiou also nicht nur ein individuelles Verhalten, sondern vor allem etwas nichtindividuelles. Sie stelle eine Ganzheit dar, die den Menschen reorganisiere. Erst als Teil dieses kollektiven Subjekts Treue würden die menschlichen Zweifüßler zu wirklichen Menschen und damit unsterblich. (2003a, S. 23). Und es sei diese Unsterblichkeit, die ihm die „Souveränität über die Kontingenz des Leidens und des Todes" (Ebd.) verleihe. Denn dieses kollektive Wahrheitssubjekt habe „keinerlei ‚natürliche' Präexistenz". (2003a, S. 65) Badiou stellt seine Theorie des unsterblichen Menschen einer „Ethik des Opfers" entgegen, deren Anliegen es ist, die körperliche Unversehrtheit des Menschen zu schützen. [4] Diese Ethik schreibe den Menschen in seiner tierischen Existenz fest. Und genau dieses menschliche Tier sei verächtlich. Der nicht-menschliche Mensch „ist in Wirklichkeit verächtlich, und man wird ihn verachten." (2003a, S. 24) Darin klingt eine Drohung an: so wie es unter lumpenproletarischen Jugendlichen gängig ist, Schwächere als „Opfer" zu beschimpfen, um die so benannten im nächsten Moment auch zu solchen zu machen. Damit man Mensch wird, muss man Täter werden. An die Stelle des Victims (passiv) soll das Sacrifice (aktiv) treten.

Auch Marx spricht vom Menschen als einem verächtlichen Wesen, doch bei ihm ist diese Aussage an den Imperativ gebunden, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." (K. Marx 1956, S. 385) Bei Marx sind es die Verhältnisse, die den Menschen verächtlich machen, bei Badiou ist es dessen Passivität, aus der sich ein jeder selbst befreien kann, immer und überall. Er muss sich nur zum Ereignis bekennen. Es kommt Badiou nicht darauf an, die Verhältnisse abzuschaffen, die den Menschen zu einem verächtlichen Wesen machen, sondern die menschlichen Tiere sollen zur selbstlosen Tat mobilisiert werden. In der disziplinierten und treuen Hingabe an ein beliebiges Ereignis erfülle sich ihr Schick-sal, werde aus dem Tier ein Mensch. Die Analyse der Verhältnisse bleibt bei einer moralischen Empörung stehen, d.h. genau da, wo die kritische Reflexion einzusetzen hätte, bei der Frage nach dem Warum.

Seinen ihm entsprechenden Ausdruck findet das kollektive Subjekt im Opfertod des Kämpfers für die Wahrheit. Besonders deutlich wird dies, wenn Badiou über das Weibliche spricht. „Wenn es [das Weibliche, N.M.] aufhört, die häusliche Organisation der Sicherheit und der Furcht zu sein, ist das Weibliche

dasjenige, was in der Verabschiedung der Feigheit am weitesten geht. Darum gedenke ich hier Ulrike Meinhofs, einer deutschen Revolutionärin der Roten Armee Fraktion, die sich im Gefängnis umgebracht hat". (2006a, S. 156) Schmerzen und Grausamkeiten, sowohl die selbst erfahrenen als auch die zugefügten, stellten nur für das menschliche Tier ein Problem dar, als Teil des Kollektivs sei der Mensch jedoch ein geistiges Wesen ohne Schmerz. Indem sich der Einzelne in den kollektiven Körper einfüge, würden die Schmerzen und die Wunden, die man ihm zufügt, zu einem vernachlässigbaren Moment. „Die Wunde bezeugt, daß ein Körper dem Realen ausgesetzt war. Wenn die Kämpfer für eine Wahrheit die Grausamkeit akzeptieren, dann im Grunde, weil das Wir-Subjekt als ein Körper vorgestellt wird, der fühllos, weil ewig ist. Die Empfindlichkeit gegen Gewalt ist lediglich die individuelle Komponente eines unsterblichen ‚Wir'. [...] Die Grausamkeit ist demnach kein Problem, sondern ein Moment, ist der Moment der paradoxen Verbindung von leidendem und fühllosem Körper." (2006a, S. 145) Individuelle Gefühle, insbesondere aber die Angst, haben in der Politik der Wahrheit keinen Platz. Die Angst zu überwinden, sie als nichtig von sich zu weisen, ist für Badiou die Grundbedingung dafür, Teil des Kollektivs zu werden: „Die erste Geste, die zur kollektiven Eingliederung und zur schöpferischen Transzendenz führt, ist die, keine Angst mehr zu haben." (2006a, S. 154) Wer seine Angst und seine Bedürfnisse nicht verleugnen mag, wird von ihm als Feigling denunziert. (Ebd.) [5]

Wie ist diese Konzeption des unsterblichen Menschen als Teil des ‚Wir' zu verstehen? Existieren die Menschen nicht mehr als leibliche, sobald sie Teil des kollektiven Subjekts geworden sind? Badious Antwort spaltet den Menschen auf. Er sei einerseits ein sterbliches Tier, andererseits ein unsterblicher Mensch. „Der ‚Jemand', der als Zeuge dessen aufgefasst wird, dass er als Stützpunkt zum Prozess einer Wahrheit gehört, ist zugleich er selbst, nichts anderes als er selbst, eine vielfache Singularität, die unter allen ausgemacht werden kann, und im Verhältnis zu sich selbst im Überschuss, weil die zufällige Spur der Treue durch ihn hindurchgeht, seinen singulären Körper erstarren lässt und ihn, vom Inneren selbst der Zeit her, in einen Augenblick der Ewigkeit einschreibt." (2003a, S. 66) Damit der menschliche Körper den unsterblichen Menschen nicht dabei störe, ein Stützpunkt des Wahrheitsprozesses zu sein, müsse er diesen überschreiten; dann erreiche er als Über-Mensch Konsistenz. Dass es für den animalischen Mensch ziemlich schwer ist, ein derartiger Übermensch zu sein, weiß Badiou. Es geht schließlich um nicht weniger als darum, seinen Körper zu verleugnen. Folglich löst Badiou - wie einige östliche Meditationspraktiken - den Menschen in interesselosen Geist auf. Die Formel dafür lautet: „einer Treue treu zu sein" (2003a, S. 69). Der Weg dahin ist das „selbstlose Interesse" (2003a, S. 70) bzw. der Verzicht. In dem Kapitel Askese? seines Ethikbuches versucht Badiou, auf die Frage, ob Verzicht für die Treue zur Treue nötig ist, eine Antwort zu finden, die sich nicht gleich als Tugendterror und Mönchsleben desavouiert. Verzichten, lautet die Lösung, könne der Mensch nur im tierischen Status seines Seins. Sei er allerdings erstmal von der Wahrheit in Besitz genommen, gebe es keinen Verzicht mehr, „denn diese Besitznahme zeigt sich durch unvergleichbare Intensität der Existenz" (2003a, S. 75) - und das sollte doch genug Lohn für die Entbehrungen sein, die ein Unsterblicher auf sich nehmen muss. Aber irgendwie ist die Antwort dennoch unbefriedigend, denn der tierische Mensch geht ja als „Material" in das Subjekt mit ein. Diesem Tier gilt Badious Zuruf, der die Quintessenz seiner Wahrheitsethik darstellt: „Weitermachen!" (Ebd.). Genau das kann aber dem Übermenschen durch die Gesellschaft schon mal verleidet werden. Ihr gegenüber tritt er nämlich als kauziger Asozialer auf, was unangenehme Konsequenzen zur Folge haben könne. „Es handelt sich hier weniger um Repression (obgleich es diese natürlich gibt und extreme Formen annehmen kann) als um eine unüberwindliche, recht eigentlich ontologische, Disharmonie zwischen der nach-ereignishaften Treue und dem normalen Verlauf der Dinge, zwischen Wahrheit und Wissen." (2003a, S. 76)

Der „Jemand" ist allerdings ambivalent konzipiert. Denn ist er zum Übermensch geworden, muss er sich ja laut Badiou zuvor als „Jemand" für die Wahrheit entschieden haben. Sein Interesse sei ein Interesse am „Desinteressierten-Interesse" (2003a, S. 77), denn nur als verleugnetes Interesse führe das Interesse zum gewünschten Ergebnis. Als Interesse an materiellen Dingen verweise es stets auf die Gefahr, „eine politische Linie zu verraten, weil sich das Ausruhen im ‚Dienst an den Gütern' (‚service des biens') anbietet". (2003a, S. 77) Der Übermensch müsse also seinen Körper und seine individuellen Bedürfnisse verleugnen, d.h. letztlich bereit sein, sich zu opfern. „Von einem immanenten Bruch erschüttert, ist das Überlebensprinzip des menschlichen Tieres - sein Interesse - durcheinander geraten. Sagen wir also, dass das Gute, wenn man darunter versteht, dass jemand in die Komposition eines Wahrheitssubjekts Einzug halten kann, recht eigentlich die innere Norm einer längeren Desorganisation des Lebens ist." (2003a, S. 82f.) Wer unsterblich sein wolle, müsse sich desorganisieren, d. h. sterben wollen!

Nur sofern der tierische Mensch das Über-sich-hinausgehende als das „Begehren seiner selbst" begehre, werde er unsterblich. (2003a, S. 71; 78) Dieses Begehren dessen, was nicht ist, besagt nichts anderes als dass sich der Einzelne frei zum Tode entschließen soll. Die Natur wird von Badiou dem Seienden zugeschlagen und damit als Objekt der Mathematik ad acta gelegt. Weil das wirkliche Sein erst das kommende sei, müsse der Mensch, sofern er ein Unsterblicher sein will, mit diesem Seienden, also mit seiner Natur brechen. Die Maxime von Badious Ethik lautet deshalb: „Ergreife in deinem Sein, was dich ergriffen und gebrochen hat." (2003a, S. 69) Hierin erweist er sich als Schüler Lacans. Mit ihm weiß er, dass „es eine sexuelle Beziehung nicht gibt" und das Subjekt keine Natur hat. (2006a, S. 99; 2003a, S. 16) Der Mensch im Sinne Badious ist ein Geist ohne jeden Bezug zu einem Objekt. Und weil dieser Mangel an Beziehung als das eigentliche Sein gefeiert wird, ist ihm der Tod nur die Vollendung dieses Seins. Der Tod sei das subjektiv Reale oder anders gesagt, der

Tod realisiere das Subjekt. Individuelle Subjekte gibt es in dieser Vorstellung folglich nicht. Das individuelle Ich wird von Lacan, und in dessen Nachfolge von Badiou, als Imagination dekonstruiert und durch Exzentrierung in die ihm zu Grunde liegende Struktur aufgelöst. Diese Struktur heißt bei Badiou Wahrheit und ist das eigentliche Subjekt. Die Individuen seien nur die Medien, durch die sich die Wahrheit äußere, auf die es aber nicht ankomme: „Lacan hat hier Klarheit geschaffen, indem er gezeigt hat, daß das Ich (Moi) eine imaginäre Konstruktion ist. Das reale System der Triebe ist in dieser Konstruktion nur lesbar durch den Parcours von Exzentrierung und Transformationen aller Art. Das Wort ‚unbewußt' bezeichnet eben jene Gesamtheit von Operationen, die bewirkt, daß das Reale eines Subjekts nur in der intimen und imaginären Konstruktion des Ich (Moi) bewusst zugänglich ist. In diesem Sinn ist die Psychologie des Bewusstseins eine persönliche Ideologie, ist das, was Lacan den ‚individuellen Mythos des Neurotikers' nennt." (2006a, S. 64)

Unsterblichkeit als Belohnung für das Opfer

Was bei Lacan noch individualpsychologische Einübung in das Opfer war, wird bei Badiou in Bezug auf eine kollektive Praxis radikalisiert. Der Tod und die Qualen seien die Bedingung dafür, dass das Individuum seines imaginären Status inne wird und sich dem kollektiven Subjekt unterordnet. „Die Idee kann sich nur in einem ‚Wir' verkörpern, aber das ‚ich' erreicht seine Auflösung nur im bewussten, ja erwünschten, Risiko der Marter." (2006a, S. 144) Die Transzendenz der Unsterblichkeit, die als Belohnung für das Opfer aussteht, soll im Gegensatz zur religiösen eine immanente sein. Nicht für das Jenseits soll man sich hingeben, sondern für eine diesseitige Unsterblichkeit, von der Badiou eingestandener Maßen auch nicht weiß, wie sie aussehen soll. Doch er hat ein Modell dieser vermeintlich immanenten Unsterblichkeit: den Unbekannten Soldaten. In seinem Vortrag über die Figur des Soldaten sagte er dazu: „You know that in Paris, under the Arc de Triomphe, there is a perpetual flame, which celebrates the Unknown Soldier. It is the very essence of the symbolic figure of the soldier to be unknown. The fundamental dimension of the figure of the soldier is precisely the dialectical unity between courageous death and immortality, without reference either to a personal soul or to a God. It is democratic glory, which creates something immortal with the collective anonymous courage. We can speak here of an immanent immortality." (2007a) Der Soldat, wie er aus der französischen Revolution hervorgegangen ist, komme der gesuchten heroischen Figur der Unsterblichkeit schon ziemlich nah. Sie schaffe eine disjunktionslose Beziehung von Sterblichkeit und Unsterblichkeit. Die Unsterblichkeit bleibe auf die Immanenz, nämlich die demokratische Gemeinschaft und deren Erinnerung, bezogen. Der Soldat stirbt aber nicht als Fritz Meier, sondern als uniformiertes Exemplar der demokratischen Nation. Was ihn von den anderen unterscheidet, was ihn als Individuum ausmacht, zählt nichts. Was an ihm weiterlebt ist beliebig, weil abstrakt allgemein. Nur in der Form des Namenlosen wird seiner gedacht. Es ist genau dies, was Badiou an der symbolischen Figur des Soldaten schätzt. „Finally we can say that the soldier is a metaphor, which contains three fundamental features of the human being when he or her is seized by Truth. First, it is an example for everybody, it is a universal address; second it is an example of what can be done by somebody, when it is thought that nothing is possible; it is the creation of new possibility; third, it is an example of what is immortal, or eternal, in an action which is devoted to true Idea. It is creation of an immanent immortality." (Ebd.)

Die Allgemeinheit des menschlichen Seins bestehe also im Absehen von jeglicher Besonderheit. Nur vor dem Tod seien alle Menschen gleich. Der kapitale Ursprung dieses barbarischen Programms ist nur zu offensichtlich: Wenn das Individuum im Kapitalismus nichts weiter ist als ein Arbeitskraftbehälter, die Hülle, in der die Ware steckt, die mit allen anderen Waren kommensurabel sein muss, dann geht seine „Materialität", seine Individualität zwar in die Ware mit ein und ist dessen unhintergehbare Voraussetzung. Zugleich ist der Gebrauchswert der reinen Bewegung des Werts lästig, stört seine Reibungslosigkeit immer wieder durch die Heraufbeschwörung von Krisen. Der Wert tendiert dazu, den Gebrauchswert zu nichten, kann jedoch nie ganz von ihm lassen. Er verlangt in Zeiten der Krise, in denen die Profitrate nicht durch bloße Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, sondern durch Raub und Mord gesteigert wird, das Opfer des Gebrauchswertes, der auf ein für die Akkumulation von Mehrwert zureichendes Maß reduziert werden muss. Menschen wie Dinge werden in großem Ausmaß vernichtet, um die Einheit des Ganzen zu erhalten. Indem die Menschen sich von ihrer tierischen Substanz gelöst und der Wahrheit zugewandt haben, erlangten sie Unsterblichkeit als Bestandteil der unendlichen Bewegung des Werts. Im „Sein zum Tode" realisiert sich der wirkliche Mensch. „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod" ist der Schlachtruf des „Neuen Menschen" der die Möglichkeiten des menschlichen Tieres realisiert. Die, die diesen Ruf heute herausschreien, haben noch nicht begriffen, dass sie sich nicht auf das Leben nach dem Tod, sondern auf das Angedenken ihrer Kameraden freuen sollten: „We must create new symbolic forms for our collective actions. Probably not in the context of the global negation and final war, but in the context of local affimation and endless conflicts. We must find a new sun, in other words, a new mental country. As Stevens says: ‚The sun is the country wherever he is.'"(Ebd.) Was hier affirmiert wird, ist der permanente und weltweite Partisanenkrieg. Dieser Krieg kann allerdings nicht mehr im Namen des „Vaterlandes aller Werktätigen" geführt werden, sondern nur noch im Bewusstsein eines vorgestellten neuen Landes.

Gegen den dekadenten Westen

Alain Badious Weltanschauung ist für einen Philosophen überraschend unkompliziert. Es gibt die bösen Reichen

und die von diesen unterdrückten Armen. Diese Zweiteilung kann wegen ihrer Abstraktheit an jede beliebige Situation angepasst werden. Auf der internationalen Ebene ist es dann der dekadente Westen und die arme „Dritte Welt". Der Schuldige steht von Anfang an fest. Die Ereignisse vom 11. September 2001 vor Augen, erklärt Badiou, dass die Ursache dafür in der Verzweiflung und der Gewalt liege, die vor allem die amerikanische Regierung zu verschulden habe. (2001) Reagieren die Westler auf die Bedrohung durch den Terrorismus mit Angst, weiß Badiou diese wie folgt zu erklären: „Why are they [the Westerners, N.M.] frightend? Because they are guilty, but claim to be innocent. They are guilty of having renounced and tried to dismantle every politics of emancipation, every revolutionary form of reason, every true assertion of something other than what is. Guilty of clinging to their miserable privilegs." (2006b, S. 109) Selbstverständlich distanziert sich Badiou von den Selbstmordattentaten der Al Qaeda, aber vor allem deshalb, weil Bin Laden eine Kreatur der USA sei und er nicht an die Aufrichtigkeit seiner Ideen glauben könne. (Ebd.) Seine Verehrung für das politische Opfer bringt ihn aber zwangsläufig in die Nähe des radikalen Islam, der gegenwärtig wirkungsmächtigsten Ideologie des Selbstopfers. Es ist deshalb kein Wunder, das er eine Verteidigungsschrift des islamischen Kopftuchs schrieb, stimmt er doch mit der dem Kopftuch zu Grunde liegenden Vorstellung vom dekadenten Westen vollkommen überein. In dieser Verteidigung vergleicht Badiou das Kopftuch mit Miniröcken, um die Kritik am Kopftuch lächerlich zu machen. Chahdortt Djavann hat darauf geantwortet, dass, wer „den Schleier als einen Spleen von Teenies" ansehe, „gar nichts verstanden" habe (Djavann 2005, S. 12). [6] Es steht jedoch zu befürchten, dass Badiou sehr wohl verstanden hat. In dem Interview, in dem Badiou die USA für die Massaker vom 11. September verantwortlich macht, ergänzt er: „The ethics of Truth that I propose proceeds from concrete situations, rather than from abstract right, or a spectacular Evil. The whole world understands these situations, and the whole world can act in a desinterested fashion prompted by the injustice of these situations." (2001) Badiou spricht hier seine Hoffnung aus, es möge den Amerikanern in einer großen selbstlosen Aktion der Verzweifelten der Prozess gemacht werden. In den Massakern des 11. Septembers sieht er den Vorboten, auf dessen Signalwirkung er hofft.

In einem im Februar 2007 gehaltenen Vortrag geht er auf die Kriege ein, die den Attacken vom 11. September folgten, und interpretiert die Gegenwart an Hand des Gedichts Victory von Pasolini. Verzweiflung und fehlgeleitete Gewalt sind dessen zentrales Thema. Das Gedicht beschreibt die Situation kommunistischer Widerstandskämpfer kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in den Bergen Italiens. Von der Parteiführung im Stich gelassen, verzweifeln sie und werden von einer Zerstörungswut ergriffen, die keine Grenzen kennt. Die Parteiführung ergeht sich während dessen in realpolitischen Prozeduren zur demokratischen Gestaltung der Nachkriegszeit und macht dabei gemeinsame Sache mit ihren vorherigen Gegnern. Die Widerstandskämpfer wurden also von denjenigen Kräften in der Partei im Stich gelassen, die sich nun der Gewalt enthielten, um als seriöse Politiker Realpolitik betreiben zu können. Badiou zieht aus dem Gedicht die folgende Lehre für heute: „We are in the situation where destruction being supressed, the substraction itself, the opposition, if you want, becomes complicity. [...] So, if the young dead of the last war could see the present political situation they would not agree with this complicity. Finally, they cannot accept their political fathers, the leaders of Communist Party. And they become by necessity barbarian and nihilistic people, exactly like the young unemployed of the suburbs." (2007b) Die Moral von der Geschichte sei die, dass die Väter sich niemals der Jugend entziehen dürften, sondern diese in ihrer Zerstörungswut anzuleiten hätten. Der Clou der ganzen Interpretation des Gedichts von Pasolini ist allerdings die Identifizierung der Väter mit der demokratischen Opposition gegen Bush. Weil diese die Söhne ohne Orientierung sich selbst überließe und auf die Zerstörung verzichte, d.h. keine militante Politik gegen den Krieg von Georg W. Bush führe, verzweifelten die Söhne. „But contemporary leaders abandon them. So they have only the destructive part of negation." Das Erstaunliche ist, dass diese demokratischen Politiker von Badiou auch verantwortlich für die terroristischen Märtyrer gemacht werden. Denn auch sie seien verzweifelt. „That is why he [Pasolini, N.M.] creates a political equivalence between Desperation (the nihilistic consequence of false negation), Anarchy (the purely destructive political version) and ‚free love of Holiness', which is the religious context of terrorism, with the figure of the martyr. This equivalence is certainly clearer today than it was fourty years ago, when Pasolini wrote Victory." Der Hass und die Gewalt seien an sich schon in Ordnung, beides müsse nur in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Es bedürfe eines weisen Vaters, als der sich hier wohl Badiou selbst anbietet, um der vom revolutionären Pfad abgekommenen Jugend den Weg zu leuchten und um, wäre hier zu ergänzen, die islamischen Selbstmordattentäter von ihrer falschen Vorstellung, die jenseitige Unsterblichkeit betreffend, zu kurieren.

Paulus als Widersacher des Partikularen

Wie es sich für einen ordentlichen Weisen gehört, der als Licht der Weisheit anerkannt werden will, braucht Badiou die religiöse Aura, um seinen Zauber aufzuführen. Badiou stellt sich folglich als Nachfolger des Apostel Paulus dar, den er in seiner Abhandlung über ihn vor allem als revolutionären Vertreter eines Universalismus darstellt, wie er in dem Vers „Es ist hier kein Unterschied zwischen Juden und Griechen" (Röm. 10, 12) zum Ausdruck kommt. „Die unerhörte Geste des Paulus ist die, die Wahrheit jedem kommunitären Zugriff zu entziehen, mag es sich um ein Volk, eine Stadt, ein Reich, ein Territorium oder eine soziale Klasse handeln." (2002a, S. 13) Als getreuer Schüler Pauli begibt sich Badiou auf dessen Weg und reproduziert, ganz nebenbei und womöglich sogar ungewollt, dessen Antisemitismus. Denn Paulus ist nicht nur der Universalist, als den er ihn darstellt, sondern auch Antisemit.

Diesen Aspekt der Botschaft Pauli nimmt Badiou nicht in den Blick, weil er ihn nur in der Abgrenzung zu den Juden und den Griechen, nicht aber auch in seiner Bewegung hin zu den Römern beschreibt. Laut Badiou ist für den christlichen Antisemitismus vor allem die Schilderung der Blutigkeit des Ereignisses (der Kreuzigung) verantwortlich, die bei Paulus nicht vorkommt. Maccoby jedoch hat gezeigt, dass es gerade Paulus war, der für den christlichen Antisemitismus die Grundlage bereitete. Von besonderer Wichtigkeit hierbei ist, und darin besteht ja gerade der Kern des christlichen Glaubens, die Opferung und die Auferstehung Christi. Maccoby hat dargestellt, wie Paulus durch die Erfindung der „Fabel" (Badiou) von der Auferstehung Elemente orientalischer Mysterienreligionen in den jüdischen Glauben einbrachte, die dieser längst überwunden hatte. Die Inversion des Menschenopfers und die Weigerung der Juden, an die Heil bringende Kraft dieses Opfers zu glauben, bringt sie in Konfrontation zu den Christen und insbesondere zu Paulus, dem Erfinder des Christentums. Weil bei Paulus an der Tötung Christi nicht die Römer verantwortlich sein durften - denn er wollte die Botschaft von der Auferstehung Christi ja gerade unter ihnen verbreiten -, mussten die Juden für die Tat verantwortlich gemacht werden. Es sind laut christlicher Glaubenslehre die Juden, die Christus verraten, seinen Tod verlangen und an seiner statt Barabbas [7] begnadigt sehen wollen, während Pilatus seine Hände in Unschuld wäscht. Maccoby hat in seiner Studie gezeigt, dass der Henker eine ambivalente Figur ist. Zum einen nimmt er die Schuld auf sich, einen Unschuldigen umzubringen, zum anderen führt er nur den Willen aller aus. Er begeht eine Tat, von der die Gemeinschaft sich ihr Heil erhofft. Der Henker wird dadurch selbst zu einer heiligen Figur. Die Christen, unfähig mit der Ambivalenz der von ihnen selbst begehrten Tat umzugehen, verschieben die Schuld auf das Kollektiv der Juden und sprechen sich so von jeder Verantwortung frei. Ihre Mitschuld oder Verantwortung liegt darin, Christi Tod gewollt zu haben, denn Jesus ist ja für ihre Sünden gestorben. Realiter war Jesus wahrscheinlich ein jüdischer Rebell, der gegen die Römer kämpfte und deshalb von ihnen, wie so viele andere auch, hingerichtet wurde.

Ist im jüdischen Glauben der Satan ein Diener Gottes und sind die satanischen Kräfte Geißeln Gottes, die, nachdem sie sein Werk, die Juden zu bestrafen, getan haben, wieder von der Bildfläche verschwinden, gewinnt der Teufel im Christentum eine quasi selbstständige Rolle als Gegenspieler Gottes und Fürst dieser Welt. Das Christentum folgt hierin der gnostischen Vorstellung von der Dualität der Kräfte, denen des Lichts und denen der Dunkelheit. Paulus bringt also sowohl den Glauben an die erlösende Kraft des Opfers aus den Mysterienkulten als auch Elemente des Gnostizismus in den

Universalismus gegen die Juden: Paulus

christlichen Glauben ein. „Es war Paulus, der die Gestalt Jesu von ihrem jüdischen Hintergrund löste und sie in den Mittelpunkt eines Erlösungskultes nach dem Modell der Mysterienkulte von Attis, Adonis und Osiris stellte. Passend dazu legte Paulus ein neues Prinzip fest, nämlich ‚Alle Obrigkeit ist von Gott' (Röm 13,1), und wusch damit das Römische Reich rein von der Gleichsetzung mit der Macht Satans, und da die Stelle des Satanshelfers nun vakant war, besetzte er sie mit der führenden anti-römischen Kraft seiner Zeit, den leidenschaftlich nationalistischen und ständig rebellierenden Juden. Paulus nutzt auch den mystischen Antisemitismus, der in Verbindung mit dem Gnostizismus auftrat, welcher einerseits die Juden mit den Mächten des Bösen gleichsetzte, die vorgeblich diese Welt in ihren Klauen hielten, andererseits aber gleichzeitig die jüdischen heiligen Schriften als Quelle für anti-jüdische Ideologie nutzten". (Maccoby 1999, S. 218) Wie weit die Verteufelung der Juden bei Paulus ging, lässt sich seinem Brief an die Thessalonikier entnehmen, den übrigens auch Badiou als authentischen Paulusbrief anerkennt (2002a, S. 37). „Diese [die Juden, N.M.] haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie missfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll. Aber der ganze Zorn ist schon über sie gekommen." (1 Thess 2,15-16) Die Zerstörung des Tempels und die Vertreibung der Juden werden hier als Gottes gerechte Strafe für die von ihnen begangenen Sünden dargestellt. Aber ihre Sünden lägen nicht nur in der Vergangenheit, denn die Juden begingen sie unablässig. Doch Badiou leugnet schlicht, dass Paulus auch nur irgendetwas antisemitisches geschrieben habe. Der Vorwurf des Gottesmordes sei „bei Paulus vollkommen abwesend." (2002a, S. 187) Badiou zitiert, um Pauli Wohlgesonnenheit gegenüber den Juden zu demonstrieren, dessen Römerbrief, in dem dieser schreibt, dass „das ganze Israel gerettet" werde. (Röm 11, 26) Nachdem Paulus davor von der Verstocktheit der Juden gesprochen hatte, die Göttlichkeit Jesu anzuerkennen, spricht er zwei Verse weiter davon, dass die Juden „Feinde Gottes, und das um euretwillen" seien (Röm 11,28). Maccoby erläutert diese Stelle wie folgt: „Daß die Juden ‚verstockt' gewesen seien gegenüber der Tatsache, daß Jesus von göttlicher

Natur war, und dies durch einen Plan Gottvaters, heißt doch nichts anderes, als daß Gott den Tod von Jesus durch eben diese verblendeten Juden ins Werk setzte. Diesen Aspekt erklärt Paulus jedoch nicht offen. Trotzdem liegt die Schlußfolgerung auf der Hand. Die Juden waren der auserwählte Heilige Henker, von Gott verblendet, um die Rolle ausfüllen zu können". (Maccoby 1999, S. 220)

Auch bei Badiou lassen sich ein Kult der Erlösung durch das Opfer [8] sowie ein gnostizistischer Dualismus aufzeigen. Laut Badiou ist Amerika der teuflische Herr der Welt, der alle anderen Völker knechtet. „Wenn es eine einzige imperiale Großmacht gibt, die stets davon überzeugt ist, dass ihre brutalsten Interessen mit dem Guten übereinstimmen, [...] wenn dieser der militärischen Maßlosigkeit ergebene Staat kein anderes öffentliches Idol kennt als den Reichtum, keine anderen Verbündeten als Diener und keinen anderen Blick auf andere Völker als die indifferente und zynische ökonomische Perspektive, dann besteht die grundlegende Freiheit der Staaten, Völker und Individuen darin, alles zu tun und alles zu denken, um sich so weit wie möglich den Befehlen, Interventionen und Einmischungen dieser imperialen Macht zu entziehen. [...] Denn die amerikanische Macht ist stets nur der todbringende Garant einer obszönen Anhäufung von Reichtümern. Die amerikanische Armee ist das Werkzeug der ‚westlichen' Herrenrasse gegen die Habenichtse der ganzen Welt." (2002b, S. 76f.) Badiou identifiziert in diesem Text Israel umstandslos mit den USA. So zählt er Israels „Verbrechen" einfach zu denen der USA hinzu. (Ebd., S. 70) Die Welt ist der badiouschen Vorstellung nach, wie in der Gnosis, in den Händen einer teuflischen Macht. Die USA sind der große Satan und Israel der kleine. Dagegen hilft nur entschlossener Widerstand. Und von wo der ausgehen soll, davon hat Badiou auch schon eine konkrete Vorstellung: von Deutschland und Frankreich. Während nämlich England und vor allem die USA nur materielle Interessen verfolgten und quasi die Ökonomie verkörperten, daher im Fokus des Widerstandes stünden, verträten Deutschland und Frankreich ein intellektuelles Moment, welches den „Spirit" des Widerstandes neu entfachen könnte, wenn beide Länder miteinander fusionierten. Allerdings dürfe dies nicht nur, wie in der Vergangenheit, auf der Basis materieller Interessen geschehen, denn so wichtig dies auch sei, „that does not create a new spirituality; it does not create any possibilities for the cultural renewal of European space, nor, via this process, for renewal of the entire planet's space." (2006b, S. 120f) An Deutschlands und Frankreichs vereintem Geist soll die Welt vom anglo-amerikanischen Materialismus genesen. Denn die Geste, die die Fusion von „our spiritual existence(s)" bedeutet, wird die Geburt einer „post-Occidental world" auf den Weg bringen, in der die amerikanische Hegemonie gebrochen sein wird. (Ebd., S. 123) [9]

Zionismus gleich Nationalsozialismus?!

Auf dem Weg dorthin gibt es aber noch einige Hürden zu nehmen und eine davon heißt Israel. Während nämlich Deutschland und Frankreich schon jetzt moderne und kosmopolitische Länder seien, wie alle modernen Staaten, wolle Israel einfach nicht auf das Prädikat „jüdisch" verzichten und sei deshalb archaisch [10] . In dem es sich als „jüdischen Staat" bezeichnet, beweise Israel, dass es nichts aus dem NS gelernt hat. Denn: „I shall maintain that the intrusion of any identity predicate into a central role for the determination of a politics leads to disaster. This should be, as I've already said, the real lesson to be drawn from Nazism." (2006b, S. 163) Nicht nur in der Verwendung von Prädikaten zögen die Zionisten mit den Nazis gleich. Auch hätten sie Hitlers anfängliche Idee, „a Jewish state somewhere outside of Europe", verwirklicht. (2006b, S. 212) Und Cecil Winter, deren Text *The Master-Signifier of the new Aryans* Badiou in seinem Buch abdruckt, weil er es nicht schaffte, für den Text einen anderen Publikationsort zu finden, klärt uns darüber auf, dass die Zionisten Israel nur als „jüdischen Staat" gegründet hätten, um „full advantage" aus dem Holocaust zu ziehen. (2006b, S. 222) Die Nazis hätten den Namen „Jude" als politischen erfunden und die Zionisten würden sich heute, sagt Badiou, hinter diesem verstecken und für sich einen besonderen Status verlangen. Sie wollten aus der an ihnen begangenen Tat einen Mehrwert für sich heraus schlagen. (2006b, S. 161) Aus diesem selbstsüchtigen Motiv rühre auch ihr Unvermögen, mit den Palästinensern Frieden zu schließen. Weil sie auf ihrem vorteilhaften Opferstatus beharrten, könnten sie nicht begreifen, dass sie durch ihre Nazimethoden, der Verwendung des Prädikats „jüdisch", die Palästinenser auch zu Opfern gemacht hätten. Falls Israel noch einmal Frieden schließen wolle, belehrt er die Israelis in einem Interview in der Haaretz, müssten sie deshalb den Holocaust vergessen. (2006b, S. 215)

Nachdem die Texte von Badiou und Winter in Frankreich in einem Sammelband veröffentlicht wurden, war Badiou ganz empört, dass einige Leser aus ihnen Antisemitismus herauslesen wollten. Es entbrannte daraufhin in Frankreich ein Streit um Badious Antisemitismus. Am 9. August 2007 druckte die Zeit die eingangs schon erwähnte Verteidigung Alain Badious von Slavoj Zizek ab. Wieso sie das tat, ist etwas rätselhaft. War doch in Deutschland weder der Streit, der die Verteidigung erforderlich machte, noch der Text Badious, der die Ursache des Streits war, bekannt. Wieso also einen Autor verteidigen, wo es doch, zumindest in Deutschland, keinen Anlass dazu gab. Einen Hinweis auf eine mögliche Antwort gibt die schon angesprochene Rezension. Der begeisterte Rezensent ahnte, dass die Rezeption Badious in Deutschland nicht den gewünschten Verlauf nehmen und „seine Person Anlass zu Polemik" geben könnte. Es kann also vermutet werden, dass die Verteidigung sicherstellen sollte, dass Badious Rezeption nicht negativ beeinträchtigt wird. Allerdings war das Mittel dem Zweck nicht dienlich. Denn erst durch diese Verteidigung wurde der bis dato vorurteilsfreie Leser darauf aufmerksam gemacht, dass einige gewichtige französische Philosophen es offensichtlich für notwendig erachteten, Badiou des Antisemitismus zu beschuldigen. Die Sorge des *Zeit*-Rezensenten, die Person Badiou

könne der Verbreitung seiner Philosophie im Wege stehen, hat sich indes als unbegründet erwiesen. Letztlich war seine Philosophie die Ursache für den Streit um ihn. Ob dieser seiner Rezeption allerdings schaden wird, ist fraglich, wird der Antisemitismus doch häufig nicht als Manko bzw. nur als solcher empfunden.

Laut Zizeks Darstellung basiert der Streit im wesentlichen auf dem Text Über den Gebrauch des Wortes: Jude, in dem es, wie Zizek richtig zusammenfasst, um folgendes geht: Badiou kritisiert darin „die politische Instrumentalisierung des Holocaust, plädiert für eine Wiederbelebung der ‚universalistischen' jüdischen Identität und macht sich für die Einstaatenlösung des israelisch-palästinensischen Konflikts stark." Aber Israel sei nur der Anlass, im Grunde ginge es bei dem Streit um viel mehr, nämlich um die Aufklärung. „Was bei diesem Streit auf dem Spiel steht, ist womöglich nicht weniger als das Schicksal der Aufklärung, der europäischen Moderne." Diese Sorge um die Aufklärung wundert, sind doch Zizek und Badiou als Anhänger der Postmoderne bekannt, denen es um die Abschaffung des autonomen Subjekts, und damit der zentralen Kategorie aufklärerischen Denkens, geht. So beschuldigt er dann auch wenige Zeilen später Badious Gegner, „‚Säuberer' des postmodernen Liberalismus" zu sein. Dass dies nur eine Finte ist, kann jeder durch einen kurzen Blick in beider Werke feststellen. Denn weder Zizek noch Badiou sind Anhänger irgendeines Liberalismus. Beide werfen sich beständig in die Pose des revolutionären Kommunisten und Badiou sieht noch heute in der chinesischen Kulturrevolution eines der größten Ereignisse des letzten Jahrhunderts.

Im Zentrum des Streits stehe, so Zizek, die Frage, ob das Ziel des Handelns ein universelles oder ein partikulares sein soll. Konkretisiert wird diese Frage am Exempel Israels. Warum, stellt sich die Frage, hat Badiou das Beispiel Israel ausgewählt, um das Problem des nationalen Partikularismus zu thematisieren? Warum hat er das nicht an irgend einer anderen Nation exemplifiziert? Zizek gibt die Antwort: Dass die Juden „nie ganz in eine organische nationalstaatliche Gemeinschaft hineinpassten, machte sie zur Verkörperung des Universalismus." Um aus der prekären Lage des Ausgeschlossenseins einfach eine „privilegierte Rolle" , wie Zizek diese Lage nennt, zu machen, gehört schon eine gehörige Portion Zynismus. Wegen ihrer „Distanz zu allen Formen staatlicher Macht" waren die Juden Jahrhunderte lang jedem Mob, der sein Mütchen an den ihnen kühlen wollte, wehrlos ausgeliefert. Nur indem Zizek diese Geschichte der Verfolgung einfach übergeht, kann er den Streit zwischen Badiou und seinen Kritikern als einen „innerjüdischen" darstellen. Zizek teilt mit, dass Badiou und seine Gegner Juden seien, „zwischen der Treue zum messianischen Impuls und der bloßen reaktiven ‚Politik der Angst', die nichts anderes will, als die eigene partikulare Identität zu bewahren". Zizek hat zwar Recht damit, dass der Zionismus aus einer reaktiven ‚Politik der Angst' entstanden ist, nämlich als Reaktion auf den Antisemitismus - nur ist das kein Argument gegen ihn, sondern spricht für seine Vernünftigkeit. Ist der moderne Antisemitismus das Resultat der gescheiterten bürgerlichen und kommunistischen Emanzipation, ist der Zionismus die Antwort auf dieses Scheitern. Indem Zizek die „reaktive Politik" des Zionismus verächtlich macht und eine partikulare Identitätspolitik schellt, spricht er den Juden das Recht ab, sich vor dem Antisemitismus zu schützen. Er delegitimiert Israel, indem er den Zionismus auf eine unbegründete Angst zurückführt und den Antisemitismus leugnet.

Der Versuch Zizeks, Badiou als den Wahrer der universellen Aufklärung zu stilisieren, hat zur Folge, dass er alle Zionisten als Feinde der Aufklärung verteufelt. Nicht Badiou sei der Antisemit, sondern die Zionisten. Ihr Denken könne man nur als „zionistischen Antisemitismus" bezeichnen. Auch die Juden hätten halt ihre Juden und Badiou sei der ihre: „Doch diese Juden, die ‚Juden der Juden', die würdigen Nachfahren Spinozas, sind heute vielleicht die einzigen Juden, die unverdrossen auf dem öffentlichen Vernunftgebruch beharren und sich weigern, ihr Urteilsvermögen der Domäne und dem Denken eines Nationalstaats unterzuordnen." Auf diese Weise erklärt Zizek die moderne Judenfrage, die Israelfrage, zur Schicksalsfrage der Aufklärung. Erneut soll alles Glück von dem Verhalten der Juden abhängen. Weil Badiou und Zizek vorgeben, auf dem jüdischen Auge blind zu sein, geht es ihnen wie dem bürgerlichen Rechtsstaat, der auch behauptet, vor ihm seien alle gleich, und der deshalb im Einzelfall die reale Ungleichheit verkennen muss. In diesem Sinne sind Zizek und Badiou entgegen aller subversiven Posen zutiefst bürgerlich: Wie der bürgerliche Staat kennen sie nur den abstrakten Menschen und wollen dessen Gleichheit verwirklichen, deshalb spricht Zizek von einem Universalismus ohne „besonderen Gehalt, sei er ethischer oder religiöser oder sonstiger Natur". Und weil sie nicht verstehen, dass der Antisemitismus die

Ein produktiver Philosoph: Slavoj Zizek

„Alltagsreligion des Kapitalismus" (Claussen) ist, er also nur durch eine Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und nicht durch die Einforderung einer abstrakten Gleichheit, die oft genug blind gegen die Verfolgung der Juden war, eliminiert werden kann, ist ihre Forderung einer universellen Brüderlichkeit ein Hohn. Die, die sich selber Juden nennen, sind Badiou und Zizek deshalb ein Dorn im Auge, weil sie nicht bereit sind, von jeglichem Inhalt, vor allem vom Jüdischsein, abzusehen. Dabei haben sie ihr Judesein, sofern sie sich als atheistische Juden begreifen, nicht gewählt, sondern wurden als solche gewählt (Améry 1981, S. 237). Von ihrem Judesein abzusehen würde bedeuten, die Existenz des Antisemitismus zu verleugnen. Badiou dagegen behauptet im Einklang mit Cecil Winter, die Juden würden die Bezeichnung „Jude" wie eine Auszeichnung vor sich hertragen, um illegitimer Weise aus ihrem Opferstatus während des II. Weltkrieges Profit zu schlagen. Das Wort „Jude" würde von interessierter „jüdischer" Seite, wie eine umgekehrte Ursünde, mit dem Opferstatus verbunden, wodurch es ihnen möglich würde, auch Armeeangehörige, die damit beschäftigt seien, andere zu unterdrücken oder deren Land zu konfiszieren, sowie Staatsführer zu Opfern der Shoah zu deklarieren. Nur weil die Nazis ihre Opfer als Juden bezeichneten, seien die Juden deshalb noch keine reale Gemeinschaft. Eine legitime jüdische Gemeinschaft könnten nur religiöse Juden bilden. (2006b, S. 160f) Obwohl das Prädikat Jude auch heute noch über Tod oder Leben entscheiden kann, ist Badiou der Ansicht, dass ein Mensch, der, weil er als Jude identifiziert und dem deshalb Gewalt angetan wurde, höchstens Mitleid verdient. Sich mit denen zusammen zu schließen, die auch als Juden identifiziert wurden oder identifiziert werden könnten, um sich gegen zu erwartende Gewalt zur Wehr zu setzen, sei genau der falsche Weg. Weil Israel ein jüdischer Staat ist, hätten die Juden nichts aus dem Nationalsozialismus gelernt und begingen nun dessen Fehler. Oder kurz: Zionismus gleich Nationalsozialismus. Obwohl mit den Nürnberger Rassegesetzen eine klare Bestimmung dessen vorliegt, wer den Antisemiten als Juden gilt, kann es für Badiou partout nur religiöse Juden geben. Badiou sieht in dem Zwang, Jude zu sein, weil der Antisemit sie dazu macht, ein Privileg, auf das die Juden nicht verzichten wollen.

So betrachtet ist es kein Wunder, dass Badiou in Apostel Paulus seinen Vorläufer sieht, hatte jener doch wie dieser in den Juden nur eine Gemeinschaft von Verstockten gesehen, die nicht von ihrer partikularen Sicht ablassen wollten, um sich der universellen zu öffnen. Mitgefühl verdienten nur die Juden, die schon Opfer von Gewalt wurden. Weil die Israelis aber nicht bereit sind, Opfer zu werden, verweigert ihnen Badiou jegliches Mitgefühl. Solcher Sehnsucht nach der passiven Erduldung des großen Opfers, das natürlich wieder einmal die Juden darbringen sollen, ist mit den Worten Kinky Friedmans entgegenzuhalten, dass es zum Glück den Staat Israel gibt, der solche Fantasien auf ganz partikularistische Weise vereitelt:

„Oh, they ain't makin' Jews like Jesus any more,
we don't turn the other cheek the way we done before.
[...] they ain't making carpenters who know what nails are for.
Lord, they ain't makin' Jews like Jesus any more." ■

Anmerkungen:

[1] Dass der Schlager *Ich war noch niemals in New York* von Udo Jürgens, der diesem Wunsch Ausdruck verleiht, die Möglichkeit dazu auf Amerika projiziert, verweist auf die postfaschistische Konstellation der Bonner Republik.

[2] „Hier liegt ein tiefes allgemeines Problem: lässt sich das Ereignis als eine Funktion oder eine Vermittlung begreifen? Diese Frage hat, nebenbei gesagt, die gesamte Epoche der revolutionären Politik durchzogen. Für viele ihrer Gläubigen ist die Revolution nicht das, was geschieht, sondern das, was geschehen muss, damit etwas anderes da ist; sie ist die Vermittlung des Kommunismus, der Moment des Negativen. [...] Für Paulus dagegen, ebenso wie für die, welche die Revolution für eine sich selbst genügende Abfolge der politischen Wahrheit halten, ist er eine Ankunft, ist er das, was das bisherige Regime der Diskurse unterbricht. An sich und für sich ist der Christus das, was uns geschieht." (2002a, S. 92f.)

[3] Wahrheit ist bei Badiou das zur Tat schreitende Bekenntnis zum Ausnahmezustand. Über Wahrheit könne man nicht reden, man müsse ihr begegnen (2003a, S. 73)

[4] Badious Kampf gegen die „Ethik des Opfers" ist tendenziell antijüdisch. Eine solche Ethik könnte zwar auch christlich motiviert sein, indem sie den Tod Jesu vor allem als Erlösung vom Opfer begreift (ein Motiv, das Gerhard Scheit (Scheit 2004) leider völlig außer Acht lässt). Vor allem aber ist diese Ethik eine jüdische, die sich auf die in letzter Sekunde von Gott verhinderte Opferung Isaaks (Gen 22, 1-19) bezieht; ein Ereignis, das deutlich macht, dass der Gott des Alten Testaments keine Menschenopfer will. Dem gegenüber stehen allerdings die Opfervorschriften in Torah und Talmud, die sich freilich ausschließlich und explizit auf Tiere beziehen. Bedenkt man, dass das Opfer im Judentum seit der Zerstörung des Zweiten Tempels durch Gebet und Ritus ersetzt wurde, offenbart sich im Vergleich der heutigen Gestalt des Judentums mit der Opferlogik im alten Israel, in dem die Annahme vorherrschte, Gott zeige sich den Menschen bei jeder Opferung, die ganze Radikalität der jüdischen Abkehr vom Opfer. (A. Marx 2000, S. 129-149).

[5] Mit Bezug auf *Die Maßnahme* von Bertolt Brecht, auf die sich Badiou auch positiv bezieht (2006a, 140ff.), sagt Scheit folgendes: „Die Lüge der modernen Kunst besteht immer darin, dem Nichts, dem geopfert wird, noch den Schein vom wahren Leben zu vermitteln: statt die Angst vor der Vereinzelung zur Darstellung zu bringen, aus der die Menschen in die Gemeinschaft flüchten, und in der Darstellung noch bei jenen zu sein, die - weil sie vereinzelt bleiben - von der Gemeinschaft getroffen werden." (Scheit 2004, S. 511)

[6] Djavann bezieht diese Aussage auf den Satz „Warum bauchfreie T-Shirts,

Strings, Piercing und nicht der Schleier?" (Djanvann 2005, S. 11). Sie gibt diese Bemerkung als die irgendeines europäischen Beobachters aus. In Badious Verteidigung des islamischen Kopftuchs, der in *Le Monde* vom 22./23.02.2004 abgedruckt wurde, finden sich diese Vergleiche. (2006b, S. 101)

[7] Aramäisch *barabbas*, entweder „Sohn des Abbas" oder „Sohn der Krippe". Letzteres könnte ein Hinweis darauf sein, dass Jesus und Barabbas ursprünglich ein- und dieselbe Person waren, die Geschichte der Opferung Jesu anstelle von Barabbas aber die besondere Bösartigkeit der Juden unterstreichen sollte. Bei dem Namen Abbas gibt es wieder verschiedene Möglichkeiten. Entweder man übersetzt ihn wirklich mit „Krippe" oder mit „Vater": Im Arabischen stammt Abbas vom Verb „streng sein" ab und verweist auf den gestrengen und düsteren Vater, im Aramäischen gibt es zwar nicht Abbas, aber dafür Abba, was „Vater" heißt. Das „s" dürfte der Transformation des Namens ins Griechische zu verdanken sein. So geben auch alle mir bekannten hebräischen Ausgaben den Namen mit Barabbas an. Matthäus 27, 16 gibt darüber hinaus auch noch Barabbas Vornamen mit „Jesus" an. Übersetzt hieße der Name dann also entweder „Jesus, Sohn des (gestrengen) Vaters" oder „Jesus, Sohn der Krippe".

[8] Badiou bezieht sich hierbei auf die orientalischen Mythen von Osiris und den Phoenix aus der Asche (2006a, S. 179; 197).

[9] Er selbst hofft durch die Übersetzung seines Buches *Das Sein und das Ereignis* hierzu einen Beitrag zu leisten. „Dies (der Neubeginn durch die Fusion, N.M.) ergäbe eine neue Kraft, welche die Verteilung der Karten auf diesen Planeten durcheinander brächte. Es wäre eine wahre Revolution für das geistige Los unserer Völker. In dieser Perspektive wünsche ich mir, dass mein Buch von den Franzosen als ein schönes deutsches, von den Deutschen als ein schönes französisches und von beiden zusammen als ein Emblem unserer kommenden gemeinsamen Identität gelesen werden." (2005, S. 13)

[10] Diese Argumentation findet sich auch bei Tony Judt (Judt 2003).

Angeführte und zitierte Schriften und Interviews von und mit Alain Badiou:

(1994) *Being by numbers - interview with artists and philosopher Alain Badiou by Lauren Sedofsky*, in: *ArtForum*, Nr. 8/1994, auf: http://findarticles.com/p/articles/mi_m0268/is_n2_v33/ai_16315394.

(2001) *On Evil. An Interview with Alain Badiou by Christopher Cox and Molly Whalen*, in: *Cabinet Magazine Online*, Nr. 5/2001, auf: http://www.egs.edu/faculty/badiou/badiou-on-evil.html.

(2002a) *Paulus - Die Begründung des Universalismus*, München 2002.

(2002b) *Philosophische Überlegungen zu einigen jüngsten Ereignissen*, in: Dirk Baecker/Peter Krieg/Fritz B. Simon (Hg.), *Terror im System. Der 11.September und die Folgen*, Heidelberg 2002.

(2002c) *On the Truth-Process - An open lecture by Alain Badiou*, auf: http://www.egs.edu/faculty/badiou/badiou-truth-process-2002.html.

(2003a) *Ethik - Versuch über das Bewusstsein des Bösen*, Wien 2003.

(2003b) *Über Metapolitik*, Berlin 2003.

(2005) *Das Sein und das Ereignis*, Berlin 2005.

(2006a) *Das Jahrhundert*, Zürich-Berlin 2006.

(2006b) *Polemics*, London-New York 2006.

(2007a) *The Contemporary Figure of the Soldier in Politics and Poetry*, auf: http://www.lacan.com/badsold.htm.

(2007b) *Destruction, Negation, Subtraction*, auf: http://www.lacan.com/badpas.htm.

Weitere Literatur:

Améry, Jean, *Widersprüche*, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1981.

Djavann, Chahdortt, *Was denkt Allah über Europa?*, Berlin 2005.

Judt, Tony, *Israel: Die Alternative*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12/2003, auf: http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=1685.

Maccoby, Hyam, *Der heilige Henker*, Stuttgart 1999.

Marx, Alfred, *Opferlogik im alten Israel*, in: Bernd Janowski/Michael Welter (Hg.), *Opfer*, Frankfurt/M. 2000.

Marx, Karl, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, in: MEW 1, Berlin 1956.

Pehrke, Jan, *Ein ganzes Jahrhundert denken, um weiter zu kommen*, auf: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24506/1.html.

Pohrt, Wolfgang, *Theorie des Gebrauchswerts*, Berlin 1995.

Probst, Maximilian, *Wetten um die Wahrheit*, in: *Die Zeit*, 08.02.2007, auf: http://images.zeit.de/text/2007/07/ST-Badiou2.

Scheit, Gerhard, *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt*, Freiburg i.B. 2004.

Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 2002.

Schmitt, Carl, *Politische Theologie*, Berlin 2004.

Zizek, Slavoj, *Hat die Wahrheit eine Grenze*, in: *Die Zeit*, 09.08.2007, auf: http://www.zeit.de/2007/33/Badiou-Streit.

Nachwort zur Marx-Debatte

Ingo Elbe hat durch seinen Artikel *Marxismus-Mystizismus* in dieser Zeitschrift eine Debatte ausgelöst, die durch den folgenden Abdruck seiner Replik beendet wird. Die Art seiner Erwiderung macht jedoch diese kursorische Vorbemerkung erforderlich.

Ingo Elbe erhebt den Vorwurf, wir hätten ihn willentlich missverstanden und zwar mit der bösen Absicht, seine Person moralisch-politisch zu delegitimieren. Dass er unsere Kritik als einen solchen Versuch interpretiert, tut uns leid. Der sachliche Dissens, und einen anderen haben wir nicht geäußert, bleibt hingegen bestehen und wird in der Replik wünschenswert deutlich. Unsere Kritik richtet sich gegen seinen Begriff von Wissenschaft bzw. gegen die Vorstellung, man könne den Kapitalismus einerseits als vernünftige und begrifflich vollkommen durchsichtige Veranstaltung darstellen und anderseits von außen eine Norm an diese herantragen, die diese negiert. Indem Elbe dies tut, vertritt er einen moralischen Dezisionismus. Woher die Norm kommt, für die er sich entscheidet und die er „vorschreiben möchte", bleibt dunkel. Elbe ist sich der Willkür bewusst und versucht sie durch Brückenkriterien nachträglich abzustützen. Die „menschliche[n] und historische[n] Möglichkeit[en]" des Untersuchungsgegenstandes werden dadurch erst ab dem Moment hinzugedacht, an dem sich Elbe gegen diesen Gegenstand entscheidet. Die Entscheidung selbst wird so jedoch nicht geklärt. Sie bleibt seinen persönlichen Moralvorstellungen und Belieben überlassen. Als Theoretiker stellt sich Elbe über das Kapital und meint deshalb per normativer Entscheidung über es verfügen zu können. Er folgt in seiner Argumentation jener Max Webers und des Kritischen Rationalismus und behauptet doch, ihnen nur einzelne Argumente entliehen zu haben

Warum der Kapitalismus nicht sein soll, ist für Elbe eine Frage, die mit der Analyse des Kapitals nichts zu tun hat, da er sich dieses als gelöstes Rätsel, das er erst feinsäuberlich zerlegen und dann wieder begrifflich zusammensetzen kann, vorstellt. Gerade weil das Kapital von Menschen gemacht sei, könne es auch auf diese zurückgeführt werden, daran sei nichts mystisches. Das Kapital sei also gar kein automatisches Subjekt, sondern als solches nur eine fetischistische Gedankenform, die im weiteren Gang der Darstellung von Marx als solche entlarnt werde. Als eigentliches Subjekt wird dann die Arbeit oder allgemeiner: der Mensch hinter den Verschleierungen erkannt. Doch die ideologischen Formen beherrschen die Menschen als Realabstraktionen tatsächlich. Die Menschen sind nicht Herren ihres eigenen Geschicks. Ein emphatischer Begriff von Vernunft muss angesichts dieses Zustandes bei dessen Beschreibung an Grenzen stoßen, die sich bei Marx in paradoxen Formulierungen wie „theologische Mucken" oder auch „automatisches Subjekt" ausdrücken. An ihnen wird die reale Verrücktheit der Verhältnisse deutlich, die Elbes Ansatz zwangsläufig rationalisieren muss. Die Objektivität und die Begriffe, mit der sie erfasst werden kann, bilden eine Einheit mit dem Interesse, diese zu revolutionieren. Marx konnte dieses Interesse seiner Kritik stillschweigend zu Grunde legen. Er analysiert das Kapital nicht erst wertfrei und legt dann normative Maßstäbe an, sondern zeigt, dass das Kapital der Vernunft widerspricht, weil es die Spaltung der Menschheit zur Grundlage hat. Heute ist diese Einheit problematisch geworden, weil das Interesse selbst verloren zu gehen scheint. Die Totalität droht sich ihrer eigenen Negation zu bemächtigen und dadurch mit sich selbst identisch zu werden.

Redaktion Prodomo

INGO ELBE

Es ist schon ein Kreuz. Man muss zwar der Redaktion Prodomo dafür danken, dass sie eine kontroverse Diskussion über Grundlagen der kritischen Theorie zulässt. Doch die Debatte nimmt langsam aber sicher den Charakter dieser ermüdenden Online-Foren-Diskussionen mit ihren zigfachen Antworten auf Antworten usf. an. Zumal die *Redaktion Prodomo* sich immer wieder bemüht, meine Positionen falsch zu verstehen und mich als jemanden hinzustellen, der sich der akademischen Erbsenzählerei, nicht aber der menschlichen Emanzipation verpflichtet weiß - sich also inhaltliche Missverständnisse mit dem Versuch einer moralisch-politischen Delegitimierung meiner Person verbinden. Solcher „Waffen", mit denen man sich politisch wie intellektuell lediglich ins eigene Knie schießen kann, werde ich mich auch weiterhin nicht bedienen.

Ich will vielmehr die Zeit und Aufmerksamkeit der interessierten Leserschaft nicht über Gebühr strapazieren, weshalb ich mich nur kursorisch einigen Vorwürfen widmen will, die Philipp Lenhard in der letzten Ausgabe der Prodomo gegen meine Position erhoben hat.

Zunächst fällt auf, dass ständig die Argumentationsebene gewechselt wird. Lenhard stellt z.B. einige Thesen zu den Ursachen und emanzipatorisch-utopischen Gehalten von **Religion** auf, die ich weitgehend teilen würde. Er verwechselt dabei meine Kritik am theologischen Charakter bestimmter Marx-Deutungen mit einer flachen, bürgerlich aufklärerischen Religionskritik, die sich nicht um eine bestimmte Negation von Religion [1] kümmert. Was ich kritisiere, ist aber

lediglich die irrationale Schwundstufe und letzte Rettungsinstanz theologischen Denkens, nämlich das Bekenntnis zum Glauben an etwas, weil es irrational ist, und die Transposition dieser Denkfigur in den marxistischen Diskurs. Es ging mir weder um die emanzipatorischen Gehalte noch um die Ergründung der Ursachen von Religion. Das ist ein anderes Thema. Dass allerdings mit den von mir kritisierten Argumentationsfiguren (bzw. Argumentationsverweigerungsfiguren) eines „credo quia absurdum est" nichts Emanzipatorisches angezeigt ist, ist offenbar bei Philipp Lenhard noch nicht angekommen. Mit solch einer Formel, die sich offensiv gegen jede Bemühung um begrifflich-rationale Vermittlung wendet, kann man nämlich letztlich *alles* behaupten und legitimieren.

Das führt mich zu der Unterstellung, ich behaupte, meine **Rationalitätsstandards** „nicht begründen zu müssen". Offenbar hat Lenhard nicht bemerkt, dass ich sowohl im ersten als auch im zweiten Text jeweils in einer Fußnote angemerkt habe, dass ein sinnvolles (d.h. *überhaupt* etwas bezeichnendes) Sprechen ohne die Befolgung des Non-Kontradiktionsgebotes gar nicht denkbar ist. Ich habe auf Aristoteles' derartige transzendentale Begründung des Widerspruchsvermeidungsprinzips sowie auf die ausführliche Kommentierung derselben seitens Tugendhat/Wolf hingewiesen. Wer sich damit auseinandersetzen will, mag dort weiterlesen. Mir ging es in meinen Texten um eine angemessene Deutung der Marxschen Texte, weil diese immer noch die gründlichste und schärfste Analyse des Kapitalismus in seinen Grundstrukturen bieten, die wir haben. Dass man zu deren Verständnis keinerlei logische Widersprüche benötigt, habe ich versucht zu zeigen. Mir ging es weder um ein Adorno-Bashing noch um ein „Bekenntnis" zum Kritischen Rationalismus, wie mir Lenhard das unterstellt. Ich „bekenne" mich nicht zu etwas, ich finde Argumente vernünftig oder unvernünftig. Nebenbei sollte auch dem Eindruck entgegen gewirkt werden, hier ginge es um eine Auseinandersetzung ‚akademischer Marxismus' oder gar ‚Kritischer Rationalismus' vs. „antideutscher Kommunismus" (Lenhard). Meine erste Kritik am Marxismus-Mystizismus beschäftigte sich nur am Rande mit der ISF und hauptsächlich mit Vertretern des akademischen Marxismus von den 1970er Jahren bis heute. Wer deren Schriften kennt, wird sie nicht gerade eines antideutschen Kommunismus verdächtigen können.

Zum Thema Vernunft ist noch Folgendes anzumerken: Lenhard unterstellt mir, ich wolle den **Marxschen kategorischen Imperativ** verabschieden und sei damit des Desinteresses an Emanzipation und der akademischen Erbsenzählerei überführt. Wenn ich mal von der Entgleisung absehe, meiner Person und meinem Handeln eine emanzipatorische, bzw. überhaupt politische Legitimation abzusprechen, so bleibt auch hier wieder lediglich ein Missverständnis übrig, nämlich die Behauptung, ich wolle den Marxschen kategorischen Imperativ verabschieden, weil Jochen Bruhn ihn nicht wissenschaftlich begründen könne. Davon ist in meinem Text aber keine Rede. Ich teile ja die These, die Handlungsanleitung, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx), könne nicht wissenschaftlich begründet werden, leite aber daraus nicht die merkwürdige Konsequenz ab, man dürfe nun nicht mehr dem gemäß handeln. Gerade deshalb kritisiere ich auch Bruhns Aussage, dieser Imperativ sei durch die Verhältnisse selbst erwiesen, sei eine *Evidenz der Vernunft* [2]. D.h., es ist Bruhn, der den Imperativ offenbar nur dann akzeptieren kann, wenn er nicht eine menschliche Entscheidung darstellt, die sich auf empirische Möglichkeiten zu stützen vermag, aber niemals selbst ‚bewiesen' werden kann [3]. Es ist Bruhn, der nur dann jemanden als Kommunisten akzeptiert, wenn dieser aus einem Sein unmittelbar ein Sollen folgert, also naturrechtlich argumentiert. Da dieser Zusammenhang zwischen Sein und Sollen evident sein und jenseits jeder Diskussion stehen soll, legt Bruhn nahe, man müsse seinen Ansatz als Offenbarungserlebnis akzeptieren oder man stelle sich außerhalb der Vernunft - eine Handlungsanleitung für die Inquisition, deren Sprache Bruhn mit seinem Schwadronieren über das ‚Vernichten',geistesschwacher' Gegner ja schon perfekt beherrscht.

Ein weiteres Missverständnis betrifft die Behauptung, ich leugne mit meiner These vom **logisch-systematischen** Charakter der Analyse im *Kapital*, dass der „Begriff des Kapitals selbst historisch ist" und unterstelle, das „Kapital [sei] seit 200 Jahren gleich geblieben". Beide Thesen werden immer wieder gerne von traditionsmarxistischer Seite der neuen Marx-Lektüre vorgeworfen. Es kann der Analyse der Bestimmungen des Kapitalismus, die ihn zum Kapitalismus machen, aber nicht um eine historisch-konkrete Analyse bestimmter Formen des Kapitalismus gehen, sondern zunächst nur um eine Analyse der Form Kapitalismus selbst. Erst daraufhin ist eine Analyse der Formen des Kapitalismus, seiner epochalen, nationalen usw. Ausprägungen möglich. Diese Untersuchung muss es auch geben, aber sie beruht auf der abstrakten Strukturanalyse, sonst könnte sie eben auch nicht von einem Wandel des frühen zum „organisierten *Kapitalismus*" sprechen. Der Vorwurf geht einfach am Erklärungsanspruch vorbei. Inwiefern Logisches und Historisches in der Ökonomiekritik auftauchen, dazu nur folgende kurze Bemerkungen:

Das Historische *innerhalb* des Logischen muss in zweifacher Weise berücksichtigt werden: 1. Der Gehalt der Kategorien der logisch-systematischen Darstellung ist historisch-spezifisch. Das heißt aber nicht, dass die Darstellung deshalb eine historische Abfolge von Sachverhalten behandelt: Historisch-Spezifisches als Gegenstand der Analyse darf nicht mit einer historischen Analyse des Gegenstandes verwechselt werden. Historische Analyse der modernen Produktionsweise kann umgekehrt nur ausgehend von einem in systematischer Analyse gewonnenen Begriff des Kapitals erfolgen, weil die Relevanz- und Auswahlkriterien historiographischer Betrachtung sich erst aus einem Begriff des Kapitals heraus ergeben. 2. Der Systemzusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise weist eine innere Historizität [4] auf: Die logisch-systematische Darstellung behandelt demnach auch *strukturbedingte* historische Dynamiken, die sich innerhalb der Gesellschaftsforma-

tion entfalten, aber hinsichtlich ihrer Ergebnisse nicht ableitbar sind. Historisches kommt aber auch als zweifache *Begrenzung* logisch-systematischer Formanalyse in Betracht: 1. Als historische Kontingenz singulärer Ereignisse, die nicht im Ableitungszusammenhang von Wesen und Oberfläche aufgehen und nicht notwendig aus den Grundstrukturen des Systems hervorgehen. 2. Als äußere Historizität des Systems (‚Werden'), welche die Voraussetzungen der Selbstreproduktion des Systems (‚Dasein') bezeichnet.

Marx analysiert daher kein absolutes, sondern ein endliches System und muss damit die als Systemanalyse praktizierte dialektische Darstellung in ihren Grenzen betrachten. Endliche Systeme haben Voraussetzungen, die nicht ursprünglich von ihnen selbst gesetzt, sondern erst nachträglich von ihnen reproduziert werden.

Zum Schluss eine Bemerkung zum hier angeführten Begriff der *deutschen Ideologie*. Hans Albert hat Adorno nicht etwa vorgeworfen, mitschuldig an seiner eigenen Verfolgung zu sein, wie Lenhard unterstellt. Er hat (in diesem konkreten Fall) dem „Flakhelfer" Jürgen Habermas ein Verhaftetsein in einer deutschen Ideologie vorgeworfen, deren Sinngehalt sich weitgehend mit dem Marx-Engelsschen Begriff von deutscher Ideologie als widersinnigem, spekulativ-verkehrtem Denken orientiert. Dass entscheidende Vertreter des Kritischen Rationalismus, allen voran dessen Begründer Karl R. Popper, der übrigens als Jude vor den Nazis flüchten musste, dennoch offene Antikommunisten waren und von Marx' Theorie nicht viel verstanden haben, worauf Jochen Bruhn zu Recht hinweist, habe ich nie bestritten und war ebenfalls gar nicht mein Thema. Wer allerdings jeden positiven Rekurs auf ein *Argument* mit dem *Bekenntnis* zu einer *Weltanschauung* verwechselt, dem mag das freilich nicht aufgehen. ■

Anmerkungen:

[1] Zur bestimmten Negation der Religion durch den Atheismus vgl. die Aussage Feuerbachs: „Ein [...] Atheist im gewöhnlichen Sinne, ist daher auch nur der, welchem die Prädikate des göttlichen Wesens [...] Nichts sind, aber nicht der, welchem nur das Subjekt dieser Prädikate Nichts ist. Und keineswegs ist die Verneinung des Subjekts auch notwendig zugleich die Verneinung der Prädikate an sich selbst". Für den kritischen Atheisten haben - im Gegensatz zum Theisten - die Eigenschaften Gottes (also die vom Menschen in Gott projizierten Wünsche und Bestimmungen) „eine *eigne, selbständige* Bedeutung" (Feuerbach 1988, S. 64f.). Allerdings hat auch Feuerbachs Religionskritik, wenn sie auch den Nihilismus kritisiert, genau die apologetische, antiutopische Schlagseite, auf die Philipp Lenhard als Charakteristikum des gewöhnlichen Atheismus zu Recht hinweist. Vgl. dazu Schmieder 2004, S. 68ff., sowie meine Rezension dazu: Elbe 2006.

[2] Ich kritisiere Bruhns objektivistische Ethik, die mit Hegelianischem Vokabular verkleidet wird, nicht die Marxschen normativen Kriterien als solche.

[3] Ich weise nochmals darauf hin, dass es bestimmte Brückenprinzipien gibt, die normative menschliche Entscheidungen wenigstens indirekt rational kritisierbar machen. Diese sind z.B. das „Realisierbarkeits-Postulat" (ich kann nur dann etwas sinnvoll als Norm vorschreiben, wenn es prinzipiell im Rahmen menschlicher und historischer Möglichkeit liegt, diese Norm zu verwirklichen) sowie das „Kongruenz-Postulat" (deskriptive Theorieelemente von Normensystemen, z.B. die Frage, ob es Gott ist, der uns bestraft oder unser Gewissen, sind wissenschaftlicher Kritik zugänglich). Vgl. dazu Albert 1991, S. 91f.

[4] Zu diesem Begriff vgl. Ritsert 1973, S. 66f.

Literatur:

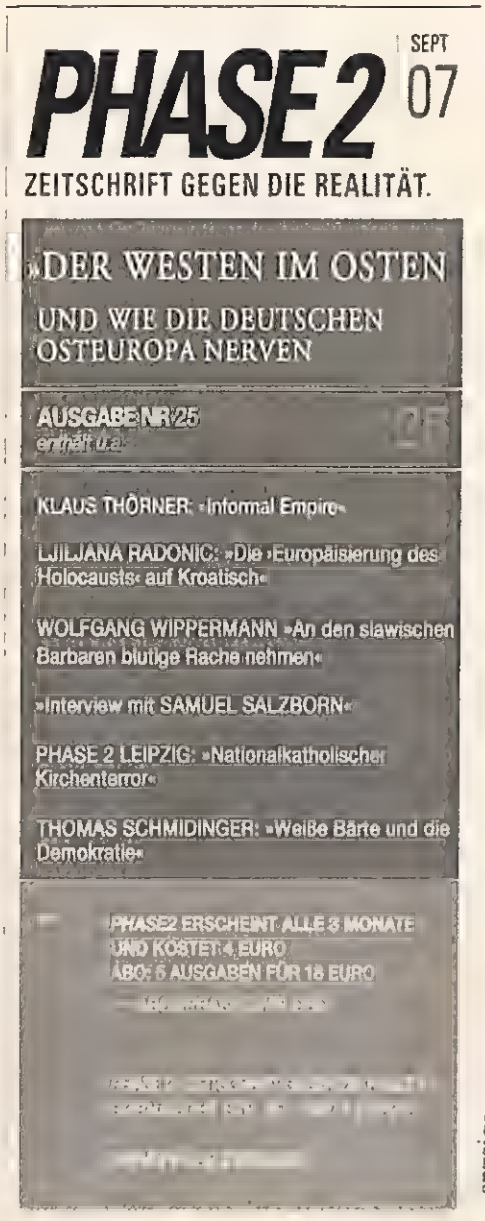
Albert, Hans, *Traktat über kritische Vernunft* [1968], 5. verbesserte und erweiterte Auflage, Tübingen 1991.

Elbe, Ingo, *Warenform, Medienform, Denkform. Die fatale Modernität Feuerbachs*, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Neue Folge 2006, S. 207-217.

Feuerbach, Ludwig, *Das Wesen des Christentums* [1843/49], Stuttgart 1988.

Ritsert, Jürgen, *Probleme politisch-ökonomischer Theoriebildung*, Frankfurt/M. 1973.

Schmieder, Falko, *Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie. Zum Verhältnis von anthropologischem und Historischem Materialismus*, Berlin-Wien 2004.



anzeige

Die Selbsterschaffung der deutschen Volksgemeinschaft

MATHIAS SCHÜTZ

Michael Wildt konzentriert sich in seiner Studie *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung* zwar auf die Zeit zwischen 1933 und 1939, seine Analyse setzt jedoch schon mit dem „Geist von 1914" und der Schaffung der deutschen Volksgemeinschaft im Ersten Weltkrieg ein. Die Verteidigung des Deutschtums gegen die vermeintlichen Aggressoren aus West und Ost wurde zum kaum hinterfragten Selbstverständnis und Gründungsmoment der Volksgemeinschaft: „Gegen die ‚demokratische Freiheit' der Alliierten die ‚deutsche Freiheit' (Friedrich Meinecke), gegen bürgerliche Gleichheit die soldatische Kameradschaft, gegen Brüderlichkeit den preußischen Sozialismus." (S. 29) Und dieses Selbstverständnis konstituierte sich ganz maßgeblich durch die Erfahrung von Gewalt. Gewalt, die, wie es der Mythos wollte, dem friedliebenden Deutschen Reich aufgezwungen und nun mit voller Wucht zurück projiziert wurde, nicht nur in den Hassgesängen der Frontsoldaten, sondern auch durch deren exzessive Taten, wie in Belgien. Die bestialische Erfahrung der „Stahlgewitter" im männerbündischen Schützengraben wurde positiv konnotiert und mystifiziert (meist erst im Nachhinein und durch die Leugnung jeglicher tatsächlicher Erfahrung) und brannte sich als Ideal der volksgemeinschaftlichen Aufopferung in das Bewusstsein; dieses Bewusstsein hatte Gewalt also nicht nur als wesentliches Konstitutionsmoment, sondern gleichsam als obersten Programmpunkt, als „Praxis und Wissen" (S. 22) zur Identifizierung, Exklusion und Eliminierung des Feindes. Die Stärke der Darstellung Wildts liegt insgesamt nicht nur in seiner quellenreichen Dokumentation des volksgemeinschaftlichen Terrors, sondern auch in der Reflexion über die kontinuierlichen Mechanismen der Selbstherstellung von Volksgemeinschaft, des Rackets der Deutschen. Und gerade im Blickwinkel dieser Kontinuität und Mechanik stellt sich der angebliche radikale Bruch der Weimarer Republik mit dem Kaiserreich als ideologische Fiktion heraus. So blieb das „Reich" nicht nur im Namen des Staates bestehen, die Verfassungsdiskussion und -gebung spiegelt wider, wie vollkommen doch das deutsch-demokratische Bewusstsein die bürgerliche Ideologie und Argumentationstradition ad absurdum führte und an deren Stelle eben eine vermeintlich „echte" Demokratie treten sollte. Das deutsche Volk wurde als sämtliche historischen und sozialen Entwicklungen sowie Klassen, Institutionen und Individuen transzendierende Elementarform des Politischen verstanden, die zeitgleich Carl Schmitt in aller Klarheit theoretisch formulieren sollte. „Dieses Volk wurde offenkundig nicht erst durch die Verfassung politisch geschaffen; es existierte bereits zuvor, hatte sich diese Verfassung gegeben." (S. 50) In der Person des Reichspräsidenten bekam diese Ideologie ihre angemessene politische Gestalt: Er stand faktisch über der Verfassung, durch ihn und in ihm wurde der Wille des Volkes - dies hat auch Schmitt immer wieder betont - angemessen repräsentiert, er war die personifizierte, unteilbare Einheit, als die sich Schmitt das Volk als politisches Subjekt vorstellte. Und das galt selbstverständlich nicht erst seit Hindenburg. So betonte sein Vorgänger Ebert: „In diesem Kampfe um unsere Selbstbehauptung werden wir die Mitwirkung aller unserer Volksgenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer festgefügten Volksgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen." (S. 60) Solch martialische Rhetorik bringt nicht nur die Rolle des Reichspräsidenten für das politische Bewusstsein Weimars auf den Punkt, somit zugleich das herrschende Bewusstsein selbst, das die gesamte Weimarer Parteienlandschaft durchzog: Volksgemeinschaft als Kampfgemeinschaft. Die Frage war nicht, ob die Volksgemeinschaft etwas Erstrebenswertes sei, sondern wie sich ihr am besten angenähert werden konnte. Hermann Heller, sozialdemokratischer Staatsrechtler, „deutete den Klassenkampf als Kampf der Arbeiter um Anerkennung als Teil der Nation und plädierte für einen nationalen Sozialismus: ‚Sozialismus bedeutet keineswegs das Ende, sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft, nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahrhaft nationale Volksgemeinschaft'." (S. 61f.) Aus diesem Blickwinkel erscheint es fast schon paradox, dass sich Heller entschieden gegen den Einfluss Carl Schmitts und die autoritäre Umstrukturierung der Republik zur Wehr setzte, denn die Zielsetzung war bei den rechtstheoretischen Antipoden Heller und Schmitt dieselbe. Was sie trennte, war die Strategie zur Vollendung dieses Ziels, sowie selbstverständlich Hellers jüdische Abstammung, die für den Antisemiten Schmitt ein bedingungsloses Ausschlusskriterium aus der Volksgemeinschaft darstellte.

Wildt unterscheidet ein inkludierendes ‚Volksgemeinschaftskonzept demokratisch-liberaler Provenienz von einer „Volksgemeinschaft als Exklusion" (S. 63), die er als kampfbereites, gewalttätiges Programm der Nationalsozialisten definiert. Diese Unterscheidung ist mehr als problematisch und wird auch nicht überzeugend dargelegt. Selbstverständlich standen die liberalen Parteien Weimars nicht explizit für Rassismus und Antisemitismus, aber die Betonung des rassischen Charakters der deutschen Volksgemeinschaft durch den Nationalsozialismus war eben nur eine Explizierung, keine wesensfremde Beimengung oder Umgestaltung der Volksgemeinschaft; die Inklusion setzt ein Exklusion ganz automatisch voraus. Keine identitäre Gemeinschaft ohne aggressive Abgrenzung und die Hervorhebung eines Feindbildes. Und an denen mangelte es in den politischen Debatten Weimars zu keiner Zeit, Stichwort „Versailles": Weimar übernahm im Grunde die Konfrontationsstellung des Kaiserreiches gegenüber

West und Ost, wenn diese auch durch die Verträge von Rapallo und Locarno realpolitisch abgemildert wurde. Die Situation des Deutschen Reiches (nicht der Weimarer Republik und ihrer bürgerlichen Gesellschaft, die sich tatsächlich in einem solchen Zustand befand) wurde als Existenzkampf, oder wie Ebert es formulierte: „Kampfe um unsere Selbstbehauptung" wahrgenommen und auch als solcher propagiert. Die Fokussierung auf die Juden als die eigentliche Bedrohung der Volksgemeinschaft, die im Ersten Weltkrieg in Form von „Judenzählungen" im Heer oder den berüchtigten Plänen für einen bereinigten „polnischen Grenzstreifen" schon hervorgetreten waren, brachen auch in der Weimarer Republik wieder durch. Mit dem Krisenjahr 1923 setzt Wildts ausführliche Dokumentation des antisemitischen Terrors ein, die vor allem die deutsche Provinz im Blick hat, weil hier die aggressive antisemitische Propaganda und die damit einhergehenden Exzesse nicht nur auf weitaus weniger Ablehnung trafen als in den Großstädten, sondern auch weil sich hier das Konzept von Volksgemeinschaft mit noch bestehenden, tradierten Gemeinschaftsstrukturen verband und durch diese ergänzt werden sollte. Die Erfahrung des Jahres 1923 ist bezeichnend für die gesamte untersuchte Periode. So ging die Gewalt meist von organisierten Kräften wie der SA aus, sie blieb aber nicht auf diese Personen beschränkt, sondern wurde zum kollektiven Erlebnis: „Dass in den Berichten immer wieder von Mengen die Rede ist, die Geschäfte plünderten und sich an den Gewaltaktionen beteiligten, verweist darauf, dass sich die Täter nicht nur auf klar einzugrenzende, organisierte Gewalttrupps beschränkten, sondern um diesen Kern herum Mittäter, Anfeuernde oder Zuschauer einfanden, die den Exzess unterstützten und sich nicht zuletzt auch durch die Plünderungen bereicherten. Auffallend ist an den meisten Berichten, dass die Polizei kaum Präsenz zeigte, um die Gewalttaten zu beenden und dem Gesetz wieder Geltung zu verschaffen." (S. 77 f.) Das Racket, welches den Exzess vollzieht, offenbart sich als Gegensouverän, der auf jede Gewaltenteilung pfeift und das Recht durch bloße Willkür ersetzt. Solche antisemitischen Exzesse nahmen seit 1929 immer massivere Formen an, ohne auf entschiedene Gegenwehr sowohl des Staates als auch der Gesellschaft zu stoßen. Man beklagte nicht die Eliminierung des Rechts als solche oder die antisemitischen Übergriffe, sondern in Spießermanier den Radau und Lärm, zu dem man nicht selten höchstpersönlich beigetragen hatte.

Das Verhältnis von Volksgemeinschaft und Recht ist ein zentraler Aspekt von Wildts Arbeit. Der Terror der Volksgemeinschaft ist deswegen von konstitutiver Bedeutung, weil er das Recht eliminiert. Nur jenseits des Rechts, quasi auf dessen Trümmern, etabliert sich die Volksgemeinschaft, die „konkrete Ordnung" (Carl Schmitt) des „Maßnahmenstaates" (Ernst Fraenkel). Sebastian Haffner wird zitiert, wie er als Assessor am Berliner Kammergericht die faktische Zerstörung dieser Institution durch die SA, die hier auf Judenjagd geht, sowie durch seine Kollegen, die nur zu bereitwillig Auskunft geben, miterlebt: „Als ich das Kammergericht verließ, stand es grau, kühl und gelassen da wie immer, vornehm abgerückt von der Straße hinter seinen Parkbäumen. Man sah ihm gar nicht an, daß es eben als Institution zusammengebrochen war." (S. 111) Und die partielle Außerkraftsetzung oder Umgehung der Rechtsform war die Voraussetzung und der erste Schritt zur Vernichtung der Juden; diese wurden entrechtet, was sich in der Praxis des Boykotts, der Gewalt und Plünderung, der Verschleppung und öffentlichen Anprangerung und der Vertreibung äußerte. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens musste diese nahezu rechtlose Stellung, die Abhängigkeit von personeller und politischer Willkür, permanent im Zuge seiner Beschwerden bei den Behörden erfahren. „Die jüdischen Deutschen, obwohl sie juristisch nach wie vor Staatsangehörige waren, denen Schutz gegen Angriffe und Gewalttaten zustand, verschwanden aus dem Blick und waren als Rechtspersonen nicht mehr existent." (S. 190) Für Juden galt der Schutz des Staates nicht, wodurch ihr Menschsein hinfällig wurde. Gerade in der Provinz, wo das Mobilisierungspotential hoch, das Gemeinschaftsgefühl tiefgehend und die Verankerung des Rechts recht oberflächlich war, nahmen die Exzesse regelmäßig besonders ausschweifende Züge an: hier waren die Boykottaktionen vor und nach 1933 besonders ausgeprägt, unkontrolliert und lang anhaltend. Wildt betont immer wieder, es habe keinen geplanten und streng organisierten Antisemitismus gegeben; die Kräfte, die von oben und unten drückten, seien zwar verbunden gewesen, aber nicht streng gegliedert, sondern hätten beide ihren Beitrag zum volksgemeinschaftlichen Terror geleistet. Dies wird sehr deutlich im Kapitel über die Selbstjustiz der Volksgemeinschaft in den zahlreichen Prangerumzügen und Rassenschandekampagnen. Hier galt: „Ob jemand ‚ehrbar' war oder ‚Schande' auf sich geladen hatte, bestimmte die unmittelbare Gemeinschaft, unabhängig davon, ob diese Normen auch von obrigkeitlichen Gerichten geregelt waren oder nicht." (S. 257) Die Ehre, ein vor allem patriarchaler Begriff, der immer schon auf Disziplinierung unter Androhung des Ausschlusses aus der Gemeinschaft hinauslief, wurde nun durch Rassismus und Antisemitismus ergänzt. Juden und jene wenigen Menschen, die Juden halfen oder gar eine Beziehung mit ihnen eingingen, wurden dem nationalsozialistischen Terror gnadenlos ausgesetzt. Die mit absoluter Regelmäßigkeit sich einstellende Reaktion der Polizei auf die Übergriffe war die Schutzhaft, in die die bedrohten Personen genommen wurden; sie vollendete die Exkludierung aus der Volksgemeinschaft, indem sie die Betroffenen als die eigentlichen Kriminellen und Täter markierte und ein Weiterleben vor Ort in fast allen Fällen unmöglich machte. Die Botschaft war klar: Juden dürfen hier nicht, und eigentlich nirgends leben, und Deutsche müssen sich bedingungslos der totalen Gemeinschaft unterwerfen, da nur diese die bloße Existenz garantieren kann. Die Eroberung von „Lebensraum" begann nicht erst 1939, sondern schon 1933, in jedem Dorf und jeder Stadt, durch die Bereinigung der Volksgemeinschaft.

Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", das auf dem Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP 1935 beschlossen wurde, war Resultat des vorhergehenden Terrors, und dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurden die Exzesse tatsächlich als

eine Ermächtigung, ja als ein Auftrag des Volkes wahrgenommen, dem Antisemitismus eine offizielle Gestalt zu geben und ihn zu reglementieren; die spürbare Empörung in der Bevölkerung, nicht über die antisemitische Politik, sondern über die Störung der Ordnung („Antisemitismus - gut! Aber doch nicht so" (S. 343)), sollte beruhigt werden. Es ging also selbstverständlich niemals um eine auch nur rudimentäre Wiederherstellung des Rechts, sondern um die Vollendung der Gemeinschaft durch die offizielle Sanktionierung ihrer konstitutiven Praxis: „All diejenigen in der Bevölkerung, die die brutalen Gewaltaktionen [...] abgelehnt hatten, konnten somit nach den Nürnberger Gesetzen mit der ‚Wiederherstellung von Recht und Ordnung' zufrieden sein, obwohl in Wirklichkeit die Gewalt ‚von unten' nicht unerheblich zum Zustandekommen der Rassegesetze beigetragen hatte." (S. 217) Offizieller, sanktionierter Antisemitismus bedurfte der Exzesse, um die Stellung der Juden außerhalb des Rechts und die Willkür des Maßnahmenstaates zu verdeutlichen, ebenso, um die folgenden Maßnahmen vorab zu legitimieren. Die Volksgemeinschaft vollführte sozusagen ein mehrjähriges, kontinuierliches Plebiszit über die Entrechtung und schließlich die Vernichtung der Juden. Die Exzesse gingen auch nach 1935 weiter, der Maßnahmenstaat war in die Poren der Gemeinschaft gedrungen und wurde hier vollstreckt. Die Regierung - dies ist eine andere Folge der volksgemeinschaftlichen Selbstermächtigung - versuchte zudem durch die scheinbar juristische Reglementierung der „Judenfrage" so genannte „Einzelaktionen" zu unterbinden und die verschiedenen Konflikte der nationalsozialistischen Rackets, insbesondere zwischen NSDAP/SA und dem Reichswirtschaftsministerium abzumildern. Diese Versuche sind jedoch als halbherzige Ansätze einer Zentralisierung zu betrachten, fest steht, „dass es der Reichsregierung keineswegs um die Frage ging, ob derartige Aktionen gegen Gesetze verstießen, sondern allein darum, ob es von oben befohlen wurde oder nicht." (S. 279) Ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Ordnung und Terror war nicht existent, denn die NS-Ordnung konstituierte sich erst durch Terror, der ihr wesentliches Element blieb und nach 1939 vornehmlich außerhalb des Reichsgebiets vollzogen wurde; zu diesem Zeitpunkt war die Volksgemeinschaft schon weitestgehend homogenisiert.

Diese Homogenisierung durch den gewalttätigen gesellschaftlichen Ausschluss nahm immer krassere Züge an. Mehrmals bringt Wildt Beispiele dafür, dass die Juden einerseits aus der Gesellschaft verdrängt, andererseits aber von der Gesellschaft als Geiseln gehalten wurden; man verbarrikadierte ihre Synagogen, Wohnungen und Geschäfte, mauerte sie regelrecht ein und verhinderte ihre Ausreise durch systematische Pauperisierung. Die Homogenisierung fand ihren vorläufigen Höhepunkt am 9. November 1938. Der fast ununterbrochene Terror seit 1933, und zuletzt in besonderem Maße die Anschlüsse Österreichs und des Sudetenlandes, ließen ein Pogrompotential und eine Zerstörungswut in der Bevölkerung erahnen, die letztendlich auch über jegliche Plünderungs- und Bereicherungslust hinausging, eben nur noch gezielter Wahn war, der auf Zerstörung von Sachen und Menschen abzielte. Hermann Göring jedoch ‚kritisierte': „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet." (S. 348) Trotzdem versucht Wildt dieses Potential und seine Folgen anhand äußerlicher Faktoren zu rationalisieren. Während er einerseits überzeugend nachweist, dass der landesweite Pogrom nicht einfach eine reine SA-Veranstaltung war, sondern der Blick über die Parteiorganisationen hinaus genauso die Bevölkerung erfassen muss, folgert er anschließend: „Die destruktiven Affekte werden sich auch mit antisemitischem Hass allein nicht erklären lassen, obwohl ohne ihn ein solcher Gewaltexzess kaum möglich gewesen wäre. Die Emotionalität, die Obsession, die den Novemberpogrom beherrschten, sind [...] nur mit den Spannungen des Jahres 1938 und insbesondere den Spannungen, die Europa an den Rand des Krieges brachten, zu begreifen." (S. 318) Es ist im besten Falle naiv zu nennen, die Pogrome einer allgemeinen Kriegsangst zuzuschreiben. Nicht das Klima eines bevorstehenden Krieges war ausschlaggebend für die Exzesse, es wurde erst durch den aggressiven, exzessiven Antisemitismus, Antikommunismus und Revanchismus hervorgebracht. Wildt fällt hinter seine eigenen Erkenntnisse zurück, wenn er hier zwischen dem Bewusstsein der Volksgemeinschaft und den Plänen Hitlers zu trennen versucht.

Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung ist trotz einiger Mängel und Blindheiten, wie der permanent behaupteten Recht vs. Gewalt-Dichotomie, die nichts wissen will von der historischen und strukturellen Vermitteltheit der beiden Begriffe, eine hervorstechende Veröffentlichung, nicht zuletzt am Hamburger Institut für Sozialforschung, welches sich seit einiger Zeit eher darin gefällt, Terror und Massenmord als Schicksal einer totalitären Moderne zu verkaufen und dementsprechend, wie es sich für Totalitarismustheoretiker geziemt, die Frage nach den konkreten Umständen und Urheberschaften der Gewalt einer begriffslosen postmodernen Pseudosystematik opfert. In diesem Sinne sei abschließend noch einmal Wildt zitiert: „Volksgemeinschaft bedeutet [...] nicht eo ipso Regression in die Vormoderne. Sie taugt ebenso sehr als Programmformel für eine Aufhebung der Moderne, ihre Überwindung mit modernen Mitteln." (S. 360) ■

Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburger Edition, Hamburg 2007, 412 Seiten, 28 €.

Fragen über Fragen

Einige Überlegungen zu Stephan Grigats neuem Buch *Fetisch und Freiheit*

PHILIPP LENHARD

Was schreibt man über das Buch eines Autors, der sich schon in der Vorbemerkung dafür entschuldigt, dass seine Arbeit als Dissertation am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin angenommen worden ist, und der hofft, „daß sich trotz aller einzuhaltenden universitären Vorschriften und Gepflogenheiten ein paar anregende Gedanken finden, die über ein akademisches Interesse hinaus von Belang sind"? Ein Autor, der solche Bescheidenheit an den Tag legt, kann eigentlich nicht viel falsch machen. Glücklicherweise finden sich mehr als „ein paar anregende Gedanken" in Stephan Grigats neuem Buch *Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus*. Die dreizehn Kapitel lassen sich grob in drei Abschnitte unterteilen: Zunächst versucht Grigat, den Marxschen Fetischbegriff zu rekonstruieren und führt in die Grundbegriffe der Wertformanalyse im Kapital ein. In einem zweiten Abschnitt behandelt er die Rezeption der Fetischkritik von Lenin über Lukács, die Kritische Theorie und die Poststrukturalisten bis zu den verschiedenen Schulen heutiger Wertkritik, in einem dritten und letzten Abschnitt zieht Grigat weiterreichende Schlussfolgerungen für eine Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der ihr entsprungenen fetischistischen Denkformen. Zu Recht sieht Grigat in seinem Buch eine „Art Einführung in antideutsche Wertkritik", wie er ebenfalls in der Vorbemerkung andeutet. Angesichts einer undogmatischen und keinen Kanon vertretenden Kritik stellt sich das Problem der Darstellung. Weil die antideutsche Wertkritik eben kein bis ins kleinste Detail ausgeführtes System und auch keine adornitische oder marxistische Orthodoxie ist, bei der man einfach nachprüfen könnte, ob das Original philologisch und methodisch exakt wiedergegeben wird, ist diese Kritik nie vom Aktualitätsbezug, vom „Handgemenge" (Marx) zu trennen. Antideutsche Theorie ist eben nur als Kritik zu haben, als leidenschaftliche Polemik gegen die herrschenden Zustände und ihre Apologeten. Das gerade ist die Stärke des Buches, das es keineswegs bloß Darstellung bleibt, sondern sich an allen vorgestellten Autoren kritisch abarbeitet und dabei keinerlei Respekt kennt. Diese Methode (die zugleich Inhalt ist) bietet den Vorteil, dass sie Fragen aufwirft und zur Kritik einlädt.

Zu diskutieren wäre etwa, ob die Diskussion, wo der Wert entsteht - in der Produktion oder in der Zirkulation -, tatsächlich unsinnig ist (S. 46). Laut Grigat beschreibt der Begriff Wert die Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozess. So treffend das auch sein mag, ist dies doch eine Lösung, mit der der Frage aus dem Weg gegangen wird, wie diese Einheit genau zustande kommt. Grigat spricht ganz bedenkenlos davon, dass der „Wert einer Ware [...] die Verkörperung abstrakter menschlicher Arbeit" ist (S. 43). Es bedürfte an dieser Stelle jedoch weiterer Erklärung, wie die massenhafte Fehlinterpretation des Begriffs der abstrakten Arbeit zeigt. Während besonders gewitzte Werttheoretiker die abstrakte Arbeit sogar als eine besonders hässliche Form der Arbeit substantialisieren und Marxologen wie etwa Jan Hoff für die Gleichsetzung verschiedener konkreter Arbeiten ihrem Rationalitätsbegriff entsprechend eine „vereinheitlichende Denkbewegung aller Austauschenden" verantwortlich machen, gehen wieder andere, z. B. Ernst Michael Lange, daran, der abstrakten Arbeit als logischem Widerspruch jede Existenz abzusprechen. [1] Das Rätsel der abstrakten Arbeit liegt dem Geldrätsel wie dem Warenfetisch gleichermaßen zugrunde und es stellt sich daher im Hinblick auf eine fetischismuskritische Studie die Frage, warum Grigat sich mit diesem Problem nicht weiter aufhält. Die mystische Verwandlung von konkreter in abstrakte Arbeit, die einzig im Austausch vollzogen werden kann, jedoch immer einen konkreten Produktionsprozess voraussetzt, ist nur möglich, wenn die Produktion bereits auf die Akkumulation von Mehrwert ausgerichtet ist. Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich auch in Grigats Darstellung, was nicht zu vermeiden ist, aber kritisch festzuhalten wäre: Spricht Grigat erst davon, der Wert der Ware sei die Verkörperung abstrakter Arbeit, so schreibt er nur ein paar Zeilen weiter unten, die Waren als „Produkt abstrakter menschlicher Arbeit" seien „potentielle Träger von Wert" (S. 43). Woher auf einmal die Potentialität kommt, verrät Grigat leider nicht, obwohl er doch mit Hilfe des Begriffs der Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozess einiges sagen könnte. Auch wenn der Wert erst Resultat des Zirkulationsprozesses ist, ist er immer schon als Kapital seine eigene Bedingung, denn ohne das Versprechen, einen wertvollen Gegenstand herzustellen, würde es niemals zur Produktion von Waren kommen. Dieser Mystizismus, dass ein Wesen erst dann entstehen kann, wenn es sich selbst voraussetzt, wurde oft mit dem Begriff automatisches Subjekt beschrieben und auch Grigat verwendet diesen Ausdruck. Allerdings besteht das Problem darin, dass dieser Begriff die ursprüngliche Akkumulation (die man sich nicht als ein kurzes historisches Ereignis vorzustellen hat, sondern als Kette von Brutalitäten) als gewalttätigen Akt verdrängt und einer liberalistischen Theorie der „unsichtbaren Hand" Avancen macht, die in der ehemals linksradikalen Szene auch schon einige Trümmer hinterlassen hat. Freilich ist Stephan Grigat der letzte, dem man derlei vorhalten darf, denn schließlich ist er einer der wenigen, die immer, wenn sie vom Kapital reden, auch dessen Abschaffung fordern. Das Problem, mit „automatisches Subjekt" einen ebenso treffenden wie zugleich höchst missverständlichen

Begriff zu haben, lässt sich wohl nur auflösen, indem bei seiner Verwendung immer zugleich expliziert wird, was damit gemeint ist; nennt man ihn nur, so bleibt unter Umständen nichts als Affirmation übrig.

Eine andere Frage, die sich bei der Lektüre von *Fetisch und Freiheit* stellt, ist die nach der Moral. Im Abschnitt über Eugen Paschukanis schreibt Grigat: „Moralisches Handeln, das einen zentralen Bezugspunkt traditioneller linker Politik darstellt, ist immer die Herrschaft einer Realabstraktion über die konkreten Individuen." (S. 246) Das klingt nicht nur nach Ableitung, das ist auch eine. Wird jedoch - wie in diesem Fall - vorausgesetzt, dass Moral mit dem Gemeinwohl identisch ist, dann kann es keine moralischen Entscheidungen geben, die gegen die Allgemeinheit gerichtet sind. Das ist ein fragwürdiger Moralbegriff, in dem das Individuum nur noch ein an der Moral leidendes und von ihr unterdrücktes und Moral nicht menschlicher Impuls ist, dem Vernunft ihren Antrieb verdankt. Kategorische Imperative - seien sie von Kant, Marx oder Adorno - sind nach Paschukanis und Grigat immer eine „Anerkennung der Regeln von Warenverkehr und staatlichem Zwang" (Ebd.). Es ist die Marxistische Gruppe, die hier die Bühne betritt. Moralableitungen wie die Paschukanis' (dessen Ausführungen zum Recht deswegen nicht generell zu verwerfen sind) können in ihrem Resultate-Band *Der bürgerliche Staat* nachgelesen werden - sogar in Paragraphen unterteilt.

Glücklicherweise ist der Abschnitt über die Moral der einzige Fall, bei dem sich ein ableitendes Denken zeigt. Im Kapitel über die Nation, das eigentlich prädestiniert dafür wäre, „die" Nation heraus zu destillieren, insistiert Grigat überzeugend darauf, dass die Nation immer ein „konkreter Fetisch" ist und sich darin vom Waren- und Kapitalfetisch unterscheidet (S. 249). Insbesondere die wenig später folgende Diskussion verschiedener Ansätze der Antisemitismuskritik ist von solchen Plumpheiten meilenweit entfernt und referiert bislang unübertroffen die Debatte um Moishe Postones und Ulrich Enderwitz' Thesen (S. 282-305). Grigats Buch bietet mehrere Funktionen: Erstens ruft es in Erinnerung und fasst zusammen, was man vielleicht schon irgendwann einmal gelesen hat, an das man sich aber nicht mehr so genau erinnert. Zweitens wirft es neue Fragen auf und reizt gelegentlich zum Widerspruch. Drittens bietet es neue Antworten in Detailfragen, über die sich zu diskutieren lohnt. Mit anderen Worten: Das Buch hat alles, was ein gutes Einführungsbuch braucht. ■

Anmerkung:

[1] Gruppe Krisis, *Das Manifest gegen die Arbeit*, Erlangen 1999, S. 14; Jan Hoff, *Kritik der klassischen politischen Ökonomie*, Köln 2004, S. 22; Ernst Michael Lange, *Wertformanalyse, Geldkritik und die Konstruktion des Fetischismus bei Marx*, in: *neue hefte für philosophie*, Nr. 13/1978.

Grigat, Stephan, *Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus*, Ça Ira Verlag, Freiburg i.B. 2007, 394 Seiten, 19 Euro.

Die Banalität des Geheimnisses

Ein Fotoband über Nordkorea zeigt, was man nicht sehen will

MICHAEL BERKE

Wie es in Nordkorea aussieht, weiß man im Westen vor allem aus dem Kino: In der War-on-Terror-Persiflage *Team America* regiert Kim Yong-Il ein düsteres Reich, in dem ein prunkvoller, aber einsamer Palast steht, in *James Bond - Die Another Day* schießt sich der Doppelagent ebenfalls durch ein bis auf die Schergen des Diktators menschenleeres Land, das vollständig abgeriegelt ist. Wer darüber hinausgehen möchte, liest eine der mittlerweile doch recht zahlreichen Monographien oder schlägt die *konkret* auf, in der vor kurzem zwei länderkundliche Artikel abgedruckt wurden [1]. Das Geheimnis, das Nordkorea umgibt, wird dadurch jedoch nicht gelüftet. Das Wissen, das man sich anlesen kann, ist enttäuschend, weil das, was man erfährt, nicht zu dem Gegenstand zu passen scheint, den man sich nebelschwadenumhüllt vor Augen gehalten hat. „Unzugängliche Orte lösen in uns zwei gegensätzliche, aber unabhängige Gefühle aus", schreibt Michel Poivert in seinem dem Fotoband *Nordkorea* beigefügten Essay *Das Erscheinungsbild*. Die Entlegenheit der Orte beinhalte „das Versprechen des Außergewöhnlichen, aber auch die Angst vor dem, was zu lange ein Geheimnis war." Die Angst besteht darin, dass das Geheimnis sich bei Enthüllung als zu profan erweisen könnte. Mit dem Geheimen ist immer noch das Bild der

Erlösung verbunden, so wie sich umgekehrt noch jede konformistische Rebellion gegen eine vermeintliche oder reale Verschwörung gerichtet hat, um alles, was sich unter der Oberfläche zusammenbraut, an die Öffentlichkeit zu holen und zu eliminieren. [2]

Philippe Chancel verfährt gänzlich anders: Ihm geht es nicht um Investigation, sondern um Dokumentation. Nicht als Moralapostel versteht er sich, sondern als einer, der die Dinge zeigt, wie sie sind. Nicht, dass er der Illusion der Unmittelbarkeit verfallen wäre, dazu ist er ein zu guter Fotograf. Er weiß um die Vermittlung, die sich zwischen Situation und Abbild schiebt. Gerade diese Vermittlung aber ist in Chancels Fotos nichts der Realität äußerliches, sondern genau das, worin sich der Kern nordkoreanischer Zustände ausdrückt. Die Starrheit des Fotos, die jede Geschichtlichkeit ausblendet [3], spiegelt die Zeitlosigkeit des Elends unter Kim Yong-Il, in der es kaum noch Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein gibt. Die seine Herrschaft legitimierende Juche-Ideologie, ein seltsamer Mischmasch aus Maoismus, Rassismus und Esoterik, gibt sich als ewig währende Wahrheit - wer an ihr öffentlich Zweifel anmeldet, wird gnadenlos verfolgt. Doch nicht nur die Bewegungslosigkeit ist charakteristisch für das Medium der Fotografie, auch die Begrenzung des Wiedergegebenen auf einen kleinen Ausschnitt. In Chancels Bildern äußert sich das so, dass sie Plakaten gleichen. Es hat beim Betrachten der Fotos gar nicht den Anschein, man bekäme einen authentischen Eindruck vom alltäglichen Leben, weil das Künstliche, Propagandistische, das sich dem für den ausländischen Fotografen, der sich ordentlich bei den Regierungsbehörden angemeldet hat, inszenierten Spektakel verdankt, so offensichtlich ist, dass sich toute de suite ein merkwürdiges Rezeptionserlebnis einstellt. Alles wirkt so gestellt, dass man das Gefühl hat, Filmaufnahmen zu betrachten. Aufnahmen, die auf großen Plakaten die besten Szenen abbilden, um den Zuschauer ins Kino zu locken, die aber beim genaueren Hinsehen abstoßen, weil in ihnen das Unmenschliche hinter der großen Inszenierung nur allzu klar sichtbar wird. Das von Chancel dargestellte Land ist keines der Menschen, sondern ein überdimensionales Projekt der Selbstdarstellung des Führers, der in seinem Größenwahn selbst schon zur bloßen Verkörperung seiner eigenen Ideologie geworden ist.

Wie ein großes Kinderzimmer präsentiert sich Yong-Ils Nordkorea: Einkaufszentren, Prachtstrassen, Kultureinrichtungen - von Menschen, die dort gehen, sich unterhalten, rauchen oder verdutzt in der Ecke stehen ist jedoch keine Spur. Wo Menschen auftauchen, wirken sie wie Puppen, weil sie nicht nur angezogen sind, wie es der Staat von ihnen verlangt, sondern auch noch so dreinschauen. Noch schlimmer sind die diversen Fotos von Massenevents, etwa Militärparaden oder Tanzvorstellungen für den großen Vorsitzenden: hier ist das Individuum völlig aufgelöst in der Masse. Auf manchen Bildern formen hunderte von Menschen Bilder mit ihren Körpern, indem sie bunte Kostüme tragen und sich in der Form beispielsweise der nordkoreanischen Staatsflagge aufstellen. Unwillkürlich fühlt man sich an die Anfangsszene von Don DeLillos *Mao II* erinnert, in der die Massenhochzeit einer asiatischen Sekte geschildert wird: „Die Musik zieht sie über den Rasen, Dutzende, Hunderte, nicht mehr zählbare Massen. Als sie den Riesenbogen des Outfields überqueren, schließen sie sich so dicht zusammen, daß es wie eine Verwandlung wirkt. Aus einer Reihe untergehakter Paare wird eine einzige, ständig anschwellende Woge, die alle freien Flächen überschwemmt mit Marineblau und Weiß." [4] Diese Verwandlung der Menschen in funktionierende Rädchen eines Systems, das keine Daseinsberechtigung hat, schockiert. Man ahnt, dass es noch eine andere Perspektive geben muss und dass diese noch schrecklicher ist, weil es kein Zufall ist, dass sich der totalitäre Schein von Ordnung und Aufgeräumtheit über diese Perspektive legt wie die Erde über den Sarg. Zugleich aber weiß man, dass kein Gras über die Sache wachsen darf, dass man es nicht hinnehmen darf, dass Menschen wie Puppen behandelt werden. Chancel gelingt es, gerade in der unverschämten Direktheit der Darstellung immer auch diese andere Perspektive sichtbar zu machen, die - obwohl sinnlich nicht wahrnehmbar - sich automatisch ins Bewusstsein des Rezipienten drängt. Deshalb ist sein Buch das Gegenteil von Kitsch: Aufklärung, die aufs Denken des Betrachters setzt. ■

Anmerkungen:

[1] Monographien vgl. z.B. Pierre Rigoulot, *Nordkorea: Steinzeitkommunismus und Atomwaffen, Anatomie einer Krise*, Köln 2003; Michael Breen, *Kim Jong-il: Nordkoreas „Geliebter Führer"*, Hamburg 2004; Jasper Becker, *Rogue Regime: Kim Jong Il and the Looming Threat of North Korea*, Oxford 2004. Die *konkret*-Artikel finden sich in den Ausgaben Nr. 04/2007 und Nr. 05/2007.

[2] Vgl. dazu den hervorragenden Artikel *Zur Geschichte des Illuminatenordens* von Josef Swoboda im *Magazin*, Nr. 3/2006.

[3] Vgl. grundlegend Siegfried Kracauer, *Die Photographie*, in: ders., *Das Ornament der Masse. Essays*, Frankfurt/M. 1963, S. 21-39.

[4] Don DeLillo, *Mao II*, Köln 1992, S. 11.

Philippe Chancel, *Nordkorea. 129 farbige Abbildungen und mit Texten von Michel Poivert und Jonathan Fenby*, Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2006, 208 Seiten, 45 Euro.

Brief an seinen Bruder Wilhelm Weerth

GEORG WEERTH

Bradford/York[shire], 12. April 1845

Lieber Wilhelm!

Ich wollte nur einige herzliche Grüße in dein Ohr säuseln - sonst habe ich nicht viel zu erzählen. Das Leben vergeht sehr einförmig und wird nur erträglich durch Anfeuchtung mit Lektüre und schottischem Ale. Hoffentlich geht es Dir ebenfalls gut, und erwarte ich nächstens zu hören, wie sich die Blüte Deiner Blomberger Bauernmädel befindet.

Hierzulande treibt die Politik ihren alten Tanz, - ein wahrer Jammer, die Kerle im Parlament bespeien sich mit langweiligen Reden, und am Ende kommt noch verdammt wenig heraus, - das wird sich aber schon ändern, wenn sich das Proletariat regt; in diesem Augenblick ist so ziemlich alles ruhig, da der Handel prächtig geht und die Ernten gut waren.

Da es aber am Tage ist, daß nur durch eine fortwährende Ausdehnung des englischen Handels und der Industrie die stets anwachsende Bevölkerung beschäftigt, ernährt und dadurch ruhig gehalten werden kann, so ist es sicher und gewiß, daß der bisherige Segen des Handels, wenn man ihm überhaupt einen Segen zusprechen soll, sofort in das Gegenteil umschlagen wird, sobald die Tätigkeit der Industrie ihren Gipfel erreicht hat. Einstweilen ist nun zwar durch die Eroberung von China ein neuer Markt aufgefunden; man kann flott weiterfabrizieren, die Fabrikanten verdienen, und die Arbeiter haben zu fressen. - Nimmt die industrielle Tätigkeit auf dem Kontinent aber noch mehr zu, so werden die Engländer auch bald auf China wieder einzig angewiesen sein, andre Völker fallen ihnen ebenfalls in das Handwerk, und dieselbe Krisis entsteht wie vor dem chinesischen Kriege; - dann ist es aus, denn die Welt keine unentdeckten Länder mehr.

Hoffentlich erleben wir diese Krisis bald; mit der englischen Konstitution wird es dann zum Teufel gehen (wir haben 14 Millionen Arbeiter, welche von Hand zu Mund leben), eine Demokratie bildet sich, die notwendigerweise in den Sozialismus übergehen muß. - Der Sozialismus ist nämlich hier im Lande bereits praktisch ausgebildet und macht unter den Arbeitern furchtbare Fortschritte.

In London entstand vor kurzem ein Arbeiterparlament unter Vorsitz von Duncombe M. P., dem bekannten Redner, welcher darauf antrug, sämtliche Arbeiter Großbrit[annien]s sollten sich vereinigen und nicht allein einen Anteil auf die bereits erworbenen Reichtümer Englands, sondern auch einen auf die noch zu erwerbenden reklamieren. -

Nach dem Londoner Verein haben sich bereits viele hundert andere im Innern des Landes gebildet; die Partei mag nach einem mäßigen Überschlag 2 Millionen Menschen zählen; die Kerle machen wütige Propaganda und werden in kurzem alle Arbeiterklassen in ihre Interessen verwickeln. - Die feisten Herren des Besitzes mögen vor dieser Koalition zittern! Wir sind jetzt so weit in der Welt, daß man einsieht, die größeste Not entsteht durch den Privatbesitz. Diesen lustig angegriffen, das ist der Nagel auf den Kopf getroffen. -

Ich weiß nicht, wie weit Du dich für kommunistische Umtriebe interessierst; solltest Du Geschmack daran finden, so vergiß nicht, die letzten Publikationen von Heß, Marx und Püttmann zu lesen.

Vor einigen Tagen erhielt ich einen Pack deutsche Bücher aus Hamburg, worunter auch die 2 ersten Hefte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher" sind. Kannst Du diese auftreiben, so tu es ja, da sie famose Artikel enthalten, Sachen, die tausendmal besser sind als das Beste der weiland „Hallischen Jahrbücher". -

Die deutschen Zeitungsnachrichten sind unter allem Luder. Ich lese die „Augsburger“ jeden Mittag - ich kann Dir doch sagen, wenn man einige Zeit in England gelebt hat, da schämt man sich, ein Deutscher zu sein. Deutschland ist den hiesigen Zeitungen ein wahrer Kinderspott, wozu der jetzige König von Preußen das meiste beigetragen hat.

Das alte Toryblatt, die „Times“, die konservative „Times“, schimpfte neulich über den preußischen König mehr, wie die politischen Flüchtlinge in Paris je getan haben. -

Mein Hauptstudium ist jetzt die Nationalökonomie, - den Adam Smith habe ich fast durch und gebe mich dann mit Macht an das andere Gesindel, den Malthus, Ricardo, MacCulloch - Folianten voll Lügen und Unsinn.

Im vergangenen Winter las ich den Feuerbach, der eine vollständige Revolution bei mir zu Wege brachte. - Das ist der erste Philosoph, der wieder einmal verständlich ist; - sein Einfluß wird ungeheuer sein. - In Manchester kam seinerzeit eine Übersetzung von Strauß' „Leben Jesu“ heraus, die von unzähligen Fabrikarbeitern jetzt gelesen wird; - die Aristokratie rührt natürlich solch ein Buch nicht an, da sie die Maske der Religion stets bei der Hand haben muß, um ihr Sündengesicht zu verbergen. - England ist überhaupt das Land der Heuchelei, - das gemeinste Geldinteresse hinter einem angelogenen Christentum, mit dem sie sich jeden Augenblick breit machen. - Wie überall ist der Proletarier auch hier im Lande nur der einzig wahre, gesunde Mensch. -

Diesen Sommer denke ich noch tüchtig zu arbeiten und muß abwarten, was die Zeit dann mit sich bringt. Hier mag ich nicht bleiben, und nach Deutschland sehne ich mich auch nicht - es muß daher ein anderer Ausweg gesucht werden.

Schreib mir bald, lieber Kerl; ich kann Dir nichts an[deres] erzählen als das, wovon mir gerade das Herz voll ist, - wenn es Dich auch nicht interessiert, so weißt Du doch ungefähr, was ich anfange. Grüße meine und Deine Freunde. Behalte mich lieb wie ich Dich; - vielleicht sehen wir uns in einem Jahre einmal wieder. - Es ist eine Lauserei, daß der verdammte Schacher den Menschen so in die Welt hinausschmeißt; - aber nicht zu ändern. - Leb wohl!

Von ganzem Herzen
Dein Georg.

Ich las in den Zeitungen von Euern christlich-revolutionären Pastören. Schlagt diese Kerle doch tot!

Aus: Georg Weerth, *Sämtliche Briefe*, Herausgegeben von Jürgen-Wolfgang Goette, Band 1, Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1989, S. 303-305.

Ausgewählt von der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln.

Termine

Donnerstag, 6. Dezember
Das ästhetisch Häßliche.
Kunst zwischen befreiender Ideologiekritik und den Zwängen des Verblendungszusammenhangs
Vortrag und Diskussion mit Andrea B. Alker
AZ Mülheim, Auerstr.51, 45468 Mülheim a.d. Ruhr, 20 Uhr

Mittwoch, 12. Dezember
Totale Mobilmachung als Globalisierungskritik.
Bejahung und Verneinung des Kapitals bei Ernst Jünger und Carl Schmitt
Vortrag von Gerhard Scheit
Melanchthonianum, Universitätsplatz, Halle, 19 Uhr
Veranstalter: AG Antifa im Stura

Fetisch und Freiheit.
Die Marxsche Kritik des Fetischismus und die Subversion des Kapitals
Vortrag & Diskussion mit Stephan Grigat
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr
Veranstalter: ISF

Donnerstag, 13. Dezember
Leviathan im Ausnahmezustand.
Wie Franz Neumann und Leo Strauss mit Carl Schmitts Politischer Theologie aufräumten
Vortrag von Gerhard Scheit
Ruhr-Uni Bochum, Hörsaalzentrum Ost (HZO) 100, 19 Uhr
Veranstalter: Institut für Sozialtheorie Bochum, Fachschaft Sozialwissenschaften

Samstag, 15. Dezember
Rote Armee Fiktion.
Die RAF und ihr Weg vom Protest zum Pogrom
Vortrag und Buchvorstellung von Joachim Bruhn und Jan Gerber
Seminarraum, Künstlerhaus K4, Königstr. 93, Nürnberg, 17 Uhr
Veranstalter: AG Kritische Theorie

Donnerstag, 20. Dezember
Poesie und Revolution.
Thesen über die von der Situationistischen Internationale versuchte Aufhebung der Kunst
Vortrag und Diskussion mit Sebastian Dittmann und Isabelle Klasen
AZ Mülheim, Auerstr.51, 45468 Mülheim a.d. Ruhr, 20 Uhr

Donnerstag, 10. Januar
Anmerkungen zur Person.
Hans-Jürgen Krahl zum Gedächtnis
Ein Film der Gruppe Slatan Dudow - Filme gegen Deutschland
Anschließend Erläuterungen und Diskussion mit Tobias Ebbrecht
Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), Wien, 20 Uhr

Mittwoch, 16. Januar
Die Macht der Mullahs.
Oder: Die Verhüllung der Frau als Dreh- und Angelpunkt islamischer Herrschaft
Vortrag & Diskussion mit Thomas Maul
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr
Veranstalter: ISF

Donnerstag, 17. Januar
Zur falschen Zeit am falschen Ort
Vorführung des Films von Tamara Milosevic, Einführungsreferat von Tjark Kunstreich
Hochschule Anhalt, Gebäude 11, Hardenbergstr. 11, Dessau-Ziebigk, 19 Uhr

Mittwoch, 23. Januar
Meine Kuh, meine Scholle, mein Block?
Über den Standortfaktor Heimatbindung
Podiumsdiskussion mit Tom Fischer und Jan Gerber
Schwabehaus Dessau, Johannisstr. 14, 19 Uhr

Donnerstag, 24. Januar
Un pueblo en armas
Filmvorführung mit einleitenden Worten und Diskussion
Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), Wien

Mittwoch, 30. Januar
Philosemiten – die falschen Freunde?
Zur Geschichte der Deutsch-Israelischen Studiengruppen
Vortrag & Diskussion mit Thomas Käpernick
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr
Veranstalter: ISF

Mittwoch, 13. Februar
„Das Wunder von Bern" - Katharsis der Nation. Eine psychoanalytische Reflexion über das Verhältnis von Masse und Individuum
Vortrag & Diskussion mit Sonja Witte
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr
Veranstalter: ISF

Samstag, 23. Februar
Kritik und Krise.
Über den Zusammenhang von materialistischer Kritik und kapitalistischer Krise
Tagesseminar
Büro der ISF, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 14-19 Uhr
Veranstalter: ISF

Impressum

Prodomo e.V.

V.i.S.d.P.: B. Assion

Postfach 30 10 22
50780 Köln

Website:
www.prodomo-online.tk

E-Mail:
redaktionprodomo@yahoo.com

PDF-Abo:
prodomo_abo@yahoo.com

Prodomo - Zeitschrift in eigener Sache erscheint vierteljährlich als Onlinezeitschrift und kann kostenlos als PDF oder in kopierter Version zum Preis von € 3 + € 1 Porto bestellt werden.

Die Artikel spiegeln die Meinung der Autoren wieder und müssen nicht mit der der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Textvorschläge können per E-Mail eingesandt werden.

Die aktuellen Anzeigenpreise sind der Website zu entnehmen.